
Eph. pol.
5
c

<36629147760014

Das liberale Deutschland.

Eine censurfreie Zeitschrift.

In zwanglosen Blättern und Heften

herausgegeben

von

J. G. A. Wirth.

München 1831.

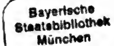
Ankündigung.

Die erste Serie des liberalen Deutschlands, welche mit den politischen Bedürfnissen des gemeinsamen Vaterlandes sich beschäftigen wird, umfaßt 60 bis 90 Blätter zu einem halben Bogen. Der Pränumerations-Preis für diese Serie beträgt 6 fl.; für die Abonnenten der deutschen Tribüne jedoch nur 2 fl.

Auswärts werden die Bestellungen von den königlichen Postämtern angenommen werden. In München abonnirt man sich bei Herrn Kunsthändler Schäffer in der Perusagasse. Das liberale Deutschland erscheint nicht periodisch, sondern in unbestimmten, bald kürzern, bald längern Zwischenräumen, in einem oder in mehreren Blättern. — Es wird ausschließend Original-Aufsätze liefern; nur um das Publikum auf das treffliche Werk Pfizers: „Briefe zweier Deutschen," aufmerksam zu machen, wurde eine Stelle daraus mitgetheilt.

München am 1. August 1831.

J. G. A. Wirth,
Redakteur der deutschen Tribüne.



Das liberale Deutschland.

Eine censurfreie Zeitschrift.

Herausgegeben

von

J. G. A. Wirth.

München, Nro. 1. 3. August 1831.

Ueber den Verfall Deutschlands.

(Aus dem Werke von Pfizers Briefwechsel zweier Deutschen.)

Der Grund des Verderbens Deutschlands ist kein anderer, als daß dreißig Familien sich bis jetzt nicht überzeugen konnten, daß für dreißig Millionen Menschen dreißig Könige zu viel sind, weil die meisten ihrer Unterthanen dieß selbst noch nicht einsehen, diejenigen aber, welche es wissen, der Hof, der Adel und die Beamten, ihre Rechnung dabei finden, wenn eine Unzahl kleiner Fürsten mit allen Ansprüchen mächtiger Monarchen auftritt, ohne als Ersatz ihren Unterthanen einen der Vortheile bieten zu können, welche der Beherrscher eines großen selbstständigen Reichs den seinigen zu sichern vermag. So verzichtet man auf alle Wohlthaten, die eine beschränkte patriarchalische Einrichtung einem kleinen Staate zuwenden müßte, um den täuschenden und kostspieligen Schimmer einer Größe hervorzubringen, der nur den Spott der Mächtigern zu reizen taugt.

Daß der gegenwärtige Zustand seit der Auflösung des deutschen Reichs sich erhalten hat und bestehen konnte, ist kein Beweis dafür, daß er immerfort bestehen kann, und die Zukunft wird es, vielleicht spät und nach langer Schmach und Drangsal, aber unausbleiblich lehren, daß Deutschlands Fürsten entweder von ihrer jetzigen Scheinhöhe freiwillig und selbst unaufgefordert herabsteigen, oder mit ihren Unterthanen zu Grunde gehen müssen. Wenn nämlich die meisten deutschen Fürsten fernerhin wie unverträgliche Geschwister nichts Gemeinschaftliches haben wollen, sondern jeder den andern zu überbieten oder ihm einen Vortheil abzugewinnen sucht, und jedes kleine Ländchen die ungeheuern Anforderungen, welche man bei dem jetzigen Culturstand an den Staat in Gesetzgebung und Verwaltung, Kriegswesen, öffentlichen Anstalten und Pflege von Kunst und Wissenschaft zu machen berechtigt ist, aus eigenen Mitteln ganz allein bestreiten soll; wenn daneben noch ein maaßloser Fürstenprunk den angenommenen Schein der Größe unterstützen, und die falsche Ehre retten soll, so muß der Druck der Abgaben und öffentlichen Lasten alle Lebenskraft des Volkes erschöpfen. Vergebens, daß man das Uebel, das man zu fühlen anfängt, durch ängstliche Sparsamkeit im Einzelnen, durch eine aufmerksame Rechtspflege, strenge Ordnung und verbesserte Gesetzgebung zu verringern, das Gewicht der Staatslasten durch mildere Verwaltungsformen zu erleichtern sucht.

In die tieferen Kreise der Gesellschaft muß man hinabsteigen, in der Hütte des Landmanns muß man sich umsehen, wenn man das Elend, welches eine unselige Zerstücklung über Deutschland gebracht hat, in seinem ganzen Umfang ermessen will. Dort ist zu sehen, wie das fleißigste Volk der Erde kaum so viel erwirbt, um gegen Hunger und Kälte nothdürftig geschützt zu seyn, wie die kräftigsten Naturen durch harte Entbehrungen und unnatürliche Anstrengungen vor der Zeit altern und in stündlichem Kampf und Ringen um die elendeste physische Existenz sich aufreiben, wie Tausende von Vätern den Tod ihrer verkrüppelten Kinder als eine Gunst des Himmels, ihren eigenen aber nur mit der stumpfen Fühllosigkeit des Leibeigenen ansehen, wie die Tröstungen des Glaubens nicht mehr hinreichen, ihre Verzweiflung zu dämpfen, wie ein thierischer Rausch ihre einzige Erholung und manches der gemeinsten Lebensbedürfnisse für sie ein unerschwinglicher Luxus geworden ist."

Warum tritt denn nun in den Verhandlungen der Stände Niemand auf, der den Fürstenschmeichlern zuruft, dieses Schicksal zu betrachten und zu erröthen, wenn sie es vermögen und nicht das Entsetzen ihre Wangen bleich färbt? Warum fragt keiner, ob denn dieser Jammer ewig dauern, und Millionen Menschen wie das Ackervieh sich quälen sollen, nur damit die herrschenden und bevorrechteten Familien von dem gemeinen Loos der Sterblichkeit nie etwas erfahren und irdische Speise den feinen, an Nektar und Ambrosia gewöhnten Gaumen der Erdengötter nicht beleidige? Warum

verlangt man nicht von den allzeit fertigen Dienern und Werkzeugen der Gewalt, daß sie aufhören, es als ein Gesetz göttlicher Weltordnung zu verkünden, daß der sauere Schweiß des Armen von den Vornehmen muthwillig verpraßt werde, daß sie dem erdrückten Landmann die versiegten Lebensquellen wieder öffnen, seinem rastlosen Fleiß einen lohnenden Gegenstand verschaffen, und sein Elend länger nicht mit dem Lügengerede von Völkerglück und Landeswohlfart verhöhnen?

Statt dem Blick der Fürsten einen Abgrund, welchem sie entgegen gehen, zu verhüllen, sollten jene, deren Rath die Fürsten lauschen, mit tausend Zungen ihnen zurufen, den bisherigen Weg zu verlassen, ihrem Volke sein heiligstes Heiligthum, seine Nationalität zurückzugeben und das zum Lastthier herabgestoßene Geschlecht der Landbewohner wieder zu Menschen zu machen.

Die französische Stimmung in Deutschland.

Oestreichs und Preußens Heere stehen den französischen kampfgerüstet gegenüber; wird heute eine diplomatische Schwierigkeit beseitigt, so zeigt sich morgen eine größere, und das süße Lächeln der mit Frankreich gespannten Kabinette weiß das innere Mißtrauen und Uebelwollen nur schlecht zu verhüllen. Der Krieg, wenn auch nicht wahrscheinlich, ist eben so wenig unwahrscheinlich. Das deutsche Volk aber muß diese feindselige Stellung und Stimmung mit Recht befremden. Die Politik der französischen Regierung ist eine durchaus friedliche, sie zeigt eine Mäßigung, die vielen sogar als Schwäche erscheint, und selbst die Journalisten, die, kurz nach der Julirevolution von kriegerischem Schwindel hingerissen, zur Wiedereroberung des linken Rheinufers aufriefen, schlagen diesen Ton jetzt nicht mehr an, wohl erkennend, daß er bei der besonnenen vernünftigen Wahrheit des französischen Volkes keinen Anklang findet. Denn für die Diplomaten und Aristokraten mag die belgische und polnische Revolution umsonst gesprochen und gelehrt haben; — und wann hätte die Geschichte für sie nicht immer umsonst gesprochen und gelehrt? — aber die Völker sind dadurch auf's Neue inne geworden, daß das gewaltsame Unterjochen und Einimpfen einer fremden Nationalität, ganz abgesehen von seiner Ungerechtigkeit, nur unsichre, blutige Früchte trägt. Warum also Feindschaft, warum Krieg mit Frankreich? So fragen die Deutschen, und wissen sich diese Frage nur zu wohl zu beantworten, wenn sie sehen wie sich Oestreich und Preußen gegen das erste Volk, gegen die große Sache der Polen stellt; wenn sie wahrnehmen, wie Preußen seinen nordischen Verbündeten, selbst um den Preis, die Cholera in sein Land einschleppen zu lassen, reichlich mit Waffen und Mundvorrath versorgt; wenn sie die legitimen Blätter und Correspondenten ohne Unterlaß „die unglückseligen Ereignisse des Juli 1830" beklagen hören; wenn sie endlich die souveraine Verachtung bedenken, mit welcher die preußische Regierung — die östreichische kennt man ohnehin — die öffentliche Meinung unterdrückt, umsonst an die Erfüllung seiner Versprechungen sich mahnen läßt, den Provinzialständen, die um eine Verfassung bitten, antwortet oder vielmehr nicht antwortet, und den heißesten Wünschen des Landes fortwährend das Ohr verschließt! Es kann keinem Zweifel unterliegen: kommt es zum Kriege, so gilt es keinen Kampf für Deutschlands Unabhängigkeit, Volksthum und Ehre, sondern für den Absolutismus gegen verfassungsmäßige Freiheit. Nicht französischen Despotismus und Uebermuth sollen die verbündeten Heere in Paris züchtigen, sondern das wankende Gebäude der heiligen Allianz wieder stützen, und die Presse, die Kammer Frankreichs in Fesseln schlagen. — Und wehe dann den baierschen, badischen, hessischen und allen übrigen Volksvertretern des constitutionellen Deutschlands! Die zu erwartenden „Pariser Beschlüsse" würden in keiner Weise den Carlsbader Beschlüssen nachstehen. — So denkt, so urtheilt jeder unabhängige Deutsche, dem Gott zwei gesunde Augen gegeben; er sieht daher die Freiheit der Franzosen als innig verbunden mit der seinigen an, er bekennt offen, daß er nicht gegen Frankreich kämpfen wolle, daß, sollte es deutsche Sclavenseelen geben, bereit, dem Absolutismus als Werkzeuge ihrer eigenen Erniedrigung und Beknechtung zu dienen, er sich für immer und feierlich von ihnen lossage.

Wie diese Gesinnung nun täglich lauter sich ausspricht, in den Kammern unserer ehrenwerthen Volksvertreter durch die That, in den unabhängigen Blättern durch die Sprache der innigsten Ueberzeugung sich kundgiebt: siehe da erhebt sich auf einmal eine Anzahl bisher unbekannter Stimmen und spricht von deutschem Vaterlande, von deutscher Einheit und Bruderliebe, von französischer Nachäfferei, und wie die schönen Redensarten alle heißen. Die Töne klingen so süß und so lockend, daß alle die, welche nicht erst seit gestern und heute auf deutsche Einheit und deutsches Volksthum dringen, alle, welche um ihrer reindeutschen Gesinnung willen selbst Verfolgungen haben erdulden müssen, freudig aufhorchen; bei ihren jetzigen Ansichten aber auch die Frage an sich richten, ob sie etwa auf falschem Wege und im Begriffe seyen, die heiligen Grundsätze, für welche ihnen Gut und Freiheit nicht zu theuer war, plötzlich wankelmüthig aufzugeben? und in der That diese Besorgniß könnte als gegründet erscheinen, wenn sie den großen Patrioten, die so verächtlich auf alles Französische herabsehen, und Deutschthum und deutsche Art und Gesinnung bis in den Himmel erheben, nicht etwas tiefer in's Auge sähen. Aber wer sind diese Patrioten? Es sind die Aristokraten unserer ständischen Versammlungen, die feilen Skribler unserer offiziellen und halboffiziellen Blätter; es sind namentlich die Leute, die sich nur nach französischem Maße kleiden, die ihre Prunkgemächer mit Luxusartikeln aus Paris schmücken, die in den Hofzirkeln ihre französischen Galanteriekünste geltend machen, die ihre Kinder von französischen Gouvernanten erziehen lassen, die ihre Einbildungskraft an französischen Romanen erhitzen, die unter einander nur französisch sprechen. Es sind dieselben, welche die deutsche Bundesakte,

wodurch es den Deutschen rein unmöglich wird, jemals sich innig zu einigen und durch die Einigung zu kräftigen, mit fabriziren halfen, welche, wo es darauf ankam, durch Aufhebung der Binnenzölle, durch Unterdrückung des diebischen Nachdruckes, durch eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung und andere Wohlthaten die verschiedenen Staaten Deutschlands enger zu verbinden, während fünfzehn Jahren nicht das Mindeste thaten; aber trotz dem schwerfälligen und langsamen Geschäftsgange am Bundestage binnen vier Wochen die Preßfreiheit aufhoben, die Centraluntersuchungs-Commission in Mainz errichteten, und den deutschen Universitäten Curatoren setzten, um zu berichten, was für Mützen, Bärte, Bänder und Röcke die Studenten trügen! Es sind dieselben, welche die Unterdrückung des in Stuttgart erscheinenden deutschen Beobachters in einer einzigen Sitzung beschlossen, aber in fünfzehn Jahren noch nicht Zeit finden konnten, über die Beschwerde der westphälischen Domainenkäufer gegen den Churfürsten von Hessen zu erkennen! Dieselben, welchen bis vor kurzem die Worte deutsch, demagogisch, revolutionäir ziemlich gleichbedeutend waren, welche einen Studenten zur Untersuchung zogen, weil er in ein Fremdenbuch unter der Rubrik Vaterland »Deutschland« geschrieben hatte, welche die Jahn und Arndt wegen ihrer kräftigen Sprache für deutsche Gesinnung und Einheit verfolgten und ins Gefängniß warfen, und den zu weit gegangenen deutschen Eifer junger unbedachtsamer Feuerköpfe in Magdeburgs, Wesels, Colbergs und Jülichs feuchten Kasematten abzukühlen suchten! — Und diese Leute wagen es jetzt, als Apostel deutscher Einheit und deutschen Vaterlandes aufzutreten, und von französischer Nachäfferei zu reden!

Ist das deutsche Volk indeß billig, so wird es sich seinerseits hüten, den Vorwurf französischer Nachäfferei von sich selber weg auf den Adel zu wälzen. Die Geschichte lehrt unwiedersprechlich: beide, deutscher Adel und deutsches Volk, haben von jeher der eine dieß der andere jenes von den Franzosen angenommen und ihnen nachgebildet. An und für sich verdient es auch keineswegs Tadel, in solcher erlaubten Weise etwas Fremdes sich anzueignen; man lobt es sogar an den Deutschen, daß sie, unparteiisch und frei von kleinlicher Nationaleitelkeit und Nationaleifersucht, das Gute eines jeden Volkes anzuerkennen und in ihr Land zu verpflanzen wissen, daß ihnen das Wort deutsch eben so wenig der Inbegriff alles Vortrefflichen, als das Wort französisch die Summe alles Verwerflichen ist. Ueber den Grundsatz selbst, über die Zuläßigkeit und Zweckmäßigkeit, Französisches aufzunehmen und nachzuahmen, waren beide Theile auch jeder Zeit einverstanden; nur über die Anwendung dieses Grundsatzes, über die Frage war man uneins, was denn nun namentlich an den Franzosen zu loben, was von ihnen zu lernen, worin ihrem Beispiele zu folgen sey. Die deutsche Aristokratie sah in Ludwig dem Vierzehnten, der Deutschland sengen und brennen, plündern und berauben ließ, das Ideal eines Monarchen, in seiner Regierungsweise und seinem Hofe das Vorbild einer weisen Staatsverwaltung und eines fürstlichen Lebens. Der deutsche Junker, der nicht in Paris seine Schule gemacht hatte, war und galt daher nichts, und der deutsche Bürger, dem die ihn allein drückende Last der Steuern ohnehin nicht erlaubte, kostspielige Reisen nach Paris zu machen, ward wegen seines rohen und ungebildeten deutschen Wesens mitleidig über die Achseln angesehen. In Paris aber unter französischen Höflingen übte sich der deutsche Adel, französisch zu tanzen, zu liebeln, zu witzeln; er strengte sich Jahre lang an, in französischer Conversation so recht zum Entzücken französisch zu näseln. Ein höherer Triumph war für einen deutschen Cavalier nicht zu denken, als wenn der Franzose auch nicht eine Spur von Deutschthum mehr in ihm erkannte, und man in Deutschland darauf schwur, der elegante und galante Herr sey der leibhafte Franzose! Natürlich wurden die Pariser Herrlichkeitin dann auch in die Heimath verpflanzt; die Haarbeutel und Perücken, die Corsets und Toupes, die culs und die gorges de Paris erhöheten den Glanz der deutschen Höfe, Schlößer und vornehmen Zirkel; französischer Atheismus und französische Hetärenpoesie ward die Grundlage der deutschen adeligen Bildung. Dagegen wurden die Verfassungen, wo deren noch bestanden, als spießbürgerlich abgeschafft, und die fürstlichen Chatoullen erhielten hierdurch reichliche Mittel, prachtvolle französische Gärten, Springbrunnen, Lustschlösser und Theater zur Bildung des Geschmacks und Schönheitssinnes anzulegen; die plumpe deutsche Sprache ward im Umgang, im Briefwechsel abgeschafft, und elegantes Deutsch hieß vorzugsweise, was mit französischen Worten und Redensarten reichlich gespickt war.

Das deutsche Volk fand an all diesem französischen Wesen wenig Geschmack; es las statt Voltaires Pucelle und statt Grecourt seinen Gellert und Klopstock, und ließ sich in den Kirchen von seinen Predigern, statt von Helvetius, Diderot und la Mettrie erbauen. Erst als die französische Revolution die große Idee von ewigen unverjährbaren Menschenrechten in Umlauf brachte, als Sieyes durch seine Schrift: Was ist der dritte Stand? und die erste Nationalversammlung durch ihre Dekrete dem Bürger und Bauern seine Stellung neben Adel und Geistlichkeit anwies, als Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und in Entrichtung der Steuern zum Grundgesetz der Verfassung ward, erst da wandte sich das deutsche Volk als solches den Franzosen und ihren Denkern zu, und der geistige Einfluß Frankreichs auf Deutschland war unermeßlich. Aber nicht blind, nicht unbedacht gaben die Deutschen sich der französischen Richtung hin; denn kaum verwandelte sich die schöne Morgenröthe der französischen Revolution in einen blutigen Strom, kaum widersprachen die Franzosen durch die That den eben erst ausgesprochenen Grundsätzen der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, kaum bestieg mit Zustimmung des französischen Volkes ein Militärautokrat den unumschränkten Thron; so wandten sich die deutschen Gemüther wieder ab von der wankelmüthigen Nation, und an die Stelle früherer Verehrung und Sympathie trat ein so unversönlicher

werkthätiger Haß, daß endlich ganz Deutschland von allem Französischen gesäubert, und schon das bloße Wort französisch und Franzose als Schmach- und Schimpfwort betrachtet wurde. Indeß zu edel und gutmüthig, um unverdienter Weise ewigen Groll zu nähren, trat das deutsche Volk dem französischen schnell wieder näher, sobald dieses zu seinen frühern freisinnigen Ideen zurückkehrte, und in den Kammern und öffentlichen Blättern eine oft nur kleine Anzahl beherzter und geistreicher Männer sich dem ungleichen und nicht selten gefährlichen Kampfe mit dem überall wieder aufthauenden Obskurantismus und Servilismus unterzog. Was that in dieser ganzen Zeit die deutsche Aristokratie? Im grellen Widerspruch mit dem deutschen Volke bot sie alle Kräfte auf, die freisinnigen und volksthümlichen Ideen der französischen Revolution in den Geistern und in den Staatseinrichtungen zu vernichten. Unter dem Schirme der heiligen Allianz sich sicher dünkend, mit den französischen Ultras, Emigrirten und Aristokraten in Gesinnung und Absicht eines, strebte sie fortwährend dahin, die alte schöne Zeit der Willkührherrschaft, französischer Eleganz und Bildung wieder herzustellen. Endlich sollten in Frankreich die berüchtigten Juliordonnanzen der Sache der Volksrechte und Volksfreiheiten den Todesstoß geben; aber der bewunderungswürdige Muth, Patriotismus und Freiheitsenthusiasmus des französischen Volkes machte die Anschläge der Finsterlinge zu Schanden; Frankreich war wieder frei, und das deutsche Volk, die enge Verbindung der französischen und deutschen Interessen, wo es sich um constitutionelle Freiheit handelt, wohl erkennend, schloß sich enger als je an das französische an. Die Wähler und Volksvertreter unserer constitutionellen Staaten erkannten das Günstige der Zeit, sie faßten Muth und Herz, und der Spott, der sie bis dahin verfolgt hatte, verwandelte sich schnell in Achtung und Vertrauen. Wo aber auf constitutionellem und gesetzlichem Wege keine Abhilfe der Beschwerden und Uebel möglich war, da appellirte man an einen Gerichtshof, den die Könige selbst als ultima ratio regum auf ihren Kanonen anerkennt haben; der braunschweigische Don Miguel mußte aus seinem brennenden Schlosse entfliehen, und in Dresden und Cassel machte man der Sache der Völker Concessionen, die man augenscheinlich nicht bloß dem guten Willen von obenher zu verdanken hat. Bei allen diesen Ereignissen in Deutschland sind weder französische Waffen, noch französisches Geld und französischer Rath im Spiele gewesen; wohl aber muß jeder Unbefangene und Wahrheitsfreund bekennen, daß die Deutschen, was sie gethan, unmöglich gewagt, oder dieses Wagniß wenigstens sehr theuer bezahlt haben würden, wenn nicht die Juliuswoche in Frankreich den Arm der heiligen Allianz gelähmt hätte. Kann man es dem deutschen Volke also verdenken, daß es, dankbar wie es ist, sich den Franzosen verpflichtet fühlt, daß es ihre Juliuswoche nicht vergessen wird, selbst wenn sie einst durch Uebertreibung und Ueberspannung den Glanz derselben trüben sollten.

Ist alles dieses wahr, — und es ist wahr — so erscheint es wahrhaft lächerlich, wollte die deutsche Aristokratie dem deutschen Volke, oder dieses jener den Vorwurf machen, französisch gesinnt zu seyn und Französisches nachzuahmen. Beiden läßt sich dieß, obwohl auf verschiedene Weise, nachsagen, und nach dem Spruche: prüfet alles und das Beste behaltet! entstände daher nur die Frage, wer von beiden, die deutsche Aristokratie oder das deutsche Volk, umsichtiger geprüft und verständiger gewählt habe? Die Beantwortung dieser Frage aber überlassen wir ruhig dem Urtheil der Welt und dem der Franzosen; der Franzosen, die doch im Grunde am Besten wissen müssen, was sie höher halten und höher achten, ob ihre Schneider oder Deputirten, ihre Tanzmeister oder Publicisten, die Bonmots ihrer Stutzer oder die Reden ihrer Foy und Benjamin Constant, ihre Galanterie oder Freiheitsliebe, ihre Speisekarten und Köche oder ihre Verfassungskarte, und die im Kampfe für sie gefallenen Märtyrer des Juli!

Bei allen dem wäre es schlimm, sehr schlimm, wenn das deutsche Volk selbst in dem Trefflichen, was es an den Franzosen schätzt und ihnen nachbildet, aller Eigenthümlichkeit und freien Thätigkeit entsagend, gleichsam wie ein Spiegelbild jede kleinste zufällige Bewegung, jedes Lächeln und jede Grimasse ihren Nachbarn ehrfurchtsvoll ablauschte und sklavisch nachmachte. Ein solches Nachmachen verdiente in der That den Namen des Nachäffens, es wäre in jeder Weise verächtlich und verwerflich. Daß aber die deutschen Volksvertreter und unabhängigen Journalisten, denen vorzugsweise und aus guten Gründen die Aristokratie diesen Vorwurf macht, denselben durchaus nicht verdienen, das zeigt ein einziger Blick auf die Verhandlungen unserer Wahlkammern und auf die Aufsätze unserer freisinnigen Blätter. Nennt man es freilich französisch, daß unsere Volksvertreter sich endlich ermannt haben, schwarz „schwarz" und weiß „weiß" nennen, nicht mehr mit demüthigem Zittern dem Ministertische gegenüber stehen, nicht bloß die oft falsch verstandenen Intressen des Throns, sondern auch die wahren Intressen des Volks, seinen Nothstand, seine Rechte, seine Bedürfnisse berücksichtigen, ja selbst auf die Gefahr hin, in halbofficiellen Blättern ihre Einsicht als beschränkt, ihr Votum als verfassungswidrig getadelt zu sehen, rücksichtslos und ohne Menschenfurcht Regierungsanträge verwerfen, die ihnen gemeinschädlich scheinen, nennt man alles dieses französisch, weil es die ehrenwerthen französischen Volksvertreter eben so machen, nun dann so mögen unsre Deputirten nur fort und fort französisch handeln, und sich damit beruhigen, daß der Bürger und Bauer, der mit dem Französischen nicht so vertraut ist, als unsere Aristokratie, eine solche Handlungsweise nicht französisch sondern deutsch nennt.

Dagegen haben unsre Volksvertreter den Fleiß und Eifer, mit dem sie den Verhandlungen beiwohnen, die strenge Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit, mit der sie die Regierungsanträge prüfen und darüber abstimmen, wohl kaum von Frankreich. Hier ist die Opposition zu einem

nicht unbedeutenden Theile eine feindselige, welche an den Grundfesten der Verfassung selber rüttelt, eine zu doktrinaire, welche in der Uebersetzung von Theorien und Formen, die doch erst durch die Menschen Leben und nach der Verschiedenheit der Menschen ein so tausendfältiges, hier üppiges, dort kränkliches Leben erhalten, die wichtigsten materiellen Interessen des Landes nicht selten vernachlässigen; eine persönliche und ehrgeitzige, endlich, der es um Stellen und Personen mehr als um die Sache zu thun ist. Auch die Taktik der französischen Wahlkammer hat ihr Eigenthümliches; die verschiedenen politischen Parteien bilden kompakte Massen, aus denen der Einzelne mit seiner Abstimmung nie heraustritt; die Opposition verwirft in der Regel alles, was von einem ihr nicht zusagenden Ministerium ausgeht, die ministerielle Seite nimmt jeden Regierungsvorschlag unbedingt an. Ganz anders in den deutschen Wahlkammern. Von einer zerstörenden Opposition ist hier keine Spur; auch die doktrinaire ist so gut wie gar nicht da. Ehrgeitz und Selbstsucht freilich ist nicht ganz ausgeschlossen; es giebt schon einige unbedingte Jaherrn des Ministeriums, die ihre Kenntnisse und sophistischen Redekünste nur zur Entstellung der Wahrheit, zur Vertheidigung von Sätzen anwenden, an welche sie selber nicht glauben; andrerseits mag auch der Nimbus der Popularität, der allerdings durch kühnes Widerstreben leichter als durch freundliches Nachgeben zu gewinnen ist, für einige wenige oft allzuviel Reiz haben, und wenn auch nicht auf ihre Abstimmungen, doch auf ihre Reden und Vorträge einen Einfluß üben, welcher der guten Sache nicht immer förderlich ist. Im großen Ganzen der deutschen Volksvertreter aber herrscht ohne allen Zweifel die vollste Unbefangenheit und Unparteilichkeit, was sich am evidentsten aus der Abstimmung nachweisen läßt. Oft werden Regierungsantrage fast einstimmig angenommen oder verworfen; bei einer Reihe verwandter Fragen zeigt sich gleichwohl die Verschiedenheit der individuellen Meinungen durch den auffallendsten Wechsel der Mehrheit und Minderheit bei dieser oder jener Frage. Heute noch mit gleichem Eifer für oder gegen eine Sache gemeinschaftlich kämpfend und eng mit einander verbunden, stehen sich oft schon morgen die einflußreichsten Redner als Widersacher gegenüber. Mag man diese parlamentarische Taktik nun loben oder tadeln; eine französische wenigstens ist es auf keinen Fall. Auch das Schleppende, Wiederholende, Weitschweifige vieler deutschen Redner, und das Reden so mancher, die mit Kenntnissen und Beurtheilungskraft reichlich ausgestattet in den Ausschüssen die herrlichsten Dienste leisten, aber zu öffentlichen Vorträgen nun einmal kein Talent haben und deßhalb wenig oder gar keinen Einfluß dadurch auf die Kammer gewinnen, auch dieß ist nicht französisch, und es wäre zu wünschen, daß die deutschen Kammern in dieser Rücksicht noch etwas französischer würden.

Was ferner die deutschen Journalisten unabhängiger politischer Blätter und die auch ihnen vorgeworfene französische Nachäfferei betrifft, so zeugt ein solcher Vorwurf ebenfalls nur von Böswilligkeit oder geistiger Beschränktheit. Die deutschen Journalisten schätzen das Talent, die Leichtigkeit und Klarheit, mit der die französischen es verstehen, politische Fragen zu erörtern und auch den nicht gerade wissenschaftlich Gebildeten verständlich zu machen; sie ehren den Muth und die Beharrlichkeit derselben, womit sie jeder Zeit für das köstlichste Recht eines Volkes, für die Freiheit der Presse gekämpft, womit sie, antinationalen und anticonstitutionellen Ministern und einer mächtigen Congregation gegenüber, weder von süßen Versprechungen verleitet, noch durch Gold und Ehrenstellen bestochen, fortwährend die Gebrechen der Verwaltung und die heillosen Entwürfe der Regierung offen aufgedeckt und der Nation die Mittel angezeigt haben, ihre Rechte zu bewahren und wieder zu gewinnen; sie bewundern ihre Aufopferung, mit der sie trotz Gefängniß, Geldstrafen und den niedrigsten Verläumdungen ihrer Gegner unerschrocken und mit immer gleicher Wärme die Sache des Volks und der verfassungsmäßigen Freiheit vertheidigt, und in den Juliustagen, Kerker und Tod vor den Augen, ihre Mitbürger mit Wort und That gegen Meineid, Verrath und Despotismus in den Kampf geführt haben. Zeugt eine solche Schätzung, Verehrung und Bewunderung von französischer Gesinnung; so sind unsre deutschen unabhängigen Journalisten allerdings französisch gesinnt, und wir wollen wünschen, daß sie es immerdar bleiben und ihre französische Gesinnung auch durch die That bekräftigen! Mögen sie, wie sie jetzt angefangen haben, muthig fortfahren, jedes Ding bei seinem rechten Namen zu nennen, den aufrichtigen Gefühlen ihres Herzens in Lob und Tadel stets freien Lauf zu lassen, trotz allen Plackereien der Censur kein Ansehen der Personen und der Stellen zu achten, und die Ungebühr und das Unrecht eben sowohl am Ministertische, wie auf dem Landrichterstuhle zu rügen und zu bekämpfen! Mögen sie endlich, der früheren Barbarei eines gelehrten unverständlichen Kauterwelsch entsagend, in klarer, lichtvoller und lebendiger Darstellung ihre Mitbürger zu belehren und dadurch mit allen Klassen des Volks in ein schönes Wechselverhältniß zu treten suchen! Alles dieß ist lobenswerth, es mag französisch seyn oder nicht; sind aber die französischen Journalisten in einer oder der anderen Rücksicht den deutschen noch überlegen, so mögen diese sich nicht schämen, von ihnen zu lernen und sich all ihrer ehrlichen Mittel zu bedienen, wodurch eines Volkes politische Aufklärung befördert und Liebe und Eifer für gesetzmäßige Freiheit und für vernunftgemäße Verfassung und Institutionen geweckt werden. Wir sagen mit Absicht ehrliche Mittel, weil wir nicht läugnen wollen, daß einige französische Journalisten Grundsätze haben und eine Taktik besitzen, welche die deutschen mit Recht verschmähen. Die natürliche Lebhaftigkeit und Unruhe der Franzosen macht es ihren Journalisten zum Theil unmöglich, die ruhigen aber sichern Entwicklungen der Zeit abzuwarten und an einer bequemen Stelle zu bleiben, wenn sie in weiter Ferne eine noch bequemere zu sehen glauben; im raschen Vorwärtseilen zum Bessern werden sie nicht selten über ihr

eigenes Ziel hinweggerissen. Ferner werden sie von dem feurigen Eifer, ihrer Sache zu nützen, mitunter verführt, zu deklamiren statt gründlich zu urtheilen; die Thatsachen in ihrem Sinne zu erläutern, statt sie einfach und ungeschmeichelt durch sich selber sprechen zu lassen; sich an die Leidenschaften der Menge statt an das Urtheil der Verständigen zu wenden; Personen statt der Sache anzugreifen, und auf Augenblicke einen ihrer eigenen Grundsätze zu vergessen, weil er ihnen im vorliegenden Falle, nach seiner nothwendigen Consequenz unbequem und lästig ist. Von allen diesen Fehlern aber haben sich die deutschen Journalisten der liberalen Opposition bis jetzt durchaus frei erhalten, und sie werden troß aller Verationen und Aufreizungen ihrer Gegner, in deren Augen sie nichts als Demagogen und Revolutionaire sind, diesen Weg der Wahrheit, der Unpartheilichkeit, der Mäßigung und Besonnenheit ruhig fortgehen.

Hiezu kommt endlich noch die durchaus veränderte Stellung und Stimmung Frankreichs gegen Deutschland. Damals als der deutsche Adel mit seiner geistigen Leerheit und seinem Stockjunkerthum in Paris sein Vermögen verpraßte, und sich in französischen Ballkleidern, in der leichten französischen Conversation nicht viel besser ausnahm als der Affe, der die Bewegungen seines Herrn nachspielt: damals ward der Deutsche von dem Franzosen verachtet, wie es jeder verdient, der sich selbst und sein Volksthum nicht achtet. Nach dem, was sich in Deutschland und Paris zeigte und umhertrieb, war es den Franzosen kaum zu verargen, wenn sie das Land als den Sitz aller Dummheit, Beschränktheit und Albernheit ansahen. Das Wort bête Allemande war für die, auf welche es zuerst angewandt wurde, gar nicht übel gewählt, und da die wenigen Federn, welche den Franzosen aus Deutschland zukamen, sie wahrlich nicht reizen konnten, den Vogel selber kennen zu lernen, so blieb ihnen Deutschland selbst eine völlige terra incognita, und vom Psychischen auf das Physische schließend, stellten sie sich sogar unter dem Grund und Boden ein zweites Siberien vor. Erst unserm Bürgerstande, den deutschen Gelehrten und Künstlern war es vorbehalten, die Ehre des Vaterlandes im Auslande wieder herzustellen; und wenn der preußische Adel, der in der Jenaer Schlacht sämmtliche Officierstellen des preußischen Heeres inne hatte, und hinterher fast alle, selbst die ersten Festungen des Reichs ohne Schwertstreich übergab, den deutschen Kriegsruhm auf das Schmählichste befleckte, so bedurfte es der Schwerter der Freiwilligen und der Kolben der pommerischen Bauern, um diesen Flecken in den Jahren 1813—1815 wieder auszulöschen. Mit einem Wort: was die deutsche Aristokratie verschuldet hat, um Deutschland in den Augen Frankreichs zu erniedrigen, das hat das deutsche Volk wieder gut gemacht. Auch die politischen Bewegungen des letzten Jahres in Deutschland haben dazu beigetragen, die Franzosen in ihrer guten Meinung von uns zu bestärken. So kommt es denn, daß der deutsche Gelehrte und Künstler, der in Paris erscheint, jetzt überall mit Zuvorkommenheit und Achtung aufgenommen wird, selbst wenn er nichts weniger als Meister der französischen Sprache und Manieren ist. Das Studium der deutschen Sprache und Litteratur macht Riesenfortschritte in Frankreich, und die eine wie die andre genießen Ansehn und Ehre; selbst Gerichtspräsidenten (wie Golberry in Colmar) achten es nicht unter ihrer Würde, die Werke eines Niebuhr, Schlosser, Heeren und Creutzer zu übersetzen; ja der unversöhnliche Franzosenfeind Jahn sogar hat einen Uebersetzer und Lobpreiser seines deutschen Volksthums gefunden. Die einsichtsvolleren Franzosen troß der ihnen so oft vorgeworfenen ungemessenen Nationaleitelkeit erklären unumwunden die deutsche Philosophie für tiefer und gediegener als die französische, und die Regierung schickt mit dem offenen Geständniß, daß die französischen Unterrichtsanstalten den deutschen nachständen, einen der ersten Gelehrten und Philosophen Frankreichs zu uns, um sich mit unsern Schulen und höhern Bildungsanstalten genauer bekannt zu machen und die französischen, so weit es die Verschiedenheit der Verhältnisse erlaubt, danach zu verbessern. Daß aber dieß alles hinwiederum auf die Deutschen einen der Franzosen günstigen Eindruck macht, ist leicht zu begreifen.

Fassen wir nun alles Bisher gesagte zusammen, so erkennen wir allerdings eine große Vorliebe des deuschen Volks für das neue freie Frankreich, einen nicht unbedeutenden Einfluß des letztern auf unsre gesetzgebende Kammern und unsre politische Literatur. Aber wir sehen zugleich, daß jene Vorliebe nicht blind, dieser Einfluß nicht unbedingt und despotisch ist. Ueberall findet Prüfung statt, und nur das unserer Volksthümlichkeit und unsern Verhältnissen Zusagende und Entsprechende wird aufgenommen und in deutscher Art weiter gebildet. Es fällt Niemanden ein, die französische Verfassung für ein Meisterstück zu halten und unsre deutschen danach zu modeln; es ist nur ein Urtheil über so manche Gebrechen und Mißbräuche der französischen Verwaltung, deren Beleuchtung wir einem besondern Aufsatze vorbehalten. Nicht wie des Bedürftigen zum Wohlthäter, des Schülers zum Lehrer, ist die jetzige Stellung des Deutschen zum Franzosen. Es sind zwei reiche Kaufleute, welche ihre Schätze gegen einander austauschen; zwei Männer, welche nach einem und demselben Ziele strebend sich lehrend und lernend und in jeder Art fördernd einander die Hand reichen; zwei Freunde, die einander achten, ohne ihre Fehler zu verkennen, die sich an einander bilden, ohne ihre Eigenthümlichkeit aufzugeben und den thörichten Versuch zu machen, zu einem stark- und kraftlosen Gemisch sich zu vermengen. Beide, das deutsche wie das französische Volk, erkennen mehr und mehr ihre hohe Bestimmung, gemeinschaftlich als Wall der Freiheit und Civilisation sich der aus Osten hereinbrechenden Despotie und Barbarei entgegenzustellen, und für diesen großen Zweck sich eng und innig zu verbinden.

Dieß ist die so viel besprochene französische Stimmung in Deutschland. Daß unsre Aristokraten, die mit Hülfe der deutschen Heere erst in Frankreich und dann in Deutschland die politische Freiheit vernichten möchten, ein großes Aerger-

niß daran nehmen, läßt sich erklären, und es ist natürlich, daß sie alle ihre kleinen diplomatischen Künste aufbieten, um Mißtrauen und Feindschaft zwischen dem deutschen und französischen Volke zu säen. Aber die kleinen diplomatischen Künste sind abgenutzt; wir haben seit fünfzehn Jahren das Volteschlagen und die Taschenspielereien der Diplomaten so oft gesehen, daß wir endlich hinter ihr Geheimniß gekommen sind. Wir wissen, daß unsre Aristokraten sich jedes Worts ohne Ausnahme bedienen, sofern es ihnen nur nützt. Religion und Vaterlandsliebe, Legitimität und Volksglück, Deutschthum und Souverainität — alles muß an die Reihe, wie es dem Zwecke gerade dient. Im Jahre 1813 gaben die Fürsten und Aristokraten den Völkern sogar das Recht der Insurrektion, und riefen sie gegen dieselben Fürsten, die sie ihnen in den Friedensverträgen vor wenigen Jahren erst gegeben hatten, zu den Waffen! Und da die Worte: Deutschlands Unabhängigkeit und Freiheit, Deutschlands Einheit und Ehre, und tausend schöne Versprechungen wahre Wunder waren, so möchte man jetzt das alte Spiel wiederholen. Aber wir haben seitdem gelernt, wie die Versprechungen gehalten worden sind; Aachen und Laibach, Verona und Carlsbad haben uns gezeigt, was man unter Deutschlands Unabhängigkeit, Freiheit, Einheit und Ehre versteht. Es wird sich kein Jahn und Arndt wieder finden, um ihnen die Proklamationen zu schreiben, zu deren Abfassung sie selbst weder Fähigkeit noch volksthümliche Gesinnung besaßen. Wir kennen jetzt den Lohn, den solche Proklamationen bringen, wenn sie ihren Zweck einmal erfüllt haben. Außerdem kann nur ein Wahnwitziger die jetzige Stellung Frankreichs zu Deutschland mit der von 1812 vergleichen; und eben so wenig kann die letztere sich wiederholen. Denn abgesehen davon, daß nicht jedes Jahrzehent einen Napoleon hervorbringt, so würde selbst Napoleon in jetziger Zeit nicht mehr die Herscherrolle in Frankreich und mit Hülfe der Franzosen über die Nachbarsländer spielen können, wie vor zwanzig Jahren. Dazu haben die constitutionellen Ideen seitdem in ganz Frankreich zu große Fortschritte in aller Ueberzeugung und aller Herzen gemacht.

Aber auch das deutsche Volk war in Geist und Gesinnung nie einiger, nie verbundener als gerade jetzt; die alte Eifersucht, der alte Haß zwischen den Einwohnern der verschiedenen deutschen Staaten ist verschwunden, und wo sich noch etwas der Art findet, da rührt es nur von einer Verwechslung der einzelnen Völker mit den Systemen und Maximen ihrer Regierungen her. In welchem kleinsten deutschen Staate nur immer politische Regsamkeit und constitutionelle Ideen sich zeigen, dahin richten sich sogleich die Augen aller übrigen Deutschen mit freudiger Theilnahme. Die Verhandlungen der deutschen Wahlkammern erregen in ganz Deutschland ein Intresse, wie man es früher nicht gekannt, und die Kammern selbst nehmen Rücksicht und Umgang von einander; die Worte der einen ertönen nicht selten in einer andern als Beleg und Autorität, und jede zeigt eine lobenswerthe Eifersucht, nicht hinter den übrigen zurückzubleiben.

In denjenigen deutschen Staaten, wo der Absolutismus noch besteht, ist das Streben und der Wunsch nach einer freisinnigen Verfassung allgemein und wird täglich dringender und lauter. Dagegen findet die zu Anfang der ersten französischen Revolution in Deutschland herrschende Meinung, als ob die Franzosen den Deutschen Verfassung und Freiheit bringen sollten, nicht den geringsten Anklang mehr. Wir haben es im letzten Jahre an mehr als einem deutschen Staate, zum Theil selbst den kleinsten gesehen, daß nur Ernst und Festigkeit der Bürger dazu gehört, um auch ohne Hülfe fremder Bajonette ihre gerechten Wünsche erfüllt zu sehn.— Wenn irgend etwas, so zeugt doch gewiß alles dieß von deutscher Gesinnung und deutscher Einheit; aber diese Gesinnung und Einheit geht auf politische Freiheit und auf zeitgemäße Verfassungen. Sollte daher Oestreich und Preußen, ohne angegriffen, ohne gereizt zu seyn, für ihr bekanntes und der Welt klar vor Augen liegendes System Frankreich den Krieg erklären, sollten ihre Heere für den Absolutismus zu bluten und zu sterben sich bereit zeigen, so sind sie es, welche die deutsche Einheit vernichten. Das constitutionelle Deutschland kann und darf an einem solchen Kriege nicht Theil nehmen, will es nicht einen Mord gegen sich selber begehen; ja sollte ihm möglicher Weise nur die Wahl bleiben zwischen einem Anschließen an Frankreich gegen die Heere des deutschen Absolutismus und zwischen der Vernichtung seiner constitutionellen Freiheit, so wird diese Wahl zwar eine schmerzliche seyn, aber sie kann nicht zweifelhaft ausfallen. Selbst Verwandtschaft und Freundschaft darf nicht in Betracht kommen, gilt es die höchsten geistigen Güter der Menschheit. In einem solchen Falle wäre es der Absolutismus, der das Land der deutschen Einheit zerrisse, und welche äußern Nachtheile eine solche Entzweiung dem deutschen Reiche auch bringen möchte, die Geschichte würde sie mit Recht nur denen zur Last legen, welche für den Absolutismus das Schwert gezogen. Deutschland aber müßte sich immer noch glücklich preisen, wenn nur das constitutionelle Princip gerettet aus dem Kampfe hervorginge; denn dann nur ist alles verloren, wenn Freiheit, Verfassung und Ehre dahin ist.

Dieß ist die französische Stimmung in Deutschland, namentlich im constitutionellen Deutschland.

Ueber die Verhältnisse der dänisch-deutschen Provinzen.

(Aus einem Schreiben aus Holstein vom 2. Juli 1831.)

Ueberall wird von wohlwollenden, denkenden Staatsbürgern verfassungsmäßige Bürgschaft gegen die Herrschaft der Willkühr gefordert. In Staaten, die sich einer väterlich gesinnten Verwaltung, einer leidlichen Rechtspflege und einer gewissen Sicherheit für die materiellen Interessen erfreuen, mag, so lange man nur auf das Innere solcher Länder sieht, der Ruf nach Verfassung weniger dringend erscheinen. In-

dessen kann sich kein Staat in Europa so sehr von den großen, allgemeinen Verhältnissen isoliren, daß, wo Alles fortschreitet, ungestraft er allein hinter dem Aufschwung der Zeit zurückbleiben könnte. Dieß scheint die dänische Regierung in Beziehung auf das Herzogthum Schleswig und Holstein eingesehen, zugleich aber auch geglaubt zu haben, sie könne die Zeit durch eine nicht eben feine Wendung täuschen, und sonach, unter scheinbaren Zugeständnissen, sich die alte Willkühr vorbehalten. Darum gewährt sie diesen Herzogthümern berathende Provinzialstände, die dem Namen nach uns eine constitutionelle Regierung versprechen, im Grunde aber zu einer, der Würde der Regierung wahrlich nicht angemessenen Spiegelfechterei führen. Preußen versuchte durch ein ähnliches Kunststück der Erfüllung seines feierlichen Versprechens auszuweichen; aber es that dieß in der Blüthenzeit der heiligen Allianz, und nicht in unsern Tagen, wo die Völker nicht gesonnen sind, ein böses Spiel mit ihrem Vertrauen ferner zu dulden. Wenn nun unsere Regierung so spät und so zur Unzeit jenem preußischen Beispiel nachhinkt, so möchte unsere jenseits der dänischen Grenze wohnenden deutschen Brüder solches Verfahren befremden.

Die Dänen haben das Beispiel der norwegischen Constitution vor Augen, welche vom jetzigen Thronfolger Dänemarks, dem Prinzen Christian, dem Nachbarvolk gegeben wurde. Es ist natürlich, daß sie auf eine ähnliche Verfassung hoffen; die Gleichheit der Verhältnisse redet diesem Wunsche das Wort. Die Interessen Dänemarks, als eines Ackerbau treibenden Staats, sind, wie in Norwegen, einfach und leicht zu begreifen. Eine möglichst monarchisch-demokratische Regierungsform würde den Bedürfnissen und dem Charakter der Dänen entsprechen. Aber eine solche Umgestaltung muß natürlich in einem absolut monarchischen Staate größeren Schwierigkeiten unterliegen, als anderwärts, wo auf irgend eine Weise gemäßigte monarchische Verfassungen eingeführt sind. Das sogenannte Königsgesetz, Grundgesetz des Staats, schneidet in Dänemark jeder Verfassungsreform den Weg ab. Der Eid, den alle Beamte zu schwören haben, lautet dahin: „nach allen Kräften und Vermögen zu wachen, damit Ihro königlichen Majestät absolutum dominium, Souveränität und Erbgerechtigkeit über Ihre Reiche und Lande unveränderlich erhalten werde; nicht zu gestatten, daß jemand etwas Gefährliches vornehme, rede oder handle, sondern dergleichen sofort dem König zu erkennen zu geben." Jeder Vorschlag einer Veränderung in der Verfassung kann demnach als Hochverrath betrachtet werden, und würde, den Umständen nach, auch wirklich als solcher angesehen werden. Die hieraus hervorgehenden Verhältnisse müssen, in der Beurtheilung unseres politischen Betragens, wohl erwogen werden. Zugleich ist zu erwägen, daß mehr als Furcht vor Strafe, die Dänen in der Liebe zu ihrem Könige einen edlen Beweggrund zur Geduld in sich bewahren. So lange der König lebt, ist daher der jetzige Zustand der Dinge gesichert, wie betrübend es auch ist. — Vielleicht fehlt auch dem Volke nicht weniger, als denen, welche jetzt das Staatsruder in Händen haben, eine hinreichende politische Aufklärung, um jetzt schon einzusehen, daß das Hinausschieben der nothwendigen Reformen die Verhältnisse immer mehr verwickelt, und am Ende einen Zustand herbeiführen könnte, der so verworren seyn könnte, daß keine andere, als eine gewaltsame möglich würde.

Die Herzogthümer Schleswig und Holstein, obgleich nicht durch das Königsgesetz gebunden, und mit dem unzweifelhaften Recht auf eine gemeinschaftliche landständische Verfassung versehen, sind dennoch durch die Verbindung mit dem Königreiche Dänemark in eine höchst schwierige Lage versetzt. Unsere Ritterschaft hat vor einigen Jahren das Recht der Holsteiner auf Landstände beim deutschen Bundestage zu erkämpfen gesucht; leider ohne Erfolg, wie denn dieser Bundestag sich nur dann thätig bewies, wenn es die Unterdrückung der Nationalrechte galt. Schon zur Zeit jenes Antrags in Frankfurt, mag die Betrachtung, daß die Einräumung einer Verfassung für Holstein, auch bei den Dänen das Verlangen nach gleicher Wohlthat erregen würde, den König abgehalten haben, die mehrmals für Holstein versprochene Verfassung wirklich ins Leben treten zu lassen.

So blieb Alles beim Alten. Das Volk nahm wenig Antheil an dieser Angelegenheit, nur die Ritterschaft (als der Stand, welcher bis zuletzt (1712) in verfassungsmäßiger Thätigkeit geblieben war, und früher wichtige Vorrechte genoß) kämpfte, so lange sie konnte, für die alten, von der Regierung nicht beachteten Volksrechte; sie erklärte sich bereit zu einer Modification der veralteten Landstände, und wollte sogar auf mehrere Privilegien des Adels verzichten. Indessen fehlte viel, als daß Adel und Bürgerschaft einig oder nur verträglich gewesen wären; diese verschiedenen Stände bewachten vielmehr einander eifersüchtig; jeder mißtraute den Schritten des Andern.

Als die Ritterschaft kräftige Schritte zur Erlangung von Landständen that, sah der Bürgerstand ihrem Beginnen zum Theil mit Argwohn unthätig zu. Gleiche Feindseligkeit verrieth später der Adel. Als vor acht Monaten der Kanzleirath Lornsen (nicht Tornsen, wie er in der allg. Zeitg. vom 26. Juni genannt wird) in den Herzogthümern auftrat, um auch für den Bürgerstand die Gewährung einer Repräsentativverfassung zu erwirken, zog die Ritterschaft sich nicht blos zurück, sondern sie bezeichnete auch, in der Adresse an den König, die bei den Verhandlungen bemerkte, in solchen Fällen wohl unvermeidliche Aufregung, als sträfliche Umtriebe der Uebelwollenden. Erst nachdem Lornsen eingekerkert, und nachdem die Aufregung, die übrigens nicht zu dem geringsten Excesse führte, auf eine Art zur Ruhe gesprochen war, die verschiedener Deutung fähig ist, schien die Ritterschaft sich zu besinnen und es zu bedauern, daß sie die mächtige Stütze des Bürgerstandes verschmäht hatte. Sie versuchte noch einmal, sich mit der Regierung in Opposition zu setzen, aber jetzt aller Mitwirkung des Bürgerstandes, dessen Eifer inzwischen erkaltet scheint, ermangelnd, mußte sie Zurückweisungen von der Regierung erfahren, wie sie der Stellung

der Ritterschaft, als Bewahrer der alten Landesrechte, wenig angemessen waren. In dieser Lage der Dinge wurde Lornsen ohne öffentlichen Prozeß zu einjähriger Festungsstrafe und Erstattung der Prozeßkosten verurtheilt: „weil er (wie das Urtheil lautet,) an verschiedenen Orten der Herzogthümer die öffentliche Ruhe gefährdende Handlungen vorgenommen habe." Wo findet sich hier das Verbrechen? Was sind das für gefährliche Handlungen, die keine Wirkung haben? Ueberdem gesteht das Gericht selbst ein, daß die Absicht des Verurtheilten nur auf erlaubte, unschädliche Handlungen gerichtet waren. Keine andere Entscheidungsgründe sind bekannt worden. Unterdessen erleidet Lornsen auf der Festung Friedrichsort, bei Kiel, seine Strafe, während alle edlen Menschen über die schreiende Ungerechtigkeit dieser Strafe klagen. Der Antheil, den das Volk ihm schenkt, ist allgemein und unzweideutig. Die Prozeßkosten werden von seinen zahlreichen Freunden zusammengeschossen, in Friedrichsort, wie in Randsburg in der letzten Zeit der Untersuchung, erhält er häufige Besuche von Freunden oder solchen, die seine Freundschaft suchen. Seine kleine Schrift, welche hier zuerst allgemeiner den Sinn für Verfassung erregte, weiß das Volk auswendig. Kurz er ist, obwohl Staatsgefangener, der gefeierte Mann des Volkes. Seinem richtigen, scharfen Blick in die Verhältnisse unseres Landes, seiner kühnen Entschlossenheit und seiner aufopfernden Denkungsart hätte das Volk einen bessern Zustand verdanken können, wenn es seine Vorschläge so entschieden gewollt und ausgeführt hätte, als klar Lornsens „im Verfassungswerk" sie als die einzige Hülfe angezeigt hatte.

Zum Schlusse nur noch die Versicherung, daß der in der außerordentlichen Beilage der allgem. Zeitung vom 26. Juni enthaltene Artikel: Aus dem Holsteinischen, mehrere Behauptungen enthält, die kein Holsteiner, welcher politischer Ansicht er auch seyn mag, mit gutem Gewissen für Wahrheit erklären kann.

Baierns auswärtige Politik.

Von der Entscheidung der politischen Fragen des Jahrhunderts hängt auch das Schicksal der Staaten Deutschlands ab. Das System der Rückschritte ist durch die Juli-Revolution in seinen Grundfesten erschüttert worden: — eine neue, durchaus neue Zeit eröffnete die Reformation des politischen Zustandes der Völker. Baiern war dazu bestimmt, bei diesem Welt-Ereigniß eine große Rolle zu spielen. Entschlossenheit und ein klares Auffassen der Bedeutung der Zeit würde dieses Land an die Spitze einer Coalition der süddeutschen constitutionellen Staaten gestellt haben, welche bei den großen politischen Fragen eine entscheidende Stimme erlangen mußte. Ausgerüstet durch die geweckte, moralische Kraft der Völker, und unterstützt von der neugeschaffenen

Macht Frankreichs, würde die Coalition das Mittel gefunden haben, dem constitutionellen Deutschland das Gleichgewicht mit den absoluten deutschen Staaten zu geben. Baiern mußte insbesondere dadurch die Macht erlangen, die Wunden zu heilen, welche eine kurzsichtige, schwache und unmännliche Politik auf dem Wiener Congresse ihm geschlagen hatte. Nie war ein günstigerer Zeitpunkt, die Selbstständigkeit des Landes zu gründen: denn niemals genoß unser Vaterland eine größere Achtung im Auslande: nie ein ähnliches moralisches Uebergewicht. Doch der günstige Zeitpunkt ging unbenützt vorüber; man schlug den entgegengesetzten Weg ein, und näherte sich durch die unglücklichen Maßregeln des Jänners den absoluten Mächten. Auch diese Politik fand ihren Charakter in einem juste milieu; jedoch ganz eigener Art. Wider Frankreich aus Vorurtheil feindselig gesinnt, und gegen Oesterreich mit Grund mißtrauisch, warf man sich Preußen in die Arme, weil der Berliner Hof wegen des gemäßigten Gebrauches der absoluten Gewalt Vertrauen verdiene. Die Idee einer Neutralität — die Folge des schwankenden Systems der preußischen Politik — fand Beifall und das Anschließen an Preußen ward beliebt. Allein diese Verbindung, welche durch einen Zollverband demnächst noch enger geschlossen werden soll, läuft in jeder Beziehung wider die Interessen des bairischen Volkes.

Deutschland ist durch den Zwiespalt der Staats-Principien in zwei heterogene Theile zerfallen, deren Interessen vorzüglich bei der Frage über Krieg und Frieden in Collision treten werden. Die constitutionellen Staaten müssen den Stützpunkt zur Aufrechterhaltung ihrer Reichsverfassung in Frankreich suchen und von den absoluten Staaten Deutschlands entfernt sich halten, wäre es auch, daß Frankreich auf Kosten Deutschlands seine Grenzen erweitere. Dieser Satz ist richtig, sobald die Staatsverfassung durch ein Bündniß mit den absoluten Ländern bedroht wäre, und wenn die Aufrechterhaltung der Verfassung in Collisionsfällen unbedingt allen übrigen Interessen vorzuziehen ist. Daß ein Bündniß mit den absoluten Mächten der Reichsverfassung der constitutionellen Länder Gefahr bringe, kann bei den bekannten Gesinnungen Oesterreichs und auch in Ansehung Preußens, bei der Beschaffenheit des geheimen Vertrages von Verona, und bei der entschiedenen Feindseligkeit des Berliner Kabinets wider die Presse und die volksthümlichen Institutionen überhaupt, nicht zweifelhaft seyn. Ein mit Erfolg wider Frankreich geführter Krieg würde die Beschränkung der constitutionellen Rechte der süddeutschen Völker zur unausbleiblichen Folge haben. Wer also die Erhaltung dieser Rechte als das höchste achtet, muß wider jedes Bündniß mit den absoluten Mächten sich erklären.

Auf der andern Seite ist nicht zu läugnen, daß eine Vereinigung mit Frankreich und ein mit dieser Macht wider den Absolutismus glücklich geführter Krieg die Ausdehnung der französischen Grenzen wider den Rhein zur Folge haben, also ein Resultat herbeiführen würde, das den deutschen

Nationalstolz empfindlich beleidigt. Bei solchen Verwicklungen liegt die richtige Politik darin, die Collision zu lösen, und das constitutionelle Deutschland in den Stand zu setzen, mit der Aufrechterhaltung seiner Staatsverfassung zugleich die Integrität des deutschen Gebietes zu sichern. Diese große schöne Aufgabe zu lösen, blieb Baiern vorbehalten. Der Weg dazu ist ein enges Bündniß der süddeutschen Staaten zu dem Zwecke, um Preußen zur Einführung des Repräsentativ-Systems zu zwingen. Der Zweck wird durch Entwickelung von Energie mit Sicherheit erreicht: die Coalition darf nur den ernstlichen Entschluß fassen, im äußersten Falle zur Rettung des constitutionellen Prinzipes ihre gesammte Kraft mit Frankreich zu vereinigen. Zeigt man nur hierin Ernst, so muß Preußen nachgeben, weil es außerdem seine ganze Existenz bedroht sähe. Durch den Widerstand wider eine solche constitutionelle Coalition und durch die Provocation auf die Entscheidung der Waffen würde nämlich der Berliner Hof die Erklärung unterzeichnen, daß er der entschiedene Feind aller volksthümlichen Institutionen sey, daß er die absolute Gewalt um keinen Preiß aufgeben, die gegebenen Versprechungen nie erfüllen wolle; — kurz der Hof würde nicht blos fremden Mächten, sondern dem eigenen Volke den Krieg erklären. Daß in einem solchen Kriege auch das geübteste und zahlreichste Heer keinen genügenden Schutz gewähre, hat die Erfahrung zu oft bewiesen, und bleibt insbesondere bei der Zusammensetzung des preußischen Staates und bei der Stimmung des Volkes in den rheinpreußischen, westphälischen und sächsischen Provinzen eine unwiderlegbare Wahrheit. Jeder Unbefangene muß daher einsehen, daß eine Coalition der süddeutschen Mächte zu dem Ende, um Preußen zur Einführung der Repräsentativ-Verfassung zu zwingen, bei ernstlichem und festem Willen nothwendig ihren Zweck erreichen müßte, weil die Tendenz eines solchen Bündnisses im preußischen Volke selbst die mächtigste Unterstützung finden würde. Tritt aber Preußen dem constitutionellen Prinzipe bei, so ist nun die große europäische Frage als gelöst anzusehen, weil das constitutionelle Deutschland, bis an die Ostsee ausgedehnt, das Uebergewicht Frankreichs bricht, und durch die Wiederherstellung Polens zugleich dem Einflusse Rußlands für immer ein Ende macht. Polen, durch die Hülfe Deutschlands gerettet, wird von seiner Vorliebe für die undankbaren Franzosen zurückkehren, und seine ganze Zuneigung seinen nachbarlichen constitutionellen Freunden zuwenden. Nun sind die Pläne Englands zerstört: das constitutionelle Deutschland wird mit Polen verbunden die Wohlthaten eines gemeinschaftlichen Zollverbandes genießen, Holland zum Abstehen von jeder Feindseligkeit wider die freie Schifffahrt zwingen, und dem deutschen Handel den freien Zugang zum Meere öffnen. Oesterreich müßte seine Sünden wider die Wohlfahrt und die Würde der Nationen nun hart büßen: es würde von seiner Höhe herabstürzen, in sich zerfallen, und die Mittel darbieten, durch Abrundung des Gebietes der constitutionellen Staaten Deutschlands die Eintracht unter diesen zu befördern, die Früchte des constitutionellen Prinzipes zur Reife zu bringen und diesem die weitere Verbreitung zu sichern.

Gewiß die Zeit ist groß — nur die Diplomaten sind klein. Es gibt eine Macht, die größer ist, als die Diplomaten je ahnen — die Macht der öffentlichen Meinung. Allein sie dient nicht einem schwachen unbeständigen Kinde, sondern nur einem starken entschlossenen Manne; sie dient nicht einem kalten selbstsüchtigen Despoten, sondern nur einem feurigen weltbürgerlichen Freunde der Völker. Die Macht ist bereit; sie bietet nicht blos in Baiern, Baden, Würtemberg und Hessen, sondern auch in Rheinpreußen, Westphalen, Hannover, Sachsen, Braunschweig und sogar in einem Theile von Oesterreich ihre Dienste an. Nur der feurige weltbürgerliche Freund der Völker hat unter den deutschen Fürsten noch nicht sich gefunden. Ihm gehört die Welt, wenn er sich findet. Baiern, der mächtigste der constitutionellen Staaten Deutschlands, war berufen, jener Macht zum Ruhme und zur Wohlfahrt Deutschlands wider den Absolutismus sich zu bedienen. Baiern konnte groß, reich und stark werden, wenn seine Regierung die Bedeutung der Zeit und die Stimmung der Völker verstanden hätte. Noch wäre es Zeit, allein die Regierung, fürchten wir, ist wie überall, auch hier ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Noch ein Wort für die Rettung der Polen.

Der Hoffnungsstern der unglücklichen Polen droht zu erbleichen: die russischen Massen setzen sich in Bewegung, um wider das kleine Häuflein unsterblicher Helden den entscheidenden Streich der Vernichtung zu führen. Bald wird der Würfel fallen? England und Frankreich schicken sich an, das entsetzliche Spiel ruhig abzuwarten. Wollen auch die gefühlvollen Deutschen solch' unwürdigem Beispiele folgen? Kann weder das Interesse noch die Pflicht der Dankbarkeit ein Beweggrund zum Handeln werden? O meine Mitbrüder laßt dieß, nur dieß nicht von euch sagen. Denkt an die Schuld, welche das große Volk durch sein Blut euch auferlegt hat. Ohne den begeisterten Aufschwung der Helden, würden die russischen Massen unser schönes Deutschland längst überschwemmt, die zarten Schößlinge unserer jungen constitutionellen Freiheit mit roher Gewalt zertreten und zum Kampfe wider die Interessen der Civilisation uns gezwungen haben. Und dieses Heldenvolk, das den Kampf für Recht und Licht im Namen Europas aufgenommen hat, die Nation, welche für die gesitteten Völker des Abendlandes ihre Saaten zertreten, ihre Wohnungen zerstören, und das Blut ihrer edlen Söhne in Strömen fließen läßt, solch ritterliches Volk soll im Angesichte des gebildeten Europas untergehen? Nimmermehr! Man kann es nicht glauben, man darf es nicht glauben.

Die Gefühle der Menschlichkeit sind im deutschen Vaterlande erwacht: die Pflichten der Ehre erkannt. — Deutschland fühlt und begreift, das große Volk der Polen könne, es dürfe nicht untergehen. In allen Gegenden Deutschlands hallt dieser Ausruf wieder, alle Herzen schlagen ängstlich bei dem Gedanken an einen entscheidenden Sieg der russischen Barbaren, Kummer, Angst und Qual erfüllt die Gemüther aller ob der Sache der leidenden Helden — nur die Diplomaten bleiben kalt und gefühllos. Auf der Politik ruht der Fluch, daß sie mit den Interessen der Völker, den Ueberzeugungen und den Gefühlen der Nationen, daß sie mit den Anforderungen des Ruhmes und der Ehre im ewigen Kampfe liegen muß. Ist es aber nicht möglich in den versteinerten Egoisten ein menschliches Gefühl zu erwecken, müssen Privatneigungen und eingebildete persönliche Vortheile fortwährend mit dem Glücke der Völker ringen; so handle die Nation. Die rüstige Jugend leihe ihre Streitkraft der Sache der Menschlichkeit, sie komme den erschöpften Kämpfern zu Hülfe, bevor sie vollends untersinken: einzeln mögen unsere hochherzigen Jünglinge in die Reihen der heldenmüthigen Polen eilen. Man kann, und wir hoffen, man wird sie nicht aufhalten. Die deutschen Männer mögen aber Vereine bilden, um solche Jünglinge auszurüsten, um den Polen Geldunterstützungen zu gewähren und um Petitionen zu veranlassen, welche ohne Unterlaß die Fürsten um die Rettung des großen Volkes anflehen. Handle mein Volk, erhebe dich, mein geliebtes, großmüthiges Vaterland: Ruhm, unendlicher Ruhm wird dir werden. Thränen des Dankes von dem Heldenvolke geweint, sind die kostbarsten Diamanten: sie werden die Quelle seyn, aus welcher reicher Segen über Deutschlands Auen sich ergießt.

Schande, infamirende und unauslöschliche Schande müßte dagegen die Völker brandmarken, die civilisirt sich nennen und doch ruhig zusahen, wie das edle Volk langsam gemetzelt ward.

Nennt euch dann nicht mehr gesittete Europäer, nennt euch Barbaren, wenn ihr dem Untergange des edelsten aller Völker mit kaltem Gleichmuthe zuseht! Und ihr, meine deutschen Mitbrüder, die ihr nicht den Muth habt, bey euren Fürsten Petitionen für die Rettung der Polen einzureichen, gebet auf den Namen der edlen Deutschen, gewöhnt euch an die Bezeichnung niedrer serviler Volksstämme.

Ihr deutschen Fürsten aber erhöret, wenn Deutschlands Ehre euch nicht ganz gleichgültig ist, die Bitten eurer Völker; rettet uns von der Schande, mit welcher der Untergang Polens Deutschland bedecken muß. Unser Land hat mehr, als jedes andere die Pflicht und den Beruf zur Rettung der unglücklichen Polen. Habt daher Erbarmen mit euren Völkern, welche euch anflehen, so großer Schande sie zu überheben.

Vereiniget doch, wir flehen wiederholt, vereiniget ihr biedern deutschen Völkerstämme eure Bitten mit den unsrigen, damit es den gemeinsamen Anstrengungen gelinge, die Herzen der Fürsten zu erweichen!

Rufet, insbesondere ihr, ihr preußische Mitbrüder! euren menschenfreundlichen Monarchen um Hülfe für die bedrängten Polen an: rufet ihm zu, daß hierin alle Preußen und alle Deutschen den Willen zur Erfüllung der gegebenen Versprechungen, die Grundlage zu einem mächtigen constitutionellen Preußen, und den entscheidenden Schritt zur Wiedergeburt Deutschlands erblicken würden: saget ihm, daß zu Ruhm und Ehre, zur Wohlfart Preußens und zur Beschwichtigung der Stürme in Europa nur ein Weg führe — unverzügliche und kräftige Intervention zu Gunsten der eben so edlen, als unglücklichen Polen.

Beleuchtung eines Correspondenzartikels über Preußens Politik.

Berlin den 22. Juli 1831.

Gestern kam mir und unserm Kreise in Nro. 196 der allgemeinen Zeitung wieder ein in seiner Art merkwürdiger Artikel unsers bekannten Berliner Correspondenten zur Hand. Ich muß noch einmal wiederholen, daß dieser Correspondent die Meinung auch nicht des hundertsten Theils der Berliner repräsentirt, daß alle Einsichtsvollen darüber erbittert sind, wie er durch die Falschheit und den Servilismus seiner Artikel eine ganz falsche, traurige Meinung von unsrer politischen Bildung und Gesinnung im Auslande nothwendig verbreiten muß. Da er außerdem eine so bestimmte, gegen Andersdenkende nicht selten vornehme Sprache führt, und der unbedingteste Lobpreiser und Vertheidiger aller Maßregeln unsrer Regierung ist, weßhalb einige, nicht aber ich, seine Artikel sogar für halbofficiel und dazu bestimmt halten, die Meinung des Auslandes für Preußen zu gewinnen; so scheint es um so zweckmäßiger, einen seiner Artikel einmal näher zu beleuchten. Ich wähle dazu den obenerwähnten.

In diesem Artikel fällt zuerst der Satz auf: „die allgemeine Ruhe scheint manchen Personen mit der Selbstständigkeit zweier für diese kämpfenden Völker nicht zu theuer erkauft." Also theuer ist sie doch erkauft; die Selbstständigkeit der Völker ist ein Uebel, das man sich nur zur Verminderung eines noch größeren Uebels, eines allgemeinen europäischen Krieges nämlich, gefallen läßt! Das Urtheil spricht der Correspondent freilich nicht als sein eigenes aus, er legt aber eine gewisse Bedeutung darauf, er compromittirt den Verstand, „mancher Personen" damit; denn eine solche Meinung ist zu verkehrt, als daß sich nur darüber streiten ließe. Ueber Unabhängigkeit eines Volkes, deren Begriff bekanntlich nicht mit der des Staats verwechselt werden darf, giebt es überhaupt nur zwei Meinungen in der Politik. Der Menschen-

freund und der ächte tiefe Politiker, der, gleich dem soliden Kaufmann im bürgerlichen Leben, in Redlichkeit und Gerechtigkeit nicht allein Pflicht, sondern auch wahres Interesse erkennt! welcher daher unredliche Vortheile des Augenblicks gegen den Verlust seiner Ehre und seines Credits mit Recht verschmäht; ein solcher wird die Unabhängigkeit, das Wiedererstehen eines unterjochten Volkes immer als einen Fortschritt zum Bessern, zu einem ruhigeren und friedlicheren Stande der Weltbegebenheiten ansehen. Denn nur die Achtung der Volksthümlichkeit, die Scheidung der Staaten nach Völkern, nicht nach sogenannten natürlichen Gränzen, nach Verträgen und andern mehr, ist im Stande das Glück allen Völkern zu sichern, und damit die ewigen Keime aller Fehden und Kriege zu ersticken. Dem kalten egoistischen Politiker dagegen ist Unabhängigkeit der Völker an sich weder ein Glück noch ein Unglück; er betrachtet alles nur nach dem vermeintlichen Vortheile seines eigenen Staates, hilft daher hier die Unabhängigkeit eines Volkes begründen, und sieht sie dort mit kalter Ruhe untergehen. Politiker der ersten Art giebt es auch unter dem Berliner Publicum nur wenige: der bei weitem größere Theil denkt über Unabhängigkeit der Völker in der Art des obenerwähnten ächten Politikers.

„Wie die Sachen jetzt einmal liegen, scheint das gewordene und werdende Neue fast schon eine bessere Basis für die Zukunft darzubieten, als das herzustellende Alte." — Diese Worte heißen doch offenbar: ein unabhängiges Polen und Belgien verbürgen das Glück dieser Völker und in dessen Folge die Ruhe Europas bei weitem mehr, als ihre frühere durch Gewalt der Waffen bewirkte abhängige Verbindung mit Rußland und Holland! Ich stimme dieser Ansicht vollkommen bei, muß aber um so mehr erstaunen, daß unser Correspondent beim Ausbruch beider Revolutionen seinen ganzen Unwillen darüber ausließ, das Bestehende als das Vorzügliche, als die Summe aller politischen Weisheit pries, und die schnelle Unterdrückung beider Revolutionen nicht allein wünschte, sondern auch prophezeihete. Er irrte indessen. Alle einsichtsvolleren Politiker haben die Nothwendigkeit dieser und noch im Schooße der Zukunft ruhender Ereignisse längst vorausgesehen und vorausgesagt, weil alle Verhältnisse Europas vom Wiener Congreß so verschroben geordnet waren, daß das künstliche Gebäude durchaus keine Dauer versprach. Dem Wiener Congreß aber fällt deßhalb ein um so größerer Vorwurf zur Last, da seinen Anordnungen nicht einmal ein festes Princip zum Grunde lag. Es giebt hierin nur ein wahres Princip: Achtung der Interessen, der Rechte und der vernünftigen Wünsche der Völker. Hätte dieß Princip bei den Verhandlungen des Wiener Congresses vorgewaltet, so hätte man sich all die Wirren und Kriege erspart, die jetzt Europa erschüttern und bis die Dinge in ihr naturgemäßes Verhältniß getreten sind, noch lange erschüttern werden.

„Preußen sieht sich die große Rolle zugetheilt, zwischen dem Alten und Neuen, wie zwischen dem Osten und Westen mitten inne zu stehen, und hat diese schwierige Aufgabe nun schon ein Jahr mit Ehre und Erfolg erfüllt." — Schöne Redensarten, Schade nur, daß die Beweise fehlen! Was versteht der Correspondent unter dem Alten und Neuen? Nach der Geschichte der letzten vierzig Jahre verstehe ich darunter das System des Absolutismus und der constitutionellen Monarchie, der Aristokratie und der liberalen Ideen. Ein Mittelsystem zwischen beiden ist so undenkbar, wie eine Figur, die zugleich ein Dreieck und ein Viereck wäre. Nur in einem Falle könnte man unlogisch von einem solchen Mittelsystem sprechen, indem man den Begriff nicht scharf faßte und sich selber täuschte. Wenn nämlich der absolute Herrscher seinem Volke alle übrigen liberalen Institutionen, als vollkommen freie Presse, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtspflege, Geschwornengericht, Kreis- und Gemeindevertretungen, die über reinörtliche Interessen unabhängig von der höchsten Staatsgewalt vollgültig beschließen können, Unabsetzbarkeit der Richter und Verwaltungsbeamten und was mehr hieher gerechnet wird, gewähren, dagegen das Wesentliche, die Spitze, die Bürgschaft der liberalen Institutionen, eine bei Erlassung der Gesetze und bei Deckung der Staatsbedürfnisse nothwendig mit dem Fürsten konkurrirende Volksvertretung und wirksame Verantwortlichkeit der Minister der Nation versagen würde, ein Federzug des Fürsten hinreichen sollte, alle jene Geschenke wieder zurückzunehmen. Preußen befindet sich aber nicht einmal in diesem Falle: es ist ein absoluter Staat, der materiel im Ganzen mit Ordnung und Rechtlichkeit verwaltet wird; aber von eigentlich liberalen Institutionen so viel als gar nichts besitzt, und vor einigen Jahren in Rheinpreußen nicht übel Lust zeigte, die dort von der französischen Regierung her noch bestehenden volksthümlichen Einrichtungen wieder aufzuheben. Selbst die Gerichtspflege, im Allgemeinen unabhängig, weiß doch in einzelnen Fällen, z. B. in Beziehung auf Fonk und Jahn, von ungeeigneten Cabinetsbefehlen.

Versteht dagegen der Correspondent unter dem juste milieu zwischen Alt und Neu eine Unsicherheit, ein Schwanken in der auswärtigen Politik, ein Mögen und doch nicht Wagen, ein Zeigen von Gelüst und ein Erschrecken vor der That, so muß ich bekennen, daß die preußische Regierung in dieser Beziehung seit den Juli-Ereignissen eine „große Rolle" spielte. Leider kann ich sie aber weder nützlich noch ehrenvoll für uns nennen. Daß Preußen auf Rußlands Aufforderung Frankreich, das ihm nicht die mindeste Ursache dazu gab, den Krieg nicht erklärte, ward eben so sehr von der politischen Gerechtigkeit, als vom preußischen Staatsinteresse gefordert; denn der Correspondent giebt selbst zu, der Friede sey Preußens Bedürfniß. Und wie ein ungerechter Krieg

gegen Frankreich ausfallen würde, möchte nicht schwer zu entscheiden seyn. Von Ehre kann also bei dieser Frage nicht wohl die Rede seyn. Noch weniger bei der belgischen. Preußen hat nie aufgehört, Mitglied der heiligen Allianz zu seyn, es hat, obgleich seine politische Stellung und sein Interesse gebieterisch hiezu riethen, sich noch nicht im Geringsten zu den neuen Grundsätzen der Volksfreiheit und Unabhängigkeit der Völker bekannt; es ist aus beiden Gründen also strenger als jeder andre Staat an die Aufrechthaltung der bestehenden Verträge gebunden. Was konnte unsre Regierung daher bestimmen, den verbündeten und mit unserm Könige verschwägerten Fürsten der Niederlande, trotz seiner Hülfeanrufung ganz eigentlich im Stich zu lassen, und ihm höchst nachtheilige Verträge zu unterzeichnen? Gewiß nicht Sympathie für die Belgier, oder Abneigung gegen König Wilhelm, oder auch der Gedanke, ein eigenes Königreich Belgien sey dem Interesse Preußens gemäßer, als dessen Verbindung mit Holland. Offen gestanden, Preußen, sowie Oestreich und Rußland, gab rücksichtlich Belgiens die politische Schlacht verloren, um nicht gezwungen zu seyn, zum Schwerdte zu greifen. Es gab seine Grundsätze in einem einzelnen Falle auf, um sie nicht im Kriege verfechten zu müssen. Ich will dieß Verfahren an und für sich nicht tadeln; es war unter den gegebenen Umständen gezwungen klug und politisch, aber eben des Gezwungenen wegen weder erfolgreich noch ehrenvoll. Die Ehre einer Regierung beruht hauptsächlich auf ihrer Consequenz und Festigkeit, auf strengem Halten an einmal angenommenen Grundsätzen; und in dieser Beziehung finde ich das Verfahren Oestreichs gegen Italien der Ehre gemäßer, als das Verfahren Preußens gegen die Niederlande. Bösen Willen zeigten beide; aber Oestreich zugleich Muth und Entschlossenheit; man konnte erbittert auf Oestreich seyn, aber man mußte Respekt vor ihm haben. Freilich darf nicht übersehen werden, daß seine militairische Stellung und die Zeit der Expedition gegen Italien um vieles günstiger war, als Preußens Lage beim Ausbruch der Brüsseler Revolution.

Eine gleiche Bewandtniß hat es mit den polnischen Angelegenheiten. Preußens Nichtintervention hiebei ist ebenfalls nicht freiwillig, sondern unsrer Regierung politisch abgezwungen; ein Einfall in Polen hätte unmittelbar einen Aufstand in Posen und einen Krieg mit Frankreich zur Folge. Deßhalb begnügt sich Preußen denn, die Polen in jeder Art und auf die kleinlichste Weise zu placken und zu quälen, die Russen aber aus allen Kräften und nach Möglichkeit zu unterstützen. Könnte alles dieß über die Gesinnung unsrer Regierung noch einen Zweifel übrig lassen, so würde er schnell gehoben durch die vornehm diplomatische Art, womit ein Brief Skrzynezki's, in dem er auf eine wahrhaft rührende Art um Abstellung dieser Partheilichkeit bat, ihm wieder zurückgeschickt ist, ohne nur im mindesten auf den Inhalt des Schreibens einzugehen; eine Art, die hier allgemeine Indignation bei allen Freidenkenden hervorgerufen hat. Hoffent-

lich wird eine dasselbe bezweckende Anforderung Frankreichs an unser Cabinet von besserem Erfolge begleitet seyn; denn Frankreich hat man zu fürchten, Polen nicht, jenes muß man schonen, dieses kann man verächtlich behandeln! Zu wünschen ist nur, daß Frankreich mit Kraft und Energie auftritt, und daß unser Cabinet an den Ernst seiner Worte und an die möglichen kriegerischen Folgen einer verneinenden Antwort glaubt. Leider aber hat auch das französische Cabinet in diesem Jahre so viele leere, nichtssagende Demonstrationen gemacht, es hat bei den italienischen Angelegenheiten durch eine sophistische Interpretation die Nichtintervention: man willigt nicht ein, aber man widersetzt sich auch nicht, seinen politischen Credit in einem Grade geschwächt, daß man nicht weiß, ob man die preußische oder die französische Politik schwankenderer und unsicherer nennen soll. Wie kann bei diesem Schwanken, bei dieser Unsicherheit also von Ehre, von Erfolg der preußischen Politik die Rede seyn.

„*Um diese feste und schützende Haltung ferner zu behaupten, bedarf es nur des entschlossenen Fortschreitens in der bisherigen Bahn, auf der nur Rückschritte gefährlich werden könnten.*" — Was der Correspondent unter fester und schützender Haltung Preußens versteht, ist schwer zu begreifen. Es hat sich fest gezeigt gegen Skrzynezki's Brief, und hat die Russen heimlich beschützt. Es hat große Festigkeit bewiesen gegen alle vernünftigen Anforderungen der Zeit, gegen die Wünsche seines Volks und gegen sein eigenes Interesse; den König der Niederlande aber hat es nicht beschützt. Ist das Preußens feste und schützende Haltung nach der Meinung des Correspondenten? Und worin besteht das entschlossene Fortschreiten in der bisherigen Bahn, da Preußen seit einem Jahre überhaupt gar keinen Schritt gethan hat? In den innern Angelegenheiten ist kein einziges Gesetz von Bedeutung gegeben, so daß man vom Fortschreiten reden könnte; man müßte denn die Schärfung der Censur und der Bücherverbote einen Fortschritt nennen. Der Himmel aber bewahre Preußen, in dieser eingeschlagenen Bahn fortzuschreiten. Nein, in dieser Beziehung würde ein Rückschritt statt gefährlich, nur wohlthätig wirken. Niemand kann es sich verhehlen, unsre Regierung ist auf einer schlüpfrigen Bahn. Das Vertrauen des constitutionellen Deutschlands und des bessern Theils der Preußen, der mit der neuern Zeit vorwärts schreiten will, hat sie verwirkt; sie hat ihre absoluten Grundsätze zu deutlich offenbart, als daß Frankreich ihr jemals trauen könnte; für Rußland aber hat sie nach den Anforderungen des russischen Kaisers viel zu wenig gethan; sie hat eine Halbheit der Maßregeln gezeigt, die nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge statt Dank immer nur Undank einärntet. Stellte Preußen sich durch eine freisinnige Verfassung an die Spitze des constitutionellen Deutschlands, wie groß, wie mächtig stände es da! Durch eine freundschaftliche geistige Vereinigung mit Frankreich, die ihm nach der

Bildungsstufe seines Volks besser ziemte, als mit dem barbarischen Rußland, würde es die Herzen und Gemüther Frankreichs gewinnen, und dadurch seine Hände entwaffnen; Liebe zweier Völker zu einander, durch gleiche oder ähnliche liberale Institutionen geweckt, gibt eine sicherere Schutzwehr zwischen ihnen, als lange Reihen von Festungen und aufgefahrnen Kanonen. Würde Preußen sich zuerst und entschieden für Polen erklären, so würde dem fürchterlichen Gemetzel mit einem Male ein Ende, und eine schreiende Ungerechtigkeit wieder gut gemacht. Alle wahrhaft Deutschen würden Preußen zujauchzen, Frankreich wäre abermals geistig gelähmt und entwaffnet gegen Deutschland, es wäre in der öffentlichen Meinung überholt, die jetzt ein so großes Gewicht in die schwankenden Schalen der Politik und des Krieges legt. Selbst ein großmüthiges Zurückgeben Posens an das unabhängige Polen wäre im Grunde kein Opfer für Preußen. Es würde sich dadurch die ewige Dankbarkeit und Freundschaft eines edlen mächtigen Volkes erwerben, statt daß es jetzt ein Stückchen Land besitzt, das es aus Furcht vor Aufstand stets durch ein zahlreiches Armeekorps seiner deutschen Truppen bewachen lassen muß. Bei einem künftigen Kriege mit Frankreich müßte ein solches Verhältniß für Preußen höchst lästig seyn, und noch gefährlicher wäre es, alsdann ein Volk im Rücken zu haben, das nur den günstigen Augenblick erwartete, alles ihm ungerechter Weise Entrissene wieder zu gewinnen. Verwandtschaftsrücksichten aber dürfen bei einer Frage, wo es sich um Leben, um Macht, um Größe des Vaterlandes handelt, durchaus nicht in Betracht kommen. Die Geschichte lehrt zur Genüge, daß der Einfluß der Vettern- und Basenschaft auf Fragen der Politik stets ein verderblicher, unheilbringender war. Der wahrhaft edle, große Fürst muß seinen persönlichen Neigungen Schweigen gebieten können, wenn es die Ehre, das Wohl und Interesse seines Volkes verlangt. Dieß wäre nach meiner und aller Einsichtsvolleren Ansicht die politische Bahn, welche Preußen einschlagen müßte; ein Fortschreiten in der bisherigen kann ihm nur Verderben, nie Vortheil und Ruhm bringen.

„L e i d e r i s t i n d e n ü b r i g e n d e u t s c h e n V e r h ä l t n i s s e n V i e l e s m a n g e l h a f t , w a s j e t z t a n d e n T a g k o m m t , u n d v o n d i e s e r S e i t e f ü r d i e G e m e i n s a c h e m a n c h e A e n d e r u n g w ü n s c h e n l ä ß t. D i e v o n d e u t s c h e n B u n d e s k o n t i n g e n t e n i n L u x e m b u r g v e r ü b t e n U n o r d n u n g e n s i n d e i n t r a u r i g e s B e i s p i e l s o l c h e r M ä n g e l , a n d e n e n s c h o n d i e R e i c h s v e r f a s s u n g k r a n k t e." — Also erst jetzt kommt das viele Mangelhafte der ü b r i g e n deutschen Verhältnisse (auf P r e u ß e n darf der Correspondent natürlich auch nicht eine Spur von Schatten fallen lassen) an den

Tag? Der Correspondent muß mit der Geschichte und politischen Literatur der letzten sechzehn Jahre durchaus unbekannt seyn; sonst wäre ein solches Urtheil wahrhaft frech und unverschämt. Nein, die Mängel der deutschen Verhältnisse, wie diese durch die Bundesakte geordnet sind, haben sich gleich in den ersten Jahren in der traurigsten Wirksamkeit gezeigt; ihnen hat Deutschland den jämmerlichen, zerrissenen Zustand zu verdanken, in dem es voll Schwäche und Ohnmacht dem Auslande gegenüber steht. Aber nicht erst der Erfahrung bedurfte es, um dieser Mängel inne zu werden. Wer die Reichsgeschichte und Reichsverfassung kannte, und nur einen Blick auf die Bundesakte warf, der mußte diese Mängel auf der Stelle erkennen und ihre unglücklichen Folgen voraussehen. Auch erhoben sich von Anfang an tausend und aber tausend Stimmen, rügten diese Mängel, und drangen auf Aenderung des Unpassenden und Schädlichen; aber statt zu ändern, legten die Machthaber den Sprechenden den Knebel der Censur in den Mund, und der Correspondent nannte sie unruhige Köpfe und leere Schwätzer! Jetzt aber nach sechzehn Jahren kommt der Correspondent nun selbst und sagt: es seyen Mängel in den deutschen Verhältnissen, und eine Aenderung zu wünschen. Ist das nun politische Einsicht, politische Gerechtigkeit? Geht aber, wie der Correspondent es wünscht, Preußen auf seiner bisherigen Bahn fort, so kann er versichert seyn, daß sein Wunsch nach Aenderung stets ein frommer bleiben wird. Preußen grade und Oestreich haben diese Mängel am meisten zu verantworten, denn sie haben vermöge ihrer Stellung den größten Einfluß auf Abfassung der Bundesakte und auf die Verhandlungen des Bundestages geübt. Sie hätten am ersten die Reichsgeschichte und Reichsverfassung kennen und beherzigen, und alles Mangelhafte hinwegräumen sollen, was sich durch hundertjährige Erfahrung als solches erwiesen hatte. Ob aber der Correspondent einen solchen Vorwurf auf Preußen wird kommen lassen, muß ich nach seiner abhängigen sklavischen Gesinnung billig bezweifeln. Auch bin ich es herzlich müde, mich länger mit Widerlegung seiner orakelmäßigen und doch nichtssagenden Aussprüche zu befassen. Ein geistiger Kampf mit einem Gegner voll Geist und Kenntnissen gewährt wahrhafte Freude und Belehrung; wo uns aber nichts als Leerheit und Anmaßung des Urtheils, als knechtische Lobhudelei der bestehenden Macht entgegentritt, da hat der ungleiche Streit keinen Reiz, der leichte Sieg keinen Ruhm. Ich kann unmöglich glauben, daß ein solcher Verfechter der preußischen Sache und Politik ihr irgend Nutzen bringe; ja unsre Regierung hätte Ursache, die bekannten Worte auf ihn anzuwenden: „Mit unsern Feinden wollten wir schon fertig werden, Gott bewahre uns nur vor unsern Freunden!" —

Das liberale Deutschland.

Eine censurfreie Zeitschrift.

Herausgegeben
von
J. G. A. Wirth.

München, **Nro. 2.** 10. August 1831.

Preußens Zukunft.

Der politische Horizont wird seit neuerer Zeit düster und verkündet den nahe bevorstehenden Ausbruch eines Sturmes. Preußen scheint den Krieg zu wollen: denn es fordert durch einen offenen Neutralitätsbruch wider die Polen alle civilisirten Völker zum Kampfe heraus. Von Frankreich wird die Ausforderung unstreitig bald angenommen werden; der bevorstehende Ministerwechsel läßt keinen Zweifel übrig. Wem gilt aber der Krieg? — der Freiheit der Völker. Nachdem die Massen des nordischen Riesen von einem Heldenhäuflein der Söhne der Freiheit zertrümmert worden sind, nachdem die russischen Barbaren, die Pläne der Tyrannei mit eigener Kraft auszuführen sich zu schwach fühlen, leiht Preußen erst heimlich, dann offen der Unterdrückung der Freiheit seine Macht. Sie müßte groß seyn, diese Macht, wenn sie nach den glorreichen Ereignissen des Julius aus dem Kampfe wider die Freiheit der Völker siegreich hervorgehen wollte. Allein sie ist zu diesem Zwecke viel zu schwach, fast ohnmächtig, weil der Krieg wider die Polen zugleich eine feindselige Handlung wider die eigene Nation ist. Welches fühlende Herz soll die Schmach gleichgültig ertragen können, daß die Deutschen, welche die Rettung der Polen ihrer Ehre und ihren Interessen schuldig sind, gerade umgekehrt die Werkzeuge zur Vernichtung des edlen Volkes seyn sollen? Fluch und Schande dem Volke, das die menschliche Würde so sehr befleckt, der Tyrannei auch in der heiligen Sache der Polen zum willenlosen Werkzeuge zu dienen. Das preußische Volk wird diese Schmach nicht gleichgültig hinnehmen; der heftigste National-Unwille wird sich vielmehr wider die verkehrte und ruhmlose Politik des Kabinets erheben und die Macht einer mit unendlichen Opfern geschaffenen Armee zu nichte machen.

Wie es unter solchen Umständen möglich sey, der imposanten Macht Frankreichs, die noch überdieß durch die öffentliche Meinung aller Völker unterstützt wird, die Spitze bieten zu können, ist schwer zu begreifen. Man wird auf den Beistand Oestreichs, Hollands und der süddeutschen constitutionellen Staaten rechnen. Allein auch das österreichische Volk ist nicht mehr das alte; es ist nicht mehr gewohnt, ohne zu denken für die Zwecke der absoluten Gewalt sich hinzuopfern. Die holländische Nation ist zu klug, um nicht einzusehen, daß ein solcher Krieg wider ihre Interessen laufe. Und was vollends die süddeutschen constitutionellen Völker anbetrifft, so weisen diese schon den Gedanken, wider die Freiheit zu fechten, mit Entrüstung zurück. Die absolute Coalition wird daher bei ihrem tollkühnen, frevelnden Unternehmen überall von der öffentlichen Meinung und der freiwilligen Unterstützung ihrer Völker verlassen seyn. Die wahnsinnigen Spieler — im vornehmen Dünkel gewohnt, die Macht der öffentlichen Meinung zu verachten — legen in ihrer halsstarrigen Consequenz zwar auch bei der gegenwärtigen verhängnißvollen Katastrophe keinen Werth auf die Stimmung der Völker, allein sie werden die Geringschätzung der Nationen und die Beschimpfung der menschlichen Würde schwer büßen müssen. Es ist keine Kunst vorauszusehen, daß Preußen, welches durch die Feindseligkeiten wider die Polen das eigene Volk schwer beleidigt, dem Kriege wider Frankreich alle Popularität rauben, deßhalb kraftlos auf den Kampfplatz treten und durch Frankreich überwunden von seiner politischen Höhe herabstürzen werde. Von diesem Sturze wird es sich nie mehr erholen.

In der That Preußen geht durch ein blindes Wüthen wider seine Interessen seinem Untergange entgegen. Der Berliner Hof wird durch seine Feindseligkeit wider die Civilisation die Fortschritte derselben nicht hindern, sondern vielmehr befördern, der Welt aber den Beweis liefern, daß die Aristocraten, taub gegen die warnende Stimme des Zeitgeistes und blind für die Winke der Vorsehung, durch keine Erfahrung und keine Prüfung, in der Schule des Unglücks, zur Besinnung gebracht werden können. So mögen sie denn dem Abgrunde zueilen: die Völker werden die Katastrophe

benutzen, die Leitung ihrer Angelegenheiten geschickteren Händen anzuvertrauen.

Oesterreich.

Die in Ungarn ganz ungewohnten Auftritte in Pesth, die auch in der Theißgegend und zwischen dem Hernad und Bodrog mit gleicher Erbitterung, aber ohne bewaffnete Thätlichkeiten vorfielen, machten in Wien und überall einen unangenehmen Eindruck. Das Publikum war ohnehin aufgeregt, durch den anfänglichen Machtspruch des obersten Leibarztes Baron Stifft, der alle Maßregeln gegen die Cholera mit einem fast türkischen Fatalismus verworfen haben soll? Man nennt in Wien deßhalb allgemein die Cholera die gestiftete Krankheit oder die Stifs-Dame. — Alles fragte sich: war denn die Gefahr in Pest wirklich so groß, um gleich mit dem Aeußersten anzufangen? oder war sie es nicht; und warum hat man die ohnehin schon allzubange Phantasie umsonst alarmirt, den Verdienst der ärmsten Klasse gehemmt, die übrigens sehr ungebärdigen Studenten an ihrer Heimreise gehindert und somit eine Unruhe recht künstlich vacciuirt? — Man dürfte doch schon aufhören, sich über den juste milieu und über die (um so viel schwerer und gefährlicher auf die Spitze gestellte) französische Regierung lustig zu machen, wenn man in Petersburg und Pesth durch mehrere Tage mit einem weit weniger erregbaren Volke nicht fertig werden kann und zur Gefahr aller Andern so erschreckende Maßregeln wieder zurücknimmt? — Die Husaren trieben wohl ihre Pferde vorwärts, unternahmen aber nichts gegen das Volk und die Infanterie, (wie versichert wird) gab erst Feuer, als sie beim Contumazhaus und den Befreiungsversuchen mehrerer Arretirten, vom Volk insultirt wurde. — Das ist unläugbar ein Vortheil absoluter Regierungen, daß gar keine Stimme außer der ihrigen laut werden kann, daß ihre hohe Polizei die Briefe, die von der herrschenden Stimmung und von solchen Auftritten Meldung machen, unterschlägt, und keine Rechnung abzulegen braucht von dem Gelde, womit sie fremden Zeitungen den Mund stopft. — In Ungarn, wie in Oestreich, in Böhmen und Mähren herrscht große Erbitterung wider die Russen und auch das hochachtungsvolle Vertrauen zu Preußen hat sich gewaltig verloren. — Man erzählt nemlich sehr viel vom Durchbrechen und Umgehen der preußischen Cordons durch die Russen, von Gewaltthätigkeiten der russischen Schiffe in der Ost- und Nordsee, — von Begünstigung der Juden und ihres höchst gefährlichen Schmuggels, von höchst auffallender Versendung verdächtiger Waaren, Uniformen und Kleidungsstücke. — Während des Türkenkriegs 1828 — 1829 schlug in Oestreich jedes Herz für die Russen, so gehässige Nachrichten auch rastlos ausgestreut wurden. Dagegen ist 1831 die entschiedenste Abneigung gegen die Russen und die reinste Begeisterung für die polnische Sache. — Diese Erscheinung ist in der That beherzigungswerth und lehrreich. Aus Oesterreichisch-Gallizien sind über 600 Edelleute und über 12,000 Menschen hinübergewandert. — Unzählige Familien gaben ihre silbernen Löffel und Leuchter, damit die heldenmüthigen Polen Geld daraus münzen. Der Gouverneur Gallizieus Fürst Lobkowitz, soll in seinen Berichten unumwunden erklärt haben, entweder müsse man dieses Alles ignoriren oder, wenn man gewaltsam widerstehe, gewärtigen, daß die Insurrektion sich auch nach Gallizien verbreite. — Es geht ins Unglaubliche, was die Ungarn, die in der Stunde der Noth stets ihren edlen Charakter bewähren, an Baarem, an ungemünzten Silber, an Weinen und Arzneien, Spitalsrequisiten und selbst an Pferden und Waffen, trotz der vielen Hindernisse, nach Polen hinübergeschwärzt haben! Es trug nicht wenig bei zum Hasse gegen die Sanitätsanstalten, daß man sie mehr gegen die Polen, als gegen die Cholera gerichtet glaubte. Jedes Kind spricht davon, wie Wien und Ungarn einst durch die Polen errettet worden sey. — Bei dem gleichzeitigen Ausgang der belgischen Sache und der seltsamen Behandlung des Königs von Holland sucht in Wien Alles mit der Laterne des Diogenes nach dem Prinzip und nach den verschwundenen Etiketten aus dem botanischen Garten des Wienercongresses, von Legitimität, Stabilität, Correctheit, conservatorischer Richtung ꝛc. — Es würde schwer seyn, einen biedern Oesterreicher von dem „droit divin der drei Theilungen Polens zu überzeugen? — Stelle man einmal Katharina und Napoleon einander gegenüber und frage durch wessen Vergrößerung, Bildung und Menschenglück weniger gelitten und in mancher Hinsicht gewonnen habe??

A-propos von Napoleon! — Wissen Sie denn, wer dazu erkohren war, dem Herzog von Reichstadt über die Feldzüge seines Vaters Vorlesungen zu halten? — der älteste Liebling und der Verräther desselben, Marschall Marmont, dessen Bankerott über seine, von fremden Mächten genießende Pensionen ein häßliches Licht verbreitet, und der es verdient hat, in den Juliustagen so aus Frankreich zu scheiden, wie es wirklich geschehen ist. Zum Lohne für diese Vorstellungen ließ der Herzog von Reichstadt sich von dem ausgezeichneten Wiener Porträtmaler Daffinger malen, der eben auf einer Kunstreise über München und Frankfurt nach Paris begriffen ist. Es ist eines der trefflichsten Bilder dieses Meisters. Der hoffnungsvolle Prinz (jetzt Obristlieutenant und ganz Soldat), betrachtet mit verschränkten Armen, in der Stellung, wie Napoleon zu sinnen pflegte, die colossale Büste seines Vaters. Unter dem Bilde steht mit Racines bekanntem Vers, der Dank, daß er ihn mit so kräftigem Wort des Vaters Geschicke vorgetragen. — Was wohl Marmonts nicht ganz verhärtetes Innere dabei empfinden mag? —

Der Erzherzog Rudolph, Cardinal von Olmütz, dessen Tod gleichwohl bei seinem unseligen Gesundheitszustande längst vorauszusehen war, wird ungemein bedauert, sein liebenswürdiger Charakter, seine Wohlthätigkeit, seine Vir-

tuosität in der Tonkunst sind allgemein anerkannt. Eine ungeheure geistliche Pfründe steht jetzt wieder offen. — Schwerlich wird sie diesmal wieder ein Prinz des kaiserlichen Hauses ansprechen. — Rudolph war der Jüngste aus den zehn Söhnen Kaiser Leopolds. Der zweitälteste, Ferdinand, Großherzog von Toscana, gieng dem ersten in die Ewigkeit voran. F.

F. M. L. Baron Stutterheim wurde ein Opfer seines Diensteifers, — ein schwerer Verlust für die österreichische Armee, die am Bubna und Reipperg erst kürzlich durch den Tod und in Bianchi, Wimpfen und Wallmoden durch geschwächte Gesundheit eine Einbuße erlitt, die noch weit länger als das Ableben Ferdinands empfunden werden wird.

Die Aristokraten als Beförderer der Freiheit.

Die Liberalen thun sehr Unrecht gegen die Aristokraten zu eifern. Alle Fortschritte der politischen Aufklärung, alle Entwickelungen, deren sich Verfassungen und gesetzmäßige Volksfreiheiten seit einem Jahre zu erfreuen gehabt haben, wem Anders verdanken wir sie als eben den Aristokraten? Die Völker, namentlich die Deutschen, haben von Natur ein unglaubliches Vertrauen, einen wahrhaft blindlichen Glauben an Fürsten und Regierung; sie sind gleich den Kindern nicht selten auf die gröbste Weise zu täuschen. Man lasse ihnen die Formen, gleichsam das Spielzeug der Verfassung, man lächle ihnen gutmüthig zu, so geben sie das Wesen selbst mit Freuden hin, und erwiedern das gutmüthige Lächeln, das nicht einen Pfennig kostet, mit den reichsten Opfern ihres Schweißes und Blutes. Die warnenden Stimmen, die ein solches Verfahren mißbilligen, weil sie das listige Gewebe der Täuschung durchschauen, werden als unverständig oder böswillig entweder verlacht oder mit Entrüstung zurückgewiesen. Bei einem solchen perfiden, aber klugen Benehmen, gerathen die weniger einsichtsvollen Vaterlandsfreunde in wahrhafte Verzweiflung; sie sehen sich vom Volke gesteinigt, blos weil sie seine Interessen mit Eifer vertreten. In dieser Noth kommen ihnen die Aristokraten zu Hülfe. Mit dem Wesen der Macht sich keineswegs begnügend, trachten sie auch nach dem Schein derselben; nicht zufrieden mit dem Schweiße, dem letzten Nothpfennige des Volkes, halten sie es sogar unter ihrer Würde, diesem nur eine freundliche Miene dafür zu zeigen. Sie versuchen es daher ihm sein friedliches Spielzeug zu nehmen, sie verbieten ihm überhaupt das Spielen und Plaudern, und schmälen es als unartig und ungezogen aus. Und nun mit einemmale ist der Zauber gelöst, der bis dahin die Kraft und den Geist des Volkes gebunden hielt. Aus den politischen Kindern werden Männer, das Spielzeug in ihrer Hand, wird zum brauchbaren, gewinnbringenden Werkzeug, gegen feindlichen Angriff selbst zur Schutzwache; die langverkannten Patrioten kommen zu Ehren und ihre Stimme gilt etwas im Rath. In diesem

Sinne hat in Frankreich Polignac, in Baiern Schenk, der Sache der Freiheit unbezahlbare Dienste geleistet; und in Kurhessen hat selbst eine Dame, die Gräfin von Reichenbach, die Güte gehabt, den Hessen eine freisinnige Verfassung und Volksvertretung zu verschaffen; ja sie sorgt noch fortwährend dafür, daß die letztere immer mehr an Festigkeit und Selbstständigkeit gewinne und in der Achtung und Liebe des Volkes immer tiefere Wurzeln schlage. Die Deutschen besitzen ein Pflegma, eine Trägheit, welche die meisten für wirkliche Schwäche und Entnervung hielten, und deßhalb Deutschland in politischer Hinsicht mit Italien und Portugall auf gleiche Linie setzten. Unsre Aristokraten dagegen würdigten ihr gutes, treues Volk besser, sie erkannten das geeignete Mittel, den Deutschen von seiner unseligen Apathie und Schlafsucht zu heilen, und hatten die Großmuth, selbst auf die Gefahr hin, verläumdet zu werden, den Kranken ihre Mixturen einzugeben. Diese Heilart ist wie man sieht homöopatisch. Man heilt die Willkühr mit ungesetzmäßigen Ordonnanzen, die Unwissenheit oder Leseschen des Volkes mit der Censur. Herr Görres weiß sehr wohl, daß kein Blatt einen solchen Widerwillen gegen Despotie, Pfaffenthum und Dummheit hervorbringt, als die Eos. Darum schreibt er sie.

C e n s u r.

Unsere Leser wissen, daß die Censur den bayrischen Zeitungen erlaubt, aus auswärtigen Blättern selbst solche Artikel aufzunehmen, welche gegen Oestreich und Preußen gerichtet sind. Die allgemeine Zeitung liefert den Beweis dafür. Die Deutschen sollen nur sich selbst kein Urtheil über politische Angelegenheiten erlauben, die jenseits der Grenzen des constitutionellen Deutschlands mißfallen könnten. Jene Freiheit aber, aus fremden Ländern uns Urtheile zu verschreiben, will der Censor der deutschen Tribüne uns gleichfalls rauben. Erst am 6. August, wo doch die Deputirten-Kammer fast einstimmig wider die Censur sich erklärt hat, hat unser Inquisitor folgenden Artikel gestrichen, den wir aus dem constitutionellen Deutschland mittheilen wollten:

„W e r s t e h t i n D e u t s c h l a n d ü b e r d e m G e s e t z ?

„Diese Frage kann ohne Zögern, und ohne den geringsten Zweifel dahin beantwortet werden: D i e r u s s i s c h e n A g e n t e n! — D i e r u s s i s c h e R e g i e r u n g!

„Wer wollte es läugnen, daß die russische Diplomatik, „seit Napoleons Sturz, auf Deutschlands Angelegenheiten „einen Einfluß gewonen habe, dessen lastende Gewalt von „den deutschen Völkern immer mehr und mehr gefühlt „und, wo man ihn früher schon fühlte, seiner Quelle nach „erkannt wird."

„Es giebt viele Deutsche, welche verblendet genug sind „zu glauben, Deutschland sey zur größten Dankbarkeit ge-

„gen Rußland verpflichtet, weil dieses ihm beistand, das „eiserne Joch der napoleonischen Tyrannei abzuschütteln. „Aber wem hat Rußland dadurch einen größern Dienst er„wiesen als sich selbst, dessen ganze Existenz durch den „Wachsthum, oder auch nur durch das Fortbestehen von „Napoleons Macht, bedroht ward? Wahrlich, nur für „Deutschlands Wohl, und ohne Rußlands eigene Furcht, „hätte ganz gewiß kein russischer Soldat je die französische „Gränze überschritten. Nimmt man aber auch wirklich „diese vorgebliche Dankbarkeitsverpflichtung als ge„gründet an, so erwächst doch daraus für Rußland ganz „sicher kein Recht, fortwährend so nachtheiligen Einfluß auf „Deutschland auszuüben, daß dadurch Deutschlands Wohl „und Ruhe in Gefahr gebracht werden. Dies aber geschieht „unbedingt, indem die Möglichkeit eines Krieges her„vorgebracht ist, welcher mit den Gefühlen der bei weitem „größern Zahl aller Deutschen in directem Widerspruche „stehen würde."

Das Blatt, dem wir diesen Artikel entlehnen wollten, ist in Baiern nicht verboten, es ist in den meisten Lese-Kabinetten zu finden und kann von Jedermann gelesen werden. Welchen Sinn kann also das Streichen des Censors haben? Wie können solche Leute eine Aufsicht über die Geister führen, die sie weder verstehen noch zu beurtheilen fähig sind? Die Censur ist die ungeheuerste aller Usurpationen; sie ist die Gewalt des Unverstandes über den Verstand. Es ist gerade, als wenn man die Juden zu Wächtern des christlichen Glaubens oder die Courtisanen zur Wache über Moral bestellen wollte.

Eine Stimme über Preußen.

Weimar, den 3. August.

Daß die Tribüne in Preußen verboten ist, wie uns die heute hier angekommene Nummer meldet, dient nur zum Beweis, daß die in der Tribüne aufgenommenen Aufsätze über Preußen den Nagel auf den Kopf getroffen haben und wird dieses Verbot, diese Unmündigkeitserklärung des preußischen Volks, welche die Regierung selbst ausspricht, nur dazu beitragen, die Popularität des preußischen Gouvernements noch mehr zu schwächen, als dies schon durch die hartnäckige Verweigerung einer zeitgemäßen constitutionellen Verfassung geschehen ist. Auch die offenbaren Begünstigungen, welche den Russen, auf Kosten der überall die innigste Theilnahme findenden Polen, in Preußen zu Theil werden, machen, daß der Unwille gegen das preußische Gouvernement immer mehr überhand nimmt. Selbst in Preußen ist dieser Unwille allgemein und es soll der neuliche Auflauf in Königsberg, von dem die Zeitungen jetzt noch sehr behutsam reden, besonders durch die Strenge herbeigeführt worden seyn, womit man in Preußen gegen die Cholerakranken verfährt, während man den damit angesteckten russischen Regimentern die unverantwortlichste Nachgiebigkeit beweiset und durch diese Inconsequenz das ganze Land und dadurch Europa der Ansteckung aussetzt. Noch vor Kurzem hat sich dies bei dem Weichselübergang der Russen bei Thorn gezeigt, wo die preußischen Behörden den Russen ebenfalls alle Unterstützung haben zukommen lassen und wo nun diese zur schuldigen Danksagung die Cholera zurückgelassen haben. — Die Ernennung des Hrn. v. Ancillon zum Director im Departement des Auswärtigen wird allgemein als ein Zeichen angesehen, daß Preußen zum Kriege entschlossen sey. Die Gesinnungen Sr. K. H., des Protectors des Hrn. v. Ancillon, sind kein Geheimniß, und waren von jeher dem revolutionären Frankreich nicht günstig. Sonach wird eine kriegerische Stimmung des Berlinerkabinets erklärlich. Gleichwohl ist nicht zu läugnen, daß der Krieg sehr unpopulär seyn würde, um so mehr wenn das Cabinet dabei auf russische Hülfe rechnet, welche kaum mehr als die Hersendung der Cholera seyn würde. Die Hülfe des deutschen Bundes scheint dabei zweifelhaft, obgleich versichert wird, daß die Aufforderungen eines süddeutschen Hofes einigermaßen dazu beigetragen haben sollen, den Ausbruch des Krieges zu beschleunigen. Die Berliner hohe Aristokratie glaubt der Hülfe Oesterreichs gewiß zu seyn, weil wie sie meint, Oesterreich den revolutionären Geist in Süddeutschland bei Zeiten zu dämpfen suchen muß.

Liberalismus in Preußen.

Die Mustterreiter des preußischen Liberalismus sind die Berliner Publicisten. In jüngster Zeit stellt einer derselben in einer Flugschrift die Frage auf: „Wo ist man liberal, in Frankreich oder in Preußen?" Die Frage wird natürlich zu Gunsten Preußens entschieden. In diesem Staate ist man nämlich darum liberal, weil 1) der Unterricht besser, 2) die Staatsdiener mehr Rechte hätten und Collegial-Einrichtung in Administrativ-Geschäften bestehe, 3) die Gemeindeverfassung besser sey und 4) Provincialstände mit ausgedehnten Rechten der Wähler bestünden. Ueber die geringen Befugnisse der Gewählten setzt sich der Preußenthümler hinweg. Er bemerkt ganz trocken: „mehr Rechte konnte man ihnen nicht einräumen, wenn man nicht den ganzen Staat gefährden wollte." Wahrscheinlich steht derselbe Grund auf der Volksrepräsentation und der Preßfreiheit entgegen, und nun steht es ja gedruckt und bewiesen: in Preußen ist man liberaler ohne dieselben, weil der Wähler mit ausgedehnten Rechten einen Gewählten stellt, welcher keine Rechte hat.

(Schluß folgt.)

Das liberale Deutschland.

Eine censurfreie Zeitschrift.

Herausgegeben
von
J. G. A. Wirth.

München. **Nro. 3.** 23. August 1831.

Unzulänglichkeit des deutschen Bundes.

Die Cholera ist in Deutschland angelangt, uns nachdrücklich über die Folgen der Zerstückelung unseres gemeinsamen Vaterlandes zu belehren, und die Unzulänglichkeit des Bundestags ins helle Licht zu setzen. Ein ernster Rückblick wird durch die Noth der Zeit geboten. Der deutsche Bund, der ein Ersatz für die Zerstückelung Deutschlands seyn sollte, hat im Gegentheile neue Leiden über uns gebracht, indem er uns gleich Unmündigen der österreichischen Vormundschaft unterwarf, unsern Fürsten den letzten Rest der Unabhängigkeit raubte und ihnen kein anderes Recht ließ, als despotisch über ihre Unterthanen zu herrschen, nicht aber sich alles Ernstes mit ihnen zur Herstellung und Entwickelung einer zeitgemäßen freien Verfassung zu verbinden. Man gestattete ihnen zwar die repräsentative Verfassung zum Schein und zur Täuschung der Völker einzuführen, sorgte aber dafür, daß durch jesuitische Artikel der Charte allen, dem Despotismus nachtheiligen, Folgen der repräsentativen Regierung vorgebeugt und so die Verfassung verfassungsmäßig zur Lüge gemacht wurde. Nicht für das deutsche Interesse, sondern um ein Werkzeug in der Hand des Fürsten Metternich zu seyn, lebte und wirkte der Bundestag. In der Blüthenzeit der heiligen Allianz wurde dem Machtspruche des Wiener-Cabinets auch überall demüthige Folge geleistet; die Fürsten, von Wien aus aufgefordert, verfolgten die Geister durch Censur, die noch überdem durch die österreichischen Diplomaten controlirt wurde. Die Fürsten behandelten die Studenten, ihrer Träumereien wegen, als Staatsverbrecher, bezahlten mit großen Kosten die nicht nur unnütze, sondern auch entehrende Mainzer Inquisition, drückten den Handel durch vervielfältigte Mauthlinien und wiegten sich in der Hoffnung, die Zeit des Absolutismus verewigt zu haben, mit solcher Sicherheit, daß sie nicht für nöthig erachteten, sich mit dem Geiste des neunzehnten Jahrhunderts durch volksthümliche Institutionen zu versöhnen. So wurde von Seiten der Fürsten die Zeit der Befreiung vom französischen Joche benützt; wir durften nicht mehr den Gedanken eines Napoleon Achtung erweisen; aber die Einfälle der Herren von Genz und von Kampz galten unsern Cabinetten als unabweisliche Befehle. — Unsere repräsentativen Stände, — man hatte gewagt ein Schattenbild derselben aufzustellen, — durften sich um keine der großen Angelegenheiten des Vaterlandes bekümmern, sondern höchstens sich mit einigen Lokalübeln und auch nur in sofern beschäftigen, als das monarchische Prinzip d. h. die Unterwürfigkeit gegen Oesterreich nicht darunter zu leiden schien. Dieß waren die Folgen des deutschen Bundes seit dem Sturze Napoleons bis zum Ausbruche der Pariser Revolution. Wer hätte den Muth, die Schmach dieser Zeit zu läugnen, ihren Ruhm zu behaupten? Das einzige zweideutige Gute, das sich von ihr anführen läßt, bestand darin, daß in einem gewissen deutschen Staate (Baiern) das Cabinet aus unüberlegten Haß gegen Frankreich, einen Schein von Liberalität annahm, so lange der Obscurantismus in Frankreich herrschte, sich aber aus Haß gegen Frankreich dem Obscurantismus in die Arme warf, sowie die französische Nation, in Uebereinstimmung mit dem Geiste der Zeit die ihr im 19. Jahrhundert angemessene Stelle wieder einnahm. Eine solche gehaltlose Politik lähmte alle andern deutschen Cabinette, die von irgend einer großartigen Gesinnung beseelt waren, aber in ihrer isolirten Stellung keine vaterländische Vereinigung zu Stande bringen konnten. Unterdessen hatte die Pariser Revolution den gebundenen Muth der deutschen Kammern entfesselt, und selbst in Ländern, die dem Absolutismus anheim gefallen schienen, mußte eine liberale Verfassung eingeführt werden. Diese große Veränderung hat bereits angefangen Früchte zu tragen. Die Stände haben sich an mehreren Orten gegen das Joch erklärt, das vom Bundestage aus der Freiheit des deutschen Geistes auferlegt wurde; aber sie haben dadurch mehr die Regierungen in Verlegenheit gesetzt, als dieselben zu dem Entschlusse ge-

bracht, das unwürdige Joch abzuwerfen. — Noch über vieles Andere müssen die Stände ihre Stimme erheben, damit allgemein die Nothwendigkeit anerkannt werde, dem deutschen Bunde eine Organisation zu geben wodurch er fähig werde, wahrhaft ein Mittel gegen die Leiden der Zersplitterung zu seyn. Bei Gelegenheit der belgisch-holländischen Angelegenheit standen die Deutschen in Gefahr, für fremdes und gegen ihr eignes Interesse in den Krieg ziehen zu müssen; ja noch mehr, als wirklich deutsches Interesse (z. B. die freie Rheinschiffarth) dabei betheiligt war, durfte der deutsche Bund, als solcher, nicht die Stimme erheben, sondern mußte erwarten, welche Befehle ihm deßhalb von der Londoner Conferenz zukommen würden. Eine solche Bewandniß hat es mit dem gleichsam spottweise für eine europäische Macht erklärten deutschen Bunde.

Giebt es in den vielen deutschen Ministerien keinen Staatsmann, dem Seelengröße, Erleuchtung, Würde und Patriotismus den Muth geben, gegen die Schmählichkeit eines solchen Zustandes aufzutreten und die Mittel in Anregung zu bringen, das Vaterland gegen die Gefahr der Vernichtung in dem nächsten Kriege zu schützen? Was hilft aller in frühern Zeiten erlangter Ruhm, wenn er jetzt sich muthlos zeigt gegen die Macht der alten Vorurtheile, welche weniger die Gefahren der Zeit, als die verständige Versöhnung mit denselben fürchten? In England war der Herzog von Wellington im Besitz eines großen militärischen Ruhmes; er war der Feldmarschall aller europäischen Höfe und dennoch sank das ganze Ansehen dieses gefeierten Mannes bis zur Lächerlichkeit herab, als er gegen die Interessen seines Volkes und gegen die Bedürfnisse der Zeit ein System durchsetzen wollte, das nur den Idioten der heiligen Allianz befriedigend seyn konnte. — In einem deutschen Staate befindet sich jetzt ein anderer hochberühmter Feldherr in einer ähnlichen Lage, wie der Herzog von Wellington; wir können nicht glauben, daß das Schicksal des englischen Helden warnungslos an dem unsrigen vorüber gegangen sey; wir leben vielmehr der freudigen Hoffnung, daß er die Gelegenheit, seinen Ruhm unermeßlich zu erhöhen, ergreifen und das Vaterland von Neuem retten werde — dadurch, daß er die Aufstellung eines politischen Systemes bewirkt, wie die Zeit es unabweislich fordert und wie es ungestraft nicht verweigert werden darf; — ein System, das im Innern die Ausbreitung und Entwickelung der Freiheit aufrichtig begünstigt und im Aeußern kräftige Maßregeln ergreift zur Erlangung und Befestigung deutscher Selbstständigkeit. Wir sprechen unsere Hoffnung aus, ohne ihre Erfüllung verbürgen zu können. Unsere Pflicht ist es nur, auf die Bedürfnisse der Zeit und auf die Folgen ihrer Vernachlässigung aufmerksam zu machen.

Ein neuer Anlaß zeigt sich von der Unzulänglichkeit des deutschen Bundes, die Zeitbedürfnisse zu befriedigen. Bei allen großen Fragen unserer Periode ist der Bundestag verstummt, vermuthlich weil er darauf von Wien angewiesen wurde. Weder über die auswärtigen Angelegenheiten in Bezug auf Belgien und Polen, noch über die innern Veränderungen in Hessen und Sachsen hat er ein Lebenszeichen gegeben, noch die Nothwendigkeit erkannt, die Völker durch Aufhebung der Censur zu versöhnen. Gleiche muthlose Unthätigkeit verräth der Bundestag jetzt, wo es Noth thut, Deutschland gegen die mörderische Seuche der Cholera zu schützen. Wozu nützt denn der Bundestag, wenn er besinnungslos alle Gelegenheiten vorüber gehen läßt, im allgemeinen Interesse einzuschreiten und sich um das Vaterland verdient zu machen? Was die Pflicht des Bundestags gewesen wäre, hat ein Abgeordneter der badenschen Kammer in Anregung gebracht. Er hat die Nothwendigkeit allgemeiner Maßregeln gegen die indische Cholera erwiesen. War es die Absicht des Bundes, sein Unvermögen Deutschland zu schützen, der Welt vor Augen zu legen und dieß den deutschen Ständen zu übertragen, so hat er allerdings ein zweckmäßiges Mittel ergriffen. Die Stände aber werden dadurch um so mehr sich verpflichtet fühlen, alle ihre Kräfte aufzubieten, um Ersatz für die Unthätigkeit des Bundes zu leisten. Die Cholera bietet hierzu die unabweisliche Gelegenheit dar; die Stände sollen auf gemeinschaftlich energische Maßregeln zum Schutz gegen die Cholera dringen. Die Kräfte eines einzigen deutschen Staates sind hiezu unzureichend. Alle süddeutschen Staaten müssen sich in dieser Absicht auf das Engste verbinden.

Frankreich und Polen.

(Neuester Unverstand der Münchner Censur.)

In dem Aufsatze der deutschen Tribüne Nr. 45 und 46 „die Cabinete und die Völker" hatte die Censur den Schluß desselben gestrichen, welcher also lautet:

„Dies ist nun, was die französische Regierung wissen, „wonach sie handeln sollte. Es ist ihr Interesse, die Entstehung einer Nationalmacht im Norden zu begünstigen; „ein Zug zum Vortheile der Polen würde die Zustimmung „aller Völker erhalten. Wollten die Cabinette einem „solchen Zuge sich widersetzen, so würden sie in Gefahr gerathen, darüber mit ihren eigenen Völkern, ja selbst mit „ihren Armeen zu zerfallen. Alle Völker wären die natürlichsten Alliirten Frankreichs. Ein solcher Moment ist eine „Gunst des Geschicks, die genutzt werden soll. Wer tadelt nicht heut zu Tage die Minister Ludwig XV., daß „sie die erste Theilung Polens geduldet haben? Nun, jenen Ministern stand eine ungleich geringere Macht zu Gebote, als das heutige Frankreich aufweißt. Ueberdem „kann die Gelegenheit nicht günstiger seyn, einmal aber „versäumt, wird Frankreich allein stehen und die getäuschten Völker kalt, vielleicht feindlich gesinnt finden, wenn „es, in egoistischer Berechnung seines nächsten Eigennutzes, „sich unfähig gezeigt hat, seine Aufgabe zu verstehen, „d. i. die Interessen Europas zu schützen und dadurch seine „Macht zu consolidiren. — Ein Krieg für Polen wäre ein

„ungleicher Kampf der Völker und Cabinette. Schlägt „Frankreich die Allianz mit den Völkern aus, so werden „die Cabinette bald seine Herren seyn. Fürchtet Frank„reich einen Kampf zwischen den Cabinetten und den Völ„kern, so hat es seinen Ruhm verspielt, und die Lorbee„ren, die es in Holland zu pflücken hoffte, werden nur zu „seiner Verspottung dienen."

Wir sind diesmal der Censur für ihr Schergenamt verbunden, denn indem sie diese Stelle unterdrücken zu müssen glaubt, hat sie bewiesen, daß es wahr sey, daß eine Widersetzung der Cabinette gegen Frankreichs Hülfe für die Polen die Cabinette in Widerspruch mit ihren Völkern und ihren Armeen setzen würde; sie hat bewiesen, daß der aristokratische Geist der Regierungen, welcher in der Censur einen Schlupfwinkel sucht, jene Wahrheit den Franzosen zu verheimlichen wünscht; sie hat endlich bewiesen, daß die Aristokratie darauf rechnet, Frankreich werde, durch Lossagung von den Polen, auf die Allianz mit den Völkern Verzicht leisten, und dadurch den Cabinetten Zeit zur Erstarkung geben. So verräth die Censur die geheimen Gedanken der Aristokratie. Wir hoffen aber, französische Journale werden auf jene Censurlücke und ihre Bedeutung, nach unserer heutigen Ergänzung ihre Leser aufmerksam machen und die nöthige Consequenz daraus ziehen. Die Hoffnung der Aristokraten wird dabei nicht ihre Rechnung finden. Denn immer deutlicher wird es, daß weder Oestreich noch Preußen Frankreich blos aus der Ursache bekriegen können, daß die Regierung des Königs Ludwig Philipp sich zu Gunsten der Polen erklärt. Wie könnte Oesterreich einen solchen Krieg wagen, da ganz Ungarn sich bestimmt und energisch für Polen erklärt hat und nicht gesinnt seyn kann, ein anderes Volk blos deßwegen zu bekämpfen, weil es den Polen zu Hülfe kommen will. In gleichem Falle befindet sich die preußische Regierung. Es kann ihr kein Geheimniß seyn, daß die ganze Nation und die ausgezeichnetsten Offiziere der Armee für die Sache der Polen begeistert sind, daß die bisherige Begünstigung der Russen von Seiten Preußens allgemein gemißbilligt wird, welche Mißbilligung auch bereits durch die bekannte Adresse der Königsberger Municipalität öffentlich bekannt geworden ist. Bei solcher allgemeinen Volksstimme wäre der Krieg gegen einen mächtigen Freund der Polen im höchsten Grade unpopulär und mit so augenscheinlichen Gefahren verbunden, daß die preußische Regierung gänzlich auf ihre Vorsicht verzichtet haben müßte, um sich zu einem solchen Wagestück zu entschließen. — Sonach ist der Einwurf der französischen Minister ungegründet, daß eine Hülfe der Polen ein Krieg gegen Europa seyn würde. Nur Oesterreich und Preußen, kein anderes Cabinet, könnten sich Frankreich in einer für das Interesse Europas ergriffenen Maßregel widersetzen. Auch in diesem Falle hätte aber Frankreich nur die beiden Cabinette, nicht zugleich die Völker als Gegner zu fürchten. Es ist ein großer Unterschied zwischen der Zeit, wo Napoleon als Eroberer

gegen Rußland zog, und der unsrigen, wo es keiner Eroberung gilt, sondern der Herstellung eines Reichs, welche von den allgemeinen Interessen Europa's dringend gefordert wird. Gegen Napoleon waren die Völker feindlich gesinnt; Frankreich das den Polen Hülfe sendet, wird die Herzen und die Arme aller Völker für sich haben. — Wenn wir die Sache der Polen mit der Wärme, welche sie erheischt, vertheidigen, so kann uns dabei nicht der Vorwurf treffen, der vielleicht gerecht ist gegen die Männer der französischen Opposition, welche dieselbe Sprache führen, der Vorwurf nämlich, daß man nur dahin strebe Minister zu werden. Wir wollen keine Minister werden, wohl aber müssen wir im Interesse Europas wünschen, daß die französische Regierung in Beziehung auf die auswärtige Politik und namentlich in Beziehung auf Polen, ein mehr energisches und muthiges System ergreife und durchführe. Versäumt die französische Regierung den gegenwärtigen günstigen Moment, so wird sie die Gefahr eines europäischen Krieges, wofür sie erschreckt, nur entfernt, nicht aber überwunden haben; ja sie würde die Gefahr vergrößert haben, weil die Cabinette nach Unterdrückung der Polen, sich neu gestärkt sehen und den Widerspruch der Völker nicht mehr zu fürchten haben würden. Frankreich stünde dann isolirt und dürfte nicht mehr auf die Sympathie der Völker rechnen, die sich, nach Offenbarung seiner egoistischen Politik, vielmehr von Frankreich lossagen würden.

Die Camarilla am preußischen Hofe.

(Ein Schreiben aus Berlin.)

In einem meiner frühern Briefe schrieb ich Ihnen von der Absicht mehrerer aufgeklärten hiesigen Patrioten, in einer ehrfurchtsvollen, aber würdig gehaltenen Adresse unsern hochverehrten König mit der öffentlichen Meinung in Preußen und den Wünschen aller wahren Vaterlandsfreunde bekannt zu machen.

Die Nothwendigkeit eines solchen Schrittes ist jetzt um so dringender, als man die Stimme der öffentlichen Meinung mehr und mehr zu unterdrücken oder zu verfälschen sucht, und die Mauer, die man vor dem Könige aufthürmt, um ihn von seinem Volke zu trennen, um seinem Blicke die wahre Gestalt der Dinge zu entziehen, täglich höher und dichter wird. Für den Augenblick hat die aristokratische Partei höchsten Orts gesiegt, und es ist nicht zu läugnen, daß sie ihren Vortheil mit Consequenz und Kühnheit verfolgt. Bis auf die Kammerdiener und Lakaien herab richtet sie auf alles in der Nähe des Monarchen ihr wachsames Auge, und wehe, wo eine liberale Gesinnung, eine freisinnige Ansicht zum Vorschein kommt! Die gewohnte Abgeschlossenheit und Zurückgezogenheit unseres Königs, der sich ungern auf der Stelle entscheidet oder bestimmte Antworten giebt und deßhalb fast nur mit den einmal erwählten Männern seines Vertrauens Geschäfte beredet und abmacht,

kömmt ihnen dabei trefflich zu statten. Es fehlt nicht an jenen einzig und allein redlichen, achtungswerthen Dienern des Königs und Staats, die ein allerhöchstes Mißfallen, selbst eine allerhöchste Ungnade gering halten und zu verschmerzen wissen, wenn Pflicht, Ehre und das Beste des Landes ihnen gebietet, offen und ohne Scheu die Wahrheit zu sagen. Aber alle Anstrengungen scheitern an dem Isolirungssystem einer mächtigen Camarilla, die den König bewacht und gleichsam gefangen hält; nur ihren politischen Freunden ist der Zutritt zu Sr. Majestät gestattet; weder der erprobten Treue noch weiter zu diesem Zweck unternommenen Reisen der verdientesten Staatsbeamten wird eine solche Gunst bewilligt, sobald ihr sogenannter Royalismus nur im mindesten zweifelhaft ist. Man darf sich kaum wundern, wenn der König, der von früh bis spät aus Aller Munde, von hoch und niedrig immer dasselbe und wieder dasselbe vernimmt, zuletzt nicht eine gegen die Masse unscheinbare Partei, sondern die allgemeine Stimme zu hören vermeint. Außerdem versäumt man es nicht, die Zeichen der Anhänglichkeit und Liebe, die ein treues, biedres Volk der Person seines geliebten Königs überall zu erkennen giebt, diesem als eben so viel Beweise der Billigung einer allgemein verhaßten Ministerialpolitik darzustellen.

Ein ähnliches Gaukelspiel treibt man mit der Literatur. Die Censur darf auch nicht das kleinste Wort durchschlüpfen lassen, das je den Preußen etwas anders als servile Anbeter des Absolutismus zeigt; dem König wird nichts desto weniger glauben gemacht, die Censur werde mit der größten Liberalität gehandhabt und nur gegen revolutionäres, aufrührerisches Geschrei in Anwendung gebracht. Aber das preußische Volk, heißt es, verabscheut die subversiven Ideen und Grundsätze der französischen Revolution, es fühlt sich in seiner jetzigen Lage durchaus und vollkommen glücklich: ein Verleger französischen liberalen Geschreibsels würde Makulatur verlegen, weiter nichts! — Andrerseits sucht die Partei die aristokratische und antifranzösische Literatur aus allen Kräften zu heben und zu fördern; die obskursten und mittelmäßigsten Talente werden protegirt, und mit Versprechungen überhäuft, sobald sie ihre käufliche Feder zur Vertheidigung und Anpreisung der Willkührherrschaft hergeben. Manche haben noch so viel Scham, daß sie wenigstens die Vaterschaft zu ihren Bastarden verschweigen und läugnen; Andere stehen so tief in der allgemeinen Achtung, daß die Partei selbst ihre Anonymität wünscht. So mußte noch jüngst ein junger Mann, der den Autorkitzel, seinen Namen groß gedruckt auf dem Titelblatte zu sehen, nicht wiederstehen konnte, alles Ernstes bedeutet werden, sich nicht zu nennen, wenn er nicht wolle, daß man seine Schrift desavouire und fallen lasse. Auf solche Vertheidiger sehen sich die Aristokraten beschränkt! Kaum ist nun aber ein Werklein der Art erschienen, so zeigt sich ein affektirtes Laufen und Drängen danach. Leute, die bis dahin wohl Tausende auf Pferde und Jagdhunde, aber

keinen Groschen auf Bücher verwandt haben, werden plötzlich große Literaturfreunde, kaufen gleich mehrere Exemplare, und vertheilen sie an Freunde und Bekannte, die sie wollen und nicht wollen. Höchsten Orts aber heißt es dann: die neue gediegene Schrift des ausgezeichneten jungen Mannes finde reißenden Abgang, ganz Berlin sey entzückt davon! Daß aber freimüthige Journalartikel des Auslandes nur als leidenschaftliche Ausbrüche einer revolutionären Propaganda angesehen oder doch dafür ausgegeben werden, versteht sich in diesem Kreise natürlich von selbst.

In den letzten Monaten wurde der Einfluß der aristokratischen Partei durch den Prinzen Wilhelm, Bruder unseres Königs, einigermaßen bedroht, weil die Berichte dieses Prinzen sich bestimmt dahin aussprachen, daß die längere Vorenthaltung einer repräsentativen Verfassung in den Rheinprovinzen bald gefährlich werden könne.

Die Partei der Aristokraten wurde dadurch in nicht geringe Verlegenheit gesetzt, da diese Berichte auf den König einen großen Eindruck machten. Indeß siegte auch diesesmal wieder der alte Kunstgriff der Höflingspolitik; man suchte den treuen wohlmeinenden Rath als das Resultat einer übergroßen Aengstlichkeit und Furcht darzustellen, und machte vor allem den Grundsatz geltend: eine Regierung, die nur im geringsten Schwäche zeige, die dem antimonarchischen herrschenden Zeitgeiste auch nur die kleinste Concession mache, sey in jetziger Zeit unwiederbringlich verloren. Jede Annäherung an das constitutionelle System aber werde die revolutionäre Faktion nicht als ein freiwilliges Geschenk, sondern als einen errungenen Sieg, als eine abgezwungene Eroberung betrachten, immer dringender und kühner in ferneren, alles Maß überschreitenden Forderungen werden, und zuletzt die Regierung auf ein Terrain beschränken, das ihr auch nicht einen Schatten von Macht mehr übrig lasse. Rheinpreußen sey außerdem durch seine Festungen, durch zahlreiche Truppen aus den übrigen treugesinnten Provinzen und durch den guten Geist dieser letztern in einer Weise gebunden und gefesselt, die jede Besorgniß vor revolutionären Bewegungen und Aufständen als völlig thöricht erscheinen lasse. Diese Vorstellungen, wie es scheint, auch von österreichischer Seite kräftig unterstützt, fanden Eingang, und so ist denn abermals die große Lehre des vorigen Jahres für unser Kabinet verloren gegangen. Man untergräbt seine Kraft, um den Schein der Kraft zu retten; man will keine Concessionen machen, und kann so eine Zeit herbeiführen, wo es nicht einmal mehr in der Macht der Regierung steht, ihre wohlthätige, dem Staate durchaus heilsame Kraft, durch Concessionen zu retten.

Kaum hatte die aristokratische Partei nun einmal festen Fuß gefaßt und den Einfluß ihrer Gegner vernichtet, so trat sie auch augenblicklich kühner und entschiedener in ihren Beziehungen zum Auslande auf. Man machte kein Hehl mehr daraus, daß man den Russen zur Unterjochung der Polen auf alle mögliche Weise hülfreiche Hand leiste,

und selbst eine französische Note, die in bestimmten Ausdrücken Aufklärung über Preußens Verfahren verlangte und auf strenge Neutralität drang, erregte nur kurze Zeit einige Bedenklichkeiten. Oestreich suchte vor allen Dingen sein eignes Beispiel in Italien als Muster aufzustellen, wies das Schwankende und Unentschiedene der auswärtigen französischen Politik nach, und drang darauf, eine kräftige Sprache zu führen, weil Kraft und Entschlossenheit dem französischen Cabinette unfehlbar imponiren würden. Zugleich glaubte man sich von Seiten Englands versichert halten zu dürfen, daß die dortige Regierung keineswegs gesonnen sey, um rein humaner Interessen willen, die seinen Vortheil nicht unmittelbar berührten, durch einen Krieg seinen unermeßlichen gewinnbringenden russischen Handel mit einem Schlage zu vernichten, und wahrscheinlich auch die preußischen und übrigen deutschen Häfen sich verschlossen zu sehen. Unter diesen Umständen scheint die Partei nicht angestanden zu haben, die französische Note mit einer Energie zu beantworten, wie sie das französische Cabinet schwerlich vermuthet hat, und Preußens feindselige Stellung gegen Polen und sein Beharren darin ganz offen darlegt.

Bei allem dem wird die Partei durch die immer entschiedener sich aussprechende öffentliche Meinung in Berlin und in ganz Preußen nicht wenig beunruhigt. Mit jedem Tage steigt der Enthusiasmus für die Polen, und wird die Ueberzeugung stärker, daß ein unabhängiges Polen nicht allein um der Ehre der Menschheit willen, sondern auch für eine festere und würdevollere Stellung Preußens wünschenswerth, wenn nicht nothwendig sey. Die Nachricht von dem unter dem Schutze und Schirme Preußens bewerkstelligten Uebergang der Russen über die Weichsel steigerte hier den Unwillen und die Erbitterung zu einem solchen Grade, daß die herrschende Partei voll banger Besorgniß auf Beschwichtigung und Abkühlung der allgemeinen Aufregung dachte. Da sie aber selbst die Hoffnung aufgab, durch sophistische Rechtsverdrehungen den schlichten gesunden Menschenverstand des Volkes zu berücken, so zog sie es vor, die ihr zum Vorwurf gemachten Thatsachen rücksichtlich der Unterstützung der Russen in der Staatszeitung geradezu abzuläugnen, obgleich hundert Privatbriefe aus Thorn und andern Gränzorten posttäglich die bestimmtesten Details über die Communicationen der preußischen Militär- und Civilbehörden uns brachten und bringen. Ein solches Abläugnen hat aber um so weniger Gefahr, als die preußische Staatszeitung in ihrer Zwittergestalt als halbofficielles Blatt der Regierung den Vortheil giebt, unter dem Schein des Officiellen heute eine Nachricht zu geben oder eine Ansicht geltend zu machen, und morgen, wenn es nöthig wird, beide wieder zu desavouiren. Auch die Ernennung des geheimen Raths Ancillon zum Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten scheint darauf berechnet zu seyn, die öffentliche Meinung zu beruhigen und irre zu führen. Ancillon ist als ein geistreicher Mann bekannt, der, ohne entschieden liberal zu seyn, Geschichte und Leben doch zu gut kennt, um an den glücklichen Erfolg eines feindseligen Entgegenstrebens gegen den Zeitgeist und gegen den Willen der Völker zu glauben. In diesem versöhnenden, vermittelnden Sinne sind alle seine Schriften abgefaßt, und da das Publikum bis jetzt mehr den Schriftsteller, als den Staatsmann in ihm kennen zu lernen Gelegenheit hatte, so war die Berechnung nicht übel, durch seine Erhebung zu einer einflußreichen Stelle die öffentliche Meinung glauben zu machen, Preußens Politik werde fortan einem freisinnigen Impulse folgen. Aber Ancillon hat zwei Fehler, wenig Charakterstärke und eine schlechtverhehlte Eitelkeit, in einer hohen Stellung zu glänzen. Und was ist auf der schlüpfrigen politischen Laufbahn Einsicht ohne Charakterstärke? Selbst Männer von anscheinender Kraft, haben bei der Wahl, entweder ihren früheren Grundsätzen untreu zu werden oder eine einflußreiche, gewinnbringende Ehrenstelle aufzugeben, nicht immer die Feuerprobe ausgehalten. Es scheint beinahe, daß wie beim Bergsteigen die Luft mit jedem Schritte dünner wird, so auch in den höheren politischen Regionen die Grundsätze sich mehr und mehr verdünnen. Für liberale Gesinnung und politischen Ruhm giebt es keine gefährlichere Klippe, als den Ministertisch. Genug, Ancillon, den man im Grund als Minister betrachten kann, da der kränkliche Bernstorff fast alle Geschäfte abgegeben und nur den Ehrentitel Minister behalten hat, wird nicht viel mehr als ein Spielball in den Händen der aristokratischen Partei seyn, wenn er anders beim Antritt seiner neuen Laufbahn überhaupt einen festen bestimmten Gang sich vorgezeichnet hat. Er wird wahrscheinlich sehr schön reden, nicht übel deduciren, mit Einsicht prophezeihen; aber nichts desto weniger, wenn seine Vorstellungen ganz natürlich an dem Starrsinn und blinden Glauben der Aristokratie scheitern, sich ohne Weiteres fügen und ja sagen; er wird seinem Charakter und seinem Amte genügt zu haben glauben, wenn er dieß Ja wenigstens mit einem Seufzer begleitet.

Das Publikum scheint diese Ansicht vollkommen zu theilen; es nahm die neue Anstellung, die man mit einer gewissen Wichtigkeit verkündete, mit gänzlicher Gleichgültigkeit auf. Glaubte die Regierung dem Volke die Gewähr einer liberalen Politik dadurch vorzuspiegeln, so hätte sie außerdem ihren Zeitpunkt nicht schlechter wählen können; denn fast an demselben Tage erhielten wir die erste Kunde von dem Inhalt der Antwort, die unser Cabinet auf die oben erwähnte französische Note zu ertheilen für gut befunden hatte. Sie können sich schwerlich einen Begriff von der allgemeinen Entrüstung machen, mit der schon das bloße Gerücht hier aufgenommen wurde. Wäre es möglich, die Popularität des Königs selbst zu schwächen, so hatte man ohne Zweifel das geeignetste Mittel hierzu gewählt.

Ich weiß nicht, hatte meine trübe, ahnungsvolle Stimmung auf die Art meiner Anschauung und Betrachtung Einfluß; aber selbst die dießjährige Geburtsfeier unseres Königs stach weit von der früheren Herzlichkeit und Innigkeit ab. An Lärm, an Prologen, an Banketten, Toasts und Reden war kein Mangel, der Glanz war vielleicht größer, der Champagner floß reichlicher, als in den vergangenen Jahren; aber es bedurfte nicht eben eines scharfen Blicks, um sich zu überzeugen, daß man mehr vom Könige sprach, als still und liebend für ihn fühlte, daß man aus einer anspruchslosen Geburtsfeier eine politische Parteisache machte. Man wollte der Stadt Berlin mit Gewalt ein Ansehen von Begeisterung und Enthusiasmus geben, der in dem Grade wenigstens nicht in den Herzen sich fand; und alles dieß nur aus dem Grunde, um die öffentliche Meinung des In- und Auslandes zu täuschen, und auf diese Täuschung neue Entwürfe einer finstern Aristokratie zu bauen. Die wahren und ächten Freunde des Königs und Vaterlandes drückten sich still und schweigend die Hand; die Flammen Warschaus, die sie im Geist als Vorspiel eines größern Brandes zu sehen glaubten, machten es ihnen unmöglich, an der lärmenden Freude einer Anzahl Unbesonnener und blinder nicht Knaben sondern Männer Theil zu nehmen! Steigt die Aufregung und Gährung hier in dem Maße, wie sie bisher gestiegen ist, so würde die Kunde von der nicht unmöglichen Einnahme Warschaus vielleicht das Signal zu bedaurungswürdigen blutigen Auftritten geben. Schon ist das Mißtrauen so groß, daß man der Bildung eines zweiten Cordons, wozu ein Theil der hiesigen Garden nach Osten aufbrechen mußte, den geheimen Plan unterlegt, die Garden, auf deren unbedingten Gehorsam man rechnen zu können glaubt, nöthigenfalls auf der Stelle gegen Polen brauchen zu können. Die Regierung hat diesen Gedanken sicher nicht gehabt; aber wohin ist es mit einem Volk, mit einer Regierung gekommen, wenn erst ein solches Mißtrauen zwischen beiden Platz greifen kann?

Preußens Lage im gegenwärtigen Augenblick ist durch die Schuld seiner Regierung bedenklich und gefährlich, kein Einsichtiger kann es läugnen. Das einzig ruhige und gesetzmäßige, also das einzig erlaubte Mittel, Preußens Ehre und Interessen zu retten, scheint mir in Uebereinstimmung mit der Ansicht vieler, wie ich schon oben bemerkt, eine würdevolle Adresse an den König zu seyn, worin er mit der Lage des Landes und mit den Wünschen des Volks ohne Rückhalt bekannt gemacht wird. Daß aber dieser Plan scheiterte, habe ich Ihnen in meinem frühern Schreiben gemeldet.

Nachschrift der Redaction.

Der Eingang des vorstehenden Correspondenz-Artikels ist in der Nummer 41 der deutschen Tribüne unter der Rubrik „Madrid" abgedruckt. Unsere Setzer, welchen das unverständige Streichen der Censur viele Arbeit macht, sind nämlich auf die List verfallen, aus „Berlin" Madrid und aus „preußisch" spanisch zu machen, um den Artikel auf diese Weise einzuschwärzen. Die List ist auch gelungen. Indessen hat die Sache die ernsthafte Seite, daß die preußische Regierung in ihrem finstern Systeme eine solche Aehnlichkeit mit dem spanischen Obscurantismus hat, daß jene Mystification sogar von unserm geistreichen Censor nicht entdeckt worden ist.

Die öffentliche Meinung in Dresden.

Dresden, 8. August. Am gestrigen Tage erschienen auf dem hiesigen Vogelschießen, einem großen Volksfeste, die meisten Mitglieder der Regentenfamilie, und zwar der König nebst seinem Herrn Bruder, dem Prinzen Maximilian, dessen beiden Söhne, den Prinzen Friedrich August (Mitregenten) und Johann; von dem weiblichen Personale aber die Prinzessin Auguste, Tochter des letztverstorbenen Königs Friedrich August, die Gemahlin und Tochter des Prinzen Maximilian und die Gemahlin des Prinzen Johann. Unsere Aufmerksamkeit nahm bei dieser Gelegenheit insbesondere die Persönlichkeit des Königs, sein und der übrigen Anwesenden Benehmen gegen das Volk, und die Erwiederung dieses Benehmens von Seiten des Volks in Anspruch. Der König trug schwarze, kurze Unterkleider, Schuhe und Frack von hellbraunen Sommerzeuge, im Knopfloch einige Ordensbänder. Sein Benehmen sowohl gegen seine nächsten Umgebungen, als auch gegen die Zuschauer war sehr freundlich und so auch das der übrigen Glieder der königlichen Familie, aber das Benehmen des Volks war kalt, ja mitunter unhöflich. Denn nicht allein erscholl, trotz der Mitanwesenheit des allgemein verehrten und geliebten Prinzen Friedrich August, auch nicht der leiseste Freudenruf, weder bei der Ankunft noch bei der Abfahrt, sondern viele ganz nahe Stehenden rückten nicht einmal ihre Hüte.

Es ist schmerzlich für den Vaterlandsfreund, eine solche Stimmung zwischen Volk und Fürst zu sehen, eine Stimmung die unmöglich zum Guten führen kann, sondern den Keim stets erneuerter Reibungen unverkennbar in ihrem Schooße trägt, — und es ist noch schmerzlicher, wenn man bedenkt, daß die Ursache solcher Mißverhältnisse keineswegs in der natürlichen, sondern in der künstlichen Vorbildung derer liegt, welche das Leben ihrer Bestimmung gemäß, mit nebelfreiem Blick zu betrachten, alle seine Bedürfnisse vorurtheilsfrei zu würdigen im Stande, nicht aber dem Rathe einer aristokratischen und partheiischen Kaste verfallen seyn sollten. — Gewiß, so lange die Fürsten auf den täglichen Umgang des hoffähigen Adels und hoher Staatsbeamten beschränkt bleiben, wird es nicht besser im Leben. Denn

während jene, von Jugend auf mit einer zahllosen Menge von Vorurtheilen genährt, die Verhältnisse immer nur mit der größten Befangenheit und in der Besorgniß irgend etwas zu verlieren, betrachten, leiden die letztern an der Krankheit der Kriecherei, so daß die Fürsten denn immer aus trüben Quellen schöpfen müssen.

Liberalismus in Preußen.

(Schluß.)

An einem andern Orte spricht der liberale Preuße von dem französischen Wahlgesetz. „Ein Zensus von 200,000 Wählern, sagt er, ist eine blose Geldaristokratie; dies fühlen die Ultraliberalen und verlangen eine viel größere Herabsetzung desselben nicht mit Unrecht. Durch ihr abstraktes Prinzip des Geldes ist die Charte unbillig gegen die Nation, und das Land wird nicht eher ruhig werden, bis diese Unbilligkeit entfernt ist.“ In der That, es ist unverantwortlich von der Berliner Censur, daß sie solche Stellen passiren läßt. Hat sie nicht gesehen, wie man offen den Ultraliberalen Recht giebt, und zuletzt noch mit Unruhen droht? Die Schrift giebt aber auch einen wichtigen Beitrag zur Kritik des juste milieu. Nach allem Spott, mit dem er überschwemmt worden ist, fehlte nichts mehr, als daß ein Berliner Publizist herbeikommt, und dem gerühmten System der Mittelstraße solche abmahnende Wegweiser hinsetzt!

Auch die deutsche Nation erhält von unserm Preußenthümler einen Vorwurf, nämlich den der Nachäfferei. Als ein Tadel der Aristokratie, deren Erziehung und Leben ganz unnational ist, möchte der Vorwurf treffend seyn. Wenn man aber die Freiheit damit meint, so sollte man doch wissen, daß sie weder etwas Französisches, noch etwas Englisches, wohl aber etwas Göttliches ist. Es ist ein beklagenswerther Irrthum, in dem constitutionellen Deutschland einen Gegensatz gegen die Nationalität zu suchen. Im Gegentheil, Deutschland wird kein nationales Daseyn erreichen ohne öffentlichen Geist, und keinen öffentlichen Geist ohne freies constitutionelles Volksleben, mit allen seinen Bedingungen. Die Sympathie der constitutionellen Deutschen wird dann eine geistige deutsche Einheit schaffen, und das wiedergeborne Vaterland eine Macht in Europa seyn. Nur der freie Geist kann uns zu einem Ganzen machen, mit einer nationalen Sympathie der Kabinette ist es Nichts, und wird auch nichts werden, am wenigsten da, wo deutsche Nationalität in Preußenthum unterzugehn droht.

Wir werden jedoch niemals vergessen, daß das preußische Volk die Verkehrtheiten aufgedrungener Stimmführer nicht zu verantworten hat. Derjenige, welchen wir in diesem Artikel behandeln, giebt selbst überzeugende Aufschlüsse über die Volksstimmung und verräth die Wahrheit um so naiver, als er bitterlich darüber klagt. So sagt er unter andern von seinem Preußen: „wo man jetzt hinhört, da wird über Staatsverfassungen und Gesetzbücher gesprochen, die französische Nation erhoben, ihre Verfassung und ihre noch zu erwartenden Staatseinrichtungen schon im Voraus gelobt, und dabei werden nicht nur unsre liberalen vaterländischen Institutionen vergessen, sondern Personen, die gar zu gerne als Volksführer auftreten möchten, unternehmen es, unsere Verfassung zu tadeln. Die Dreistigkeit und Zuversicht, womit sie ihre Behauptungen darstellen, macht Viele glauben, es sey wirklich so, und bearbeitet ihre Zuhörer auf diese Weise zu ihren Absichten.“ Wir danken für diese vielleicht nicht beabsichtigten Mittheilungen, und halten sie für das beste in der ganzen Flugschrift. Sie beweisen einen liberalen Geist in Preußen, nämlich im preußischen Volke, und wir geben es gerne zu; Ehre dem Ehre gebührt!

Jedermann will heutzutage liberal heißen. Wie nun der Nachdruck blos nach gediegenen Büchern greift und die Heuchelei ein Kompliment für die Tugend ist, so ist dieses Haschen nach dem Namen ein Lobspruch für den Liberalismus selbst. Der liberale Name ist eine Macht geworden; und darum möchten die Regierungen gerne den Alleinhandel damit haben, und durch die Censur keinen andern Liberalismus zulassen als den ihrigen. Wenn aber die Censur sagt: „Durch mich wird der ächte Liberalismus bewahrt,“ so meint sie eigentlich: „durch mich wird der wahre Liberalismus geächtet!“

Urtheil des Königs Wilhelm von England über die bairische Regierung.

Die allgemeine Zeitung meldete jüngst in einem Schreiben aus London vom 5. August folgendes: „Ganz kürzlich, „bei Anwesenheit unseres (des englischen) Gesandten an ei„nem gewissen Hofe (dem Münchner) gaben Sr. Majestät „gegen den Gesandten Ihr Befremden zu erkennen über „die seit einigen Monaten auffallend veränderte Politik „jener Regierung, wodurch, wie der König von Großbrit„tannien meint, alle Vortheile wieder verloren giengen, „welche der Ruhm einer freisinnigen, mit der Zeit einigen „Regierung früher diesem Staate zugewendet und ihn in „den Stand gesetzt hätte, als einer der ersten Vertreter „des constitutionellen Deutschlands eine große Rolle in den „europäischen Angelegenheiten zu spielen.“

Diesem in die Tribüne aufgenommenen Correspondenz-Artikel der allgemeinen Zeitung sollte folgende Bemerkung beigefügt werden: Man sieht, daß hier vom Münchner Hof die Rede war, und daß es die bairische Regierung ist, über welche der aufgeklärte König Wilhelm von England jenes Urtheil gefällt hat. Warum nennt aber die allgemeine Zeitung den Münchner Hof nicht, da sie ihn doch errathen läßt? Der Münchner Hof soll wissen, daß er durch seine Rückschritte und sein finsteres System die Achtung im constitutionellen Auslande vollständig verloren habe und daß man ihn mit despotischen Regierungen in eine Kategorie setze. Er soll dieß wissen und man kann es ihm

gar nicht oft genug sagen. Die Krankheit, an welcher das politische System unserer Regierung leidet, ist so tief eingewurzelt und so hartnäckig, daß nur starke, bittere Arzneien in großen Quantitäten täglich eingegeben, noch wirksam seyn und eine kleine Hoffnung zum Besserwerden gewähren können!

Wir fragen, ob diese blos die bairische Regierung angehende Bemerkung im Bereiche der Censurscheere liegen könne?

Noch ein Wort über Polen.

Alles läßt vermuthen, daß in der großen Angelegenheit der civilisirten Völker, in dem Kampfe der gefeierten Polen wider die Barbaren des Nordens die Stunde der Entscheidung bald schlagen werde. Schon senden die unsterblichen Helden, von einer kleinmüthigen oder selbstsüchtigen, immer aber nichtswürdigen Politik verrathen, ihre Gebete nach Oben, um für ihre heilige Sache die Hülfe der Vorsehung zu erflehen; schon rüsten sie sich zu dem Hauptschlage, um zur Schande Europas den Sieg allein sich zu erkämpfen oder ruhmvoll unterzugehen. Wessen Gemüth wird durch das rührende Gebet der begeisterten Nation und deren wehmüthige Sehnsucht nach Unabhängigkeit nicht tief erschüttert; wer wird nicht inbrünstig mitbeten für die Rettung des besten und doch des unglücklichsten aller Völker? Die Seelengröße, welche die Polen bei Annäherung der entscheidenden Katastrophe an den Tag legen und die resignirende Hingebung, womit sie ihr Schicksal der Vorsehung vertrauensvoll anheimgeben, wird den Enthusiasmus für ihre Sache in allen Theilen des gesitteten Europas unfehlbar noch lebhafter entzünden. Es wird und muß die Ueberzeugung Aller werden, daß Polen nach so vielen Thaten des Ruhmes nicht untergehen könne, nicht untergehen dürfe. Welche Wirkung diese Ueberzeugung am Ende hervorbringen werde, ist leicht vorherzusehen. Die Völker werden die Rettung der Polen noch zu ihrer Sache machen, und von dem kühnen Entschlusse bald zur raschen, kräftigen That übergehen. Glauben die Diplomaten, daß die Botschaft von der Einnahme Warschaus in Frankreich nur ein flüchtig aufflackerndes Feuer entzünden werde, denken sie, daß dieses entsetzliche Ereigniß den Ministern noch die Macht lassen könne, das zürnende Volk zu besänftigen? Sie werden sich täuschen; sie werden aber dann, von den losgelassenen Völkerstürmen zerknickt, bitter bereuen, im tollkühnen Ankämpfen gegen den gemeinsamen Willen aller Nationen die Pflichten der Interessen, des Ruhms und der Menschlichkeit engherzigen Familien-Rücksichten geopfert zu haben. Noch ist es Zeit, den Sturm zu beschwören, einen allgemeinen europäischen Krieg zu vermeiden und die Fragen des Jahrhunderts friedlich zu lösen. Frankreich hat bewiesen, daß nicht die Eroberung, nicht das Umstürzen fremder Throne, sondern Befestigung seiner Freiheit und Entwickelung seiner Kräfte im Innern das Ziel sey, nach welchem Volk und Regierung strebe. Frankreich wird zur Aufrechthaltung des Friedens nur eine Bedingung machen — die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens. Die Pflichten der Ehre und der Interessen fordern aber von den deutschen Mächten, daß sie diese Bedingung eingehen und die Selbstständigkeit Polens aussprechen. Ein Wort wird hinreichend seyn, Rußland von der Nothwendigkeit zu überzeugen, die Folgen seines Despotismus ruhig zu tragen. Die deutschen Fürsten sollen einsehen, daß der Bund mit freien Nationen ehrenvoller sey, als das Bündniß mit dem tyrannischen Beherrscher roher Sclaven; sie sollen erkennen, daß Versöhnung mit den eigenen Völkern ihnen heilsamer sey, als Krieg wider dieselben durch Vorenthaltung freisinniger Institutionen; sie sollen daher durch den Doppelbund mit ihren emancipirten Völkern und dem constitutionellen Auslande den europäischen Frieden endlich durch sichere Grundlagen befestigen.

Der Zweck ist durch die Anerkennung Polens und die Umwandlung des deutschen Bundes in eine National-Repräsentation so einfach, als sicher zu erreichen, weil letztere die Lebenskraft Deutschlands verjüngen und erstere die versiegten Quellen des Handels unserem Vaterlande wieder öffnen würde. Das Bündniß mit dem wiedererstandenen, constitutionellen Polen und den freien Völkern des Westens wird die Diplomatie auf ihren natürlichen Standpunkt zurückführen und dem Grundsatz, daß das gleichmäßige Interesse aller Völker nur durch Frieden und Eintracht befördert werden könne, endlich zum obersten Gesetze der Politik erheben. Wenn aber die deutschen Fürsten die Pflichten der Interessen, der Ehre und der Menschlichkeit fortwährend mißhandeln und den Ruhm, die Bedeutung der großen Zeit verstanden zu haben, halsstarrig von sich weisen wollen, so werden sie zuverlässig einen Sturm heraufbeschwören, der sie dem Verderben überliefert. Noch ist es Zeit, den warnenden Stimmen Gehör zu geben, wir bitten, wir beschwören die deutschen Fürsten, dem Rufe der Ehre und des Ruhmes zu folgen.

Das „liberale Deutschland" und das „Oppositionsblatt für Baiern" ergänzen als zwei censurfreie Nebenblätter die deutsche Tribüne. Von den beiden ersten Zeitschriften wird jede wenigstens 30 Druckbogen umfassen, die in unbestimmten Zeiträumen erscheinen. Der Preiß der deutschen Tribüne beträgt für den Jahrgang 12 fl., jener des „liberalen Deutschlands" ein für allemal 6 fl. und endlich jener des Oppositionsblattes 3 fl. Wer auf die deutsche Tribüne abonnirt, erhält sämmtliche 3 Zeitschriften für 16 fl. Man kann bei allen Postämtern, sowie auch bei allen Buchhandlungen Bestellungen machen.

Das liberale Deutschland.

Eine censurfreie Zeitschrift.

Herausgegeben

von

J. G. A. Wirth.

München. **Nro. 4.** 8. September 1831.

Betrachtungen über den Zustand Deutschlands.

Wenn wir hören, wie die deutschen Fürsten die Treue und Anhänglichkeit ihrer Völker rühmen, wenn wir sehen, wie sie gerührt sich zeigen über deren Liebe und Hingebung in den Stunden der Gefahr, so sollte man denken, die Fürsten müßten auch geneigt seyn, Liebe für Liebe, Rechte für Rechte und Treue für Treue zu geben; man sollte erwarten, daß die Fürsten endlich ihre Interessen von denen des Volks nicht mehr trennten, sondern endlich einsähen, wie nur in dem innigsten Verschmelzen dieser Interessen der Zweck des Staats erreicht, die Wohlfahrt im Innern und die Kraft nach Außen begründet werden könne!

Leider wollen aber unsere gerechten Erwartungen nicht im Mindesten in Erfüllung gehen; leider werden wir in dem trostlosen Glauben bestärkt, daß unsere Liebe, Treue und Hingebung für unsere Fürsten in ihnen nicht gleiche Gesinnungen erwecken, daß vielmehr alle Versprechungen, die in den Tagen der Noth und Gefahr in tausend süßen Worten erklangen, nicht weiter gelten sollen, als die Noth ging, die sie veranlaßte.

Als nach fünfzehn Jahren vergeblichen Harrens und Hoffens die strahlende Sonne der Freiheit abermals nicht bei uns, sondern im nachbarlichen Frankreich aufgegangen war; als die wehmüthige Sehnsucht nach ihr die deutschen Herzen noch einmal lebhaft bewegte, und in Braunschweig, Hessen, Sachsen und anderwärts ertrotzte, was freiwillig nicht gegeben werden wollte, da richteten sich die Blicke der Freunde des deutschen Vaterlandes zutrauensvoll nach Preußen, dem gebildetsten unter den deutschen Staaten, und erwarteten von ihm, es werde die Zeit erkennen, und die alte, sehr alte Schuld zum Wohle Deutschlands den guten Völkern endlich abtragen. Man erwartete, daß Preußen seinen Völkern eine freisinnige Verfassung geben, daß es sich im Sinne der Zeit an die Spitze der Bewegung in Deutschland stellen, und einen Bund der deutschen Staaten gründen würde, der, als Gegensatz des seit 1815 bestehenden Bundes der Fürsten, den Deutschen im Innern freien Verkehr, freie Presse und überhaupt freie Entwickelung aller Kräfte sichern, und uns nach Außen die Selbstständigkeit und Achtung wieder erwerben würde, um welche eine verkehrte Politik uns gebracht hatte. Unzählige Stimmen in Rede und Schrift forderten den Berliner Hof auf, in diesem Sinne zu handeln.

Gutmüthig und leichtgläubig, wie die Menschen es sind, die es gut und redlich meinen, harren wir nun seit Jahresfrist, richten stets wieder unsere Blicke auf Preußen, und hoffen von ihm die Lösung seines Wortes, ja nur das Erkennen seiner wahren Interessen. Allein unser Hoffen und Harren war wieder eitel. Nicht Ein Schritt zur Erfüllung der Wünsche und Bedürfnisse des Volkes ist geschehen. Nur in der Feindseligkeit wider die Freiheit der Völker ging man vorwärts. Die Presse wurde in engere Bande gelegt, der Despotismus bald offen, bald heimlich unterstützt in dem Kampfe wider ein großherziges, doch gedrücktes und mißhandeltes Volk; die Interessen der Ehre, des Ruhmes und der Civilisation wurden feige geopfert den verwandtschaftlichen Rücksichten gegen den russischen Selbstbeherrscher. So wurden die Erwartungen der treuen und guten Völker erfüllt. Aber noch mehr. Preußen setzt die zweideutige und ungewisse Ehre, ein europäischer Staat ersten Ranges zu seyn, eine Ehre, die nur durch ein unverhältnißmäßig großes Heer erkauft werden kann, dem Ruhme nach, der erste Stimmführer einer conföderirten deutschen Nation zu seyn; es verschmäht an der Spitze eines constitutionellen Deutschlandes zu stehen, das durch seine Einheit den Szepter des Rechts, der Ordnung und der Freiheit über Europa führen würde.

Das Berliner Kabinet opfert dem Götzen des Absolutismus und der Aristokratie den süßen Ruhm, zu herrschen über ein constitutionelles Volk; es opfert die Stärke und Sicherheit seines Staates, die es nur im engsten Bunde mit dem vereinigten freien Deutschland finden kann, der

Verwandtschaft und dem Bündnisse mit einem despotischen Nachbarn, der ein solches Bündniß lohnen wird, wie in der Regel die rohe Gewalt, sobald sie die Uebermacht erlangt, dem thörichten Vertrauen lohnt.

Preußen entzieht sich, indem es alle für das Vaterland glühenden Herzen kalt von sich abstößt, die höchste Macht — die Macht der öffentlichen Meinung; ja es geht in der Verblendung sogar so weit, die öffentliche Meinung der Völker offen zu beleidigen und den Riesen des Zeitgeistes tollkühn in die Schranken zu rufen. Noch hat der großmüthige Riese den Handschuh zum Kampfe auf Leben und Tod nicht aufgenommen; noch ist es Zeit, durch aufrichtige Versöhnung mit den mißhandelten Völkern den Sturm abzuwenden. Aber bald könnte es nicht mehr Zeit seyn, bald könnte das Todesurtheil wider die politische Größe Preußens im Rathe der Vorsehung unterzeichnet werden; verschließe man daher, wir bitten, wir flehen, der warnenden Stimme der Freunde nicht fortwährend das Ohr. Reue, bittere Reue muß und wird die Folge seyn.

Aber nicht blos auf Preußen, sondern auch auf Baiern, Hannover, Sachsen, Baden, Hessen und die constitutionellen Länder überhaupt hatte das gesammte deutsche Vaterland seit der großen Juliuswoche die Blicke der Hoffnung und des Vertrauens gerichtet. Man erwartete, daß die Regierungen dieser Länder, Hand in Hand mit den Volksrepräsentanten, kräftig und muthig zur Entwickelung des constitutionellen Principes schreiten würden; man vertraute ihnen, daß sie wider die absoluten Staaten Deutschlands, bei einer anhaltenden Abneigung wider die constitutionelle Freiheit, eine ernst mahnende Stimme erheben und, bei einem fruchtlosen Erfolge, der Oberherrschaft des Absolutismus nicht feige sich unterwerfen, sondern, gestützt auf die Macht der öffentlichen Meinung, aus einer solchen unwürdigen Abhängigkeit mit ruhmvoller Kraft sich befreien würden. Allein alle diese schönen Hoffnungen waren leider ebenfalls eitel. In Baiern, Hannover, Sachsen, Hessen und überall, wo die Landstände in deutschen Staaten versammelt sind, bleiben die Regierungen hinter den billigsten Forderungen der Repräsentanten des Volkes weit zurück, und stellen sich den Nationalkammern entweder geradezu feindlich entgegen, oder sind bemüht deren Kräfte in fruchtlosem Wortkampfe zu ermatten, um ihre unvolksthümlichen Absichten ungehindert durchsetzen zu können. Und die schönen Worte, welche viele Fürsten vor wenigen Monden in Augenblicken der gefährdeten Existenz an ihre Völker richteten, die schönen Versprechungen, welche sie in dieser Zeit gaben, sind wie Seifenblasen zerronnen.

So stehen denn leider überall in Deutschland die Regierungen mit den Volkswünschen und dem Volkswillen im Widerstreit. Statt Preßfreiheit geschärfte Censur; statt freien gegenseitigen Verkehrs stets die alten Zolllinien; statt Zusammenwirkens im Sinne eines wahren Bundes Vereinzelung aller Maßregeln, sogar in Hinsicht auf die Maßregeln gegen eine Seuche, die auf Zollstätten und Grenzpfähle nicht achtet und unaufhaltsam den Tod in alle Gauen Deutschlands zu bringen droht.

So müssen die Deutschen, bei allem Mitgefühl für die große Sache der Polen, diese im ungleichen Kampfe gegen offene und heimliche Feinde hinmorden sehen, ohne zu ihrer Rettung eilen zu können; so müssen sie sehen, wie mit den letzten Polen, die unter den russischen Schwertern ihr der Freiheit geweihtes Leben verbluten, auch das Bollwerk sinkt, welches den Satelliten des Absolutismus den Weg zu dem constitutionellen Deutschland verschloß. Unglückliches Vaterland! Ohne Zucken, ohne Murren mußt du sehen, wie man durch die Unterjochung der Söhne der Freiheit die Vorbereitung trifft, deine Fluren mit russischen Massen zu überschwemmen und das Morgenroth der jungen constitutionellen Freiheit in die schwarze Nacht russischer Oberherrschaft zu tauchen. Wenn Polen von der blutigen Entscheidung des Kampfes in den Ebenen von Warschau spricht, so ruft es im prophetischen Geiste uns zu: „Um die Erndten, die aus diesen blutigen Staaten aufgehen werden, wird Europa nicht zu beneiden seyn"! Zunächst wird diese Erndte für Deutschland aufgehen, für das zersplitterte unglückliche Deutschland, dessen Volk frei, einig und stark sein will, dessen Fürsten aber in trauriger Verblendung lieber unter dem Einflusse auswärtiger Mächte sich biegen und schmiegen, lieber das Wohl und die Liebe ihrer Völker opfern, als daß sie zu ihrem und der Völker Wohle deren Forderungen und Wünschen aufrichtig entsprechen und dem gebietenden Rufe der Zeit gehorchen wollen.

Durch Zugeständnisse, die ohne Gefahr vor der eilenden Nemesis länger nicht verweigert werden dürfen, und durch Vereinigung der Interessen der Fürsten mit denen der Völker würde das Vertrauen und die Liebe dieser zu jenen schnell wiederkehren. In dieser thätigen, sich aufopfernden Liebe würden dann die vereinigten, durch ein enges Band umschlossenen Staaten Deutschlands stark und mächtig sein, und jedem Feinde, der es wagen wollte, Deutschland anzugreifen oder seine Selbstständigkeit zu gefährden, kühn die Spitze bieten und ihn mit Nachdruck zurückweisen können.

Darum ist es heilige Pflicht eines jeden vaterlandsliebenden Deutschen, zu welchem Volksstamme er auch gehöre, aus allen Kräften, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß unter der Aegide der constitutionellen Freiheit die Kraft und Einheit des gemeinsamen Vaterlandes erlangt werde. Ohne Unterlaß und ohne Ermüdung müssen wir, theils unmittelbar durch Adressen, theils durch das Organ der Stände, wo diese versammelt sind, theils durch öffentliche Blätter die Regierungen auffordern, Deutschland nach Außen das wiederzugeben, was egoistische Politik auswärtiger Kabinette und treulose Nachgiebigkeit einheimischer Minister ihm genommen hat: Selbstständigkeit und die ihm gebührende Stimme in den Angelegenheiten Europa's; und im Innern, was es mit Recht fordern kann, weil es an der Zeit ist, daß

es ihm werde, und weil die Fürsten es ihm versprochen haben: freisinnige Verfassungen, Freiheit der Presse und Freiheit des Handels.

Was Deutschland dann sonst noch bedarf, um glücklich, um frei zu werden, um mit starken Schritten auf der Bahn der Vervollkommnung und Veredlung allen übrigen Völkern Europa's vorzugehen, das wird es erlangen, wenn es erst jene Grundelemente alles bürgerlichen Lebens erlangt hat.

Darum, meine deutschen Brüder in Brandenburg und Baiern, in Schwaben und am Rhein, in Sachsen und Franken, in Hessen und wo überall deutsche Sprache und deutscher Sinn lebt, laßt die Zeit nicht unbenützt verfließen; sie ist günstig, sie drängt. Jetzt müssen wir Deutsche werden, oder wir werden es spät, sehr spät. Laßt eure Stimme laut werden um unsere heiligsten Güter, redet ohne Menschenfurcht, ohne Rücksicht auf kleinliche Interessen, beseelt von reiner Liebe zum Vaterland. Unsere Fürsten werden die Stimme des Volkes hören; sie müßen diese Stimme erhören. Sie werden begreifen, daß ihre Thronen nur fest stehen auf der Liebe ihrer Völke.r Sie werden einsehen, daß der Bogen, der zu sehr gespannt wird, brechen muß; sie werden deßhalb Anstand nehmen, die Völker zur Verzweiflung zu treiben.

Ich spreche aus heiliger Liebe zum Vaterlande; möchte ich nicht vergebens geredet haben!

Preußische Anmaßung.

Ein der Allgemeinen Zeitung aus Berlin eingesendeter Artikel stellt den wunderlichen Satz auf, daß eine Vorstellung des Magistrats und der Kaufmannschaft einer preußischen Hauptstadt über die Cholera nicht für die Publicität bestimmt, noch dahin gehörig, daß sonach die Bekanntmachung jener Vorstellung nicht nur eine unbefugte, sondern auch eine unlautre Handlung sey. Die Redaction der Allgemeinen Zeitung hat auf diese impertinente Behauptung mit Würde und zugleich mit großer Schonung der Anmaßung des Berliner Einsenders geantwortet. Wir finden uns zu solcher Schonung nicht aufgelegt, da wir in der Zumuthung des Berliners, die Adresse einer großen Stadt an ihren König als ein unantastbares Geheimniß zu behandeln, eine Beleidigung des Verstandes aller außerhalb Preußen wohnenden Deutschen zu erkennen glauben. Wie? Weil in Preußen es nicht erlaubt ist, von Dingen, die das öffentliche Interesse betreffen, öffentlich zu sprechen, darum sollen alle deutsche Zeitungen, wenn sie auch um die Engherzigkeit und den Unverstand der preußischen Censur sich nicht zu bekümmern haben, gleichwohl in sclavischer Demuth von Dingen schweigen, die ein nachtheiliges Licht auf die preußische Regierung werfen könnten? Der Herr Berliner Einsender ist in großem Irrthum befangen, wenn er glaubt, daß seine Zumuthung, ihrer Unverschämtheit wegen, uns blenden und zur Furcht vor preußischer Polizei bewegen werde. Wir sind

weder so einfältig, noch so feige, uns den Orakelsprüchen eines Berlinischen Servilen zu unterwerfen. Vielmehr, indem wir blos dem gesunden Menschenverstande Gehör geben, wagen wir zu bemerken, daß wir die Beschwerde des Königsberger Magistrats noch nicht als durchaus nichtig anerkennen, auch wenn Se. Maj. der König, auf den Grund der Berichte der Königsberger Regierung, die Vorstellung des Magistrats als ungebührlich zu bezeichnen geruhen. Der Magistrat, so scheint es, hat gerade deßhalb sich an den Souverän gewendet, weil er von der ihm unmittelbar vorgesetzten Behörde keine Remedur erwartete. Sollen nun keine Vorstellungen Gehör finden, als diejenigen, welche von dieser Behörde unterstützt werden, so wäre denn in Klagen gegen die Behörde selbst niemals Abhülfe zu hoffen. — Wir bitten den Herrn Berliner, (der uns verbieten will, von Dingen zu reden, die nicht durch die preußische Censur geläutert wurden,) ein wenig darüber nachzudenken, in welches unlogische Raisonnement sich ein serviler Publizist verirrt, wenn er freie Menschen überreden will, wie Sclaven zu denken. Die öffentliche Meinung ist keine Magd der käuflichen Schriftsteller, sie blickt auf die Leute mit Verachtung, wenn sie ihr mit unverschämten Zumuthungen zu nahe treten. — — Wir gestehen, daß diese Bemerkungen nicht von der Höflichkeit diktirt wurden; die erste Unhöflichkeit aber hat sich der erwähnte Berliner erlaubt. Es schien uns daher nöthig, daran zu erinnern, daß die Zeit vorüber sei, wo die preußische Polizei den Geist der deutschen Behörde beherrschen durfte, und die Plumpheit als ein Privilegium der Gewalt geltend machte. Heut zu Tage müssen sich ihre Vertraute auf Bezahlung in gleicher Münze gefaßt machen. — Demnach scheint es, daß wir nur für Interesse und Ansehen der Regierungen sprechen, wenn wir diejenigen, welche öffentlich als ihre Vertheidiger auftreten, höflichst einladen, zu bedenken, daß man der Sache der Gewalt durch eine verständige, unparteiische, die Formen der feinen Lebensart beachtende Darstellung besser dient, als wenn man die Bekanntmachung öffentlicher Angelegenheiten für eine unbefugte und unlautere Handlung ausschreit, und jedes freimüthige Urtheil als strafbar verdächtigt. Es kann in dem erleuchteten Berlin nicht an Männern fehlen, welche die Richtigkeit dieser Bemerkungen dem ungeschickten Advokaten der Regierung begreiflich zu machen für rathsam erkennen.

Das öffentliche Leben in Würtemberg.

Wie in allen süddeutschen Ländern, so äußern sich auch in Würtemberg sehr deutlich die Fortschritte des constitutionellen Princips. Der rege Sinn, der hiefür in Baiern seit zwei Jahren sich entwickelte, hat wohlthätig auf Würtemberg gewirkt und manchen guten Saamen ausgestreut, dessen Früchte nunmehr zu reifen beginnen. Wir müssen in dieser Beziehung den Bestrebungen der liberalen Blätter in Baiern und namentlich dem gediegenen Würzburger Volksblatte Aner-

kennung zu Theil werden lassen, indem das muthige und würdige Auftreten dieser Organe der öffentlichen Meinung auch in unserm Lande die Gefühle der Bürgerwürde lebhafter erweckt hat. Was nun aber die Entwickelung des öffentlichen Lebens anbetrifft, so sind wir hinter Baiern nicht zurückgeblieben, ja wir haben in gewisser Beziehung unsern Nachbarn den Vorsprung abgewonnen. Es besteht zwar bei uns noch nicht die kräftige und kühne Opposition, welche wie die baierische fast auf gleicher Höhe mit jener in Großbritannien und Frankreich steht, allein unsere Organe des constitutionellen Lebens beginnen dafür einen soliden Bau von unten, indem sie aus allen Kräften auf die Heranbildung des Volkes und noch mehr auf die Erwählung einer freisinnigen, starken und unabhängigen Deputirtenkammer hinwirken. Vorzügliche Verdienste erwirbt sich in dieser Beziehung ein liberales Journal in Stuttgart, „der Hochwächter", dessen Tendenz, entfernt von jedem Privatinteresse, nur dahin geht, unter dem Bürgerstande geläuterte, constitutionelle Grundsätze zu verbreiten, den Sinn für das Repräsentativsystem zu wecken und in dieser Weise den Wahlen für die nächste Session der Kammern vorzuarbeiten. Die Mittelklassen werden durch jenes verdienstvolle Blatt unausgesetzt über die Erforderniße eines wahren Volksvertreters aufgeklärt, mit den würdigsten Candidaten bekannt gemacht und allmählig zur moralischen Selbstständigkeit hingeleitet, um, auf diese gestützt, frei und besonnen wählen zu können. Nächst dem Redacteur und den Mitarbeitern des Hochwächters hat eine kleine Gesellschaft patriotischer Männer um die Förderung des constitutionellen Princips vorzugsweise sich verdient gemacht, indem sie belehrende Gespräche über die Bedeutung des repräsentativen Systems in faßlicher Sprache verabfaßte und in großen Massen von Exemplaren, über 20,000, größtentheils unentgeldlich unter die Bürger und Bauern vertheilen ließ. Diese verschiedenen Bemühungen blieben keineswegs ohne Erfolg, sondern es wird vielmehr schon jetzt eine ungleich größere Empfänglichkeit für das öffentliche Leben, ein helleres Bewußtseyn der Würde eines constitutionelle Staatsbürgers und ein edles Streben nach Selbstständigkeit überall bemerkbar. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird daher die nächste Deputirtenkammer durch Kraft und Unabhängigkeit sich auszeichnen. Gründe zu einer gerechten und daher nothwendigen Opposition fehlen auch bei uns nicht. Wie fast überall in Deutschland, so bestehen auch in Würtemberg gegründete Beschwerden über den Druck der Volkslasten, Hemmung des Verkehrs und den traurigen Zustand der Agricultur. Die Ursachen liegen größtentheils zwar immer in der Vernichtung des deutschen Handels und in der unseligen Zerstückelung des gemeinsamen Vaterlandes überhaupt. Allein einen großen Theil des Uebels haben wir doch den innern Staatseinrichtungen zuzuschreiben, indem die Civilliste, die Apanagen und die Pensionen eine übertriebene Größe erreichen, unnütze Gesandtschaften und ein nicht weniger unnöthiges stehendes Heer enorme Summen in Anspruch nehmen, ein künstlich complicirtes Steuersystem

die Lasten ungerecht vertheilt, und endlich ein sehr unbefriedigender Zustand der Gesetzgebung, sowie der Justiz dem bürgerlichen Verkehre die empfindlichsten Schläge versetzt. In mancher Hinsicht liegt die Abhülfe der Beschwerden zur Zeit zwar nicht in der Macht der Regierung; allein in vielen andern Beziehungen könnte man allerdings helfen, wenn man zu wesentlichen Einschränkungen des Staatshaushaltes, zur Verzichtleistung auf gewisse Vorurtheile, namentlich in Ansehung der auswärtigen Verhältnisse, zur Einführung einer Nationalbewaffnung, Vereinfachung des Staatsorganismus und des Steuersystems, Einführung der öffentlichen Rechtspflege und zur liberalen Entwickelung der constitutionellen Principien überhaupt sich entschließen würde. Man kann nicht sagen, daß die würtembergische Regierung den freisinnigen Institutionen abhold sei; im Gegentheile ist gerade in den obern Regionen ein gewisser liberaler Geist unverkennbar. Allein unser Gouvernement hat eine noch viel zu ängstliche Scheu und beinahe kindische Furcht vor den auswärtigen Mächten. Dieß ist des Würtembergers größte und gerechteste Beschwerde. Am meisten zeigt sich die Aengstlichkeit unserer Regiernng in der Art und Weise der Ausübung der Censur. Man will, man möchte sie gern liberal handhaben, (wenn bei einer so schimpflichen Institution überhaupt von Liberalität die Rede sein könnte,) allein man fürchtet sich vor Reclamationen und unterdrückt daher alles, was von einem Inländer kommt und einer auswärtigen Regierung vielleicht unangenehm sein könnte. So werden in unsern Journalen Artikel über Baiern gestrichen, welche man ungleich stärker in baierischen Blättern liest, nur wegen der Möglichkeit, es könne der Münchner Hof darüber seine Empfindlichkeit äußern. Die öffentliche Meinung in Baden, den beiden Hessen, Würtemberg und Baiern begegnet sich offenbar in allen Stücken; alles sehnt sich nach einer innigen festen Verbindung dieser Länder zur Aufrechthaltung und Entwickelung des constitutionellen Princips; nur eine Stimme herrscht darüber, daß in solcher Art die süddeutschen Staaten eine ehrenvolle Rolle auf der politischen Bühne spielen und in Beziehuug auf die bevorstehende neue Organisation Europa's eine entscheidende Stimme erlangen könnten: allein von allen süddeutschen Regierungen begreift auch nicht eine einzige die Bedeutung der Zeit, die Stimmung der Völker und den Werth der moralischen Kraft einer nach Freiheit strebenden Nation. Darum verkennen sie auch das Interesse ihrer Länder und suchen in beschränkter, kleinmüthiger Aengstlichkeit eben jene Kräfte zu binden und zu unterdrücken, die sie gerade umgekehrt mit aller Anstrengung zu wecken und steigern bemüht sein sollten. Die Würtemberger hoffen indessen immer noch, daß die freie Presse den unseligen Widerstand der Regierungen endlich noch überwinden und der öffentlichen Meinung der Völker in der Leitung dergemeinsamen Staatsangelegenheiten die überwiegende, entscheidende Stimme erringen werde.

Das liberale Deutschland.

Eine censurfreie Zeitschrift.

Herausgegeben
von
J. G. A. Wirth.

München. **Nro. 5.** 18. September 1831.

Kampf für Preßfreiheit.*)

Der Redacteur dieser Blätter kämpft für die Freiheit der Presse, und so lange die schimpfliche Censur noch besteht, wenigstens für gesetzmäßige und vernünftige Ausübung derselben. Ihm gegenüber streitet der erleuchtete Chef der Regierung des Isarkreises für Beibehaltung der Censur, und, da dies nicht möglich ist, wenigstens so lange sie noch besteht, für deren unverständige, entehrende und gesetzwidrige Ausübung. Unfähig, mit den Waffen des Geistes und des Gesetzes sich zu vertheidigen, sind die Verehrer der Censur nunmehr zur rohen Gewalt wider ihren Gegner übergegangen. Nachdem nämlich die gegen den Redacteur der „deutschen Tribüne" sinnlos verhängten Geldstrafen von dem Ministerium des Innern als nichtig aufgehoben und als lächerliche Maßregeln bezeichnet worden waren, wodurch das amtliche Ansehen untergraben würde, fällte die Regierung des Isarkreises sogleich wieder ein Erkenntniß, wodurch der Redacteur zu einer Arreststrafe von 48 Stunden verurtheilt wird. Das weise Collegium wußte recht gut, daß dieses formlose und monströse Urtheil zu Recht nicht bestehen könne: *darum gab es, bei der Uebersendung desselben an die königl. Polizei-Direction sogleich den Befehl, das Urtheil unmittelbar nach der Eröffnung zu vollstrecken und der dagegen einzuwendenden Berufung keine suspensive Wirkung einzuräumen.* Der Befehl wurde auch vollzogen und der durch rohe Gewalt niedergeworfene Redacteur schreibt gegenwärtigen Artikel im Arreste; jedoch nicht traurig, sondern freudig, nicht mit Leidenschaft, sondern mit kalter, ruhiger Besonnenheit.**)

In diesem Verfahren der Regierung des Isarkreises liegt eine Barbarei, welche man in absoluten Staaten kaum findet; denn da eine Appellation, der man keine suspensive Wirkung beilegt, bei Freiheitsstrafen von kürzerer Dauer illusorisch ist, so folgt, daß jene Regierung die Macht sich anmaßt, über die Freiheit der Staatsbürger in erster und letzter Instanz abzuurtheilen. Unglückliches Baiern, in wessen Händen bist Du! Eine Kreisstelle, deren Chef neben gänzlicher intellectueller Unfähigkeit leidenschaftliche Vorliebe für Pfaffenthum, absolute Gewalt, Censur und überhaupt für alle Institutionen der Finsterniß beurkundet; eine Kreisstelle, welche durch ihre gesetzwidrigen Gewaltschritte gegen die freie Presse, Unwissenheit und Abneigung wider die Verfassung an den Tag gelegt hat, eine solche Stelle darf in erster und letzter Instanz über die Freiheit der Staatsbürger entscheiden!! Und ein solcher empörender Unfug soll im Angesichte der Kammern ungestraft verübt werden können. Armes, unglückliches Vaterland — das ist deine constitutionelle Freiheit!

Deputirte des Volkes! wollt ihr dem rechtlosen Zustande eurer Mitbürger kein Ziel setzen? Wollt ihr die persönliche Freiheit gegen die rohe Gewalt der Censurritter nicht in Schutz nehmen? Wenn ihr aber eure Zustimmung geben wollt, daß die Staatsbürger von den Administrativstellen willkürlich verfolgt und, ohne daß sie ein Strafgesetz übertreten hätten, ihrer Freiheit nach Belieben beraubt werden können, wollt ihr denn zur Ehre der Civilisation nicht wenigstens die Form retten und darauf dringen, daß den Opfern der verfassungswidrigen Gewalt zum mindesten das Recht der Berufung eingeräumt werde? — Die Deputirtenkammer vom Jahre 1831 wird so tief sich nicht erniedrigen.

Das Gouvernement möge übrigens fortfahren, die gesetzwidrigen Gewaltschritte der untern Stellen in Schutz zu nehmen; es möge fortfahren, der Nation ihren rechtlosen Zustand durch Beispiele vor Augen zu stellen. Aus dieser Saat entspringt eine herrliche Aerndte; ja in der That eine große, segensreiche Aerndte, zwar nicht für den Thron, doch gewiß für das Volk. Der Einzelne wird leiden, aber das Ganze wird gewinnen. Das für die Freiheit kämpfende Individuum kann untergehen, aber das Volk wird im constitutionellen Geiste gebildet und groß gezogen. Nur noch kurze Zeit, und ihr werdet das Wunder sehen, daß das

*) Dieser Aufsatz war von der Censur gestrichen worden; da wir ihn gleichwohl in Nr. 75 der deutschen Tribüne abdrucken ließen, wurde das Blatt mit Beschlag belegt.

**) Es versteht sich auch, daß der Redacteur moralisch der Willkühr nie weichen, daher alle von der Censur ohne Allegation eines Gesetzes gestrichenen Stellen fortwährend abdrucken lassen wird.

Volk nicht mehr als kriechender Hund zu den Füßen seines Herrn liegt, sondern, zum Bewußtseyn der Menschenwürde erhoben, die Rechte freier Staatsbürger in ihrem ganzen Umfange zurückfordert.

Es lebe die Freiheit der Völker!

Deutschlands Erniedrigung.

Jeder Blick auf den politischen Zustand unseres Vaterlandes erfüllt das Gemüth mit Bekümmerniß, treibt das Blut in die Wangen und preßt dem betrübten Herzen das Geständniß ab: Deutschland, unser schönes Deutschland, liege noch immer im Zustande tiefster Erniedrigung. Die Aristokraten, welche wohl persönliche Interessen, aber kein Vaterland kennen, beherrschen die Könige und häufen durch sie täglich größeren Schimpf auf das Haupt der hochherzigen Deutschen. Das große, herrliche Reich, das von der Natur dazu bestimmt ist, den Scepter der Ordnung über Europa zu führen, das Land, das über den Frieden Europa's zu wachen berufen ist, dieses bedeutende, gewichtvolle Land hat keine Stimme in der europäischen Politik. Als bitteren Spott auf die verlorne Einheit des Vaterlandes, sitzen in Frankfurt am Main mehrere Diplomaten zusammen, welche sich die Organe eines deutschen Bundes nennen, der nicht existirt; die daher auch bei allen Fragen der europäischen Politik außer Thätigkeit bleiben, und sich bloß damit beschäftigen, die Geister in schimpfliche Fesseln zu schlagen, dem patriotischen Aufschwunge der Deutschen entgegen zu wirken, und die Völkerrechte, die Aufklärung und die Vaterlandsliebe zu unterdrücken. Die Aufrechterhaltung der schimpflichen, entehrenden Censur, Aufrechterhaltung des absoluten Königthums und Aufrechterhaltung der Zerrissenheit Deutschlands, also Krieg dem Rechte und der Aufklärung, Krieg allen volksthümlichen Institutionen und Krieg dem deutschen Patriotismus — dies ist die ruhmvolle Aufgabe des hohen deutschen Bundes. Wie man diese Aufgabe zu lösen verstand, zeigt der Zustand des Landes nach Außen und Innen. Ein Geistesdruck, der die Seele des freien Mannes mit der schmerzlichsten Entrüstung erfüllt, ruht auf unsern Brüdern in Oesterreich und Preußen. Diese unsere deutschen Mitbrüder dürfen nicht denken, nicht sprechen; sie sollen geistigtodte Automaten seyn, die bloß dasjenige denken und sprechen, was die Zwingherren ihnen anbefehlen. Und ein solches Loos ward den Völkern von eben den Königen zu Theil, die nur durch die namenlosen Opfer und Anstrengungen jener Völker Könige zu bleiben im Stande waren. Eine solche Tugend übten diese Könige, daß sie die Völker, durch deren Blut die von den Aristokraten verspielte Macht wieder errungen worden war, abermals unter die Zuchtruthe jener blödsinnigen Egoisten stellten, diese Völker mit Schimpf und Schande bedeckten, und mit Eifer denselben Weg verfolgten, der Deutschland vor dem Befreiungskriege unter fremde Herrschaft gebracht hatte. Doch nicht damit zufrieden, die eigenen Völker in Finsterniß und Knechtschaft zu erhalten, wollen Oesterreich und Preußen durch das Werkzeug des deutschen Bundes ihre Oberherrschaft auch über die andern deutschen Länder ausdehnen und insbesondere die nach Freiheit strebenden süddeutschen Völker unter Vormundschaft halten. In diesem Bemühen werden sie durch die Regierungen jener Länder unterstützt, die nicht in der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit, sondern in einer servilen Unterwürfigkeit und in einer demüthigen Vollstreckung der Befehle des absoluten Königthums ihren Ruhm suchen. Das ist der Fluch Deutschlands, daß selbst die Regierungen der constitutionellen Länder die ihnen dargebotene Macht der öffentlichen Meinung der Völker von sich weisen, und wegen des gleichen Interesses der constitutionellen und der absoluten Aristokraten nicht den Bund der Völker, sondern den Bund absolutistischer Ultra's suchen.

Daß die Völker geschaffen seyen, um einen Stoff zum Regieren abzugeben, daß die Interessen aristokratischer Familien jenen der Völker unbedingt vorzuziehen, daß den aristokratischen Zwecken im Nothfall ganze Generationen geopfert werden müssen, daß gegen solche Zwecke alle Pflichten des Rechts, der Civilisation und der Menschlichkeit dem Nichts gleich zu achten seyen — dies sind die obersten Regierungsgrundsätze der absoluten deutschen Cabinette. Der russisch-polnische Krieg und die Geschichte der Verpestung Europa's haben dies leider nur zu gründlich bewiesen. Um die Interessen der Familie Romanow zu befördern, verleugnet das Berliner Cabinet alle Gefühle der Menschlichkeit und leiht der Unterdrückung der polnischen Helden seine Hülfe; um die Familie Romanow in ihrer ungerechten Sache wider die Söhne des Ruhmes und der Freiheit zu unterstützen, unterhält Preußen directe Verbindungen mit dem verpesteten russischen Heere und giebt sein Volk der asiatischen Seuche Preiß; um der Familie Romanow den Besitz des polnischen Thrones zu erhalten, verletzt Oesterreich die Neutralität und sendet mit gefangenen polnischen Kriegern die Pest nach Ungarn; um der Familie Romanow das Uebergewicht in Europa zu sichern, hält der deutsche Bund das französische und deutsche Volk von der Befreiung Polens, von der neuen Organisation Europa's und von der Wiedergeburt Deutschlands ab; kurz um die Interessen der Familie Romanow zu befördern, muß Polen, Ungarn und Deutschland in der Knechtschaft und Finsterniß erhalten und die gegenwärtige Generation von Europa, durch die Verbreitung einer asiatischen Seuche, dem Tode geweiht werden. Hört es ihr, Deutschen! — Nachdem ihr 15 Jahre politisch todt waret, müßt ihr auch das physische Leben vollends aushauchen, weil die Familien Hohenzollern und Romanow dadurch Vortheile zu erringen glauben.

Es ist in der That Zeit, aus diesem Zustande der Erniedrigung sich zu erheben. Wer ist so feige, zu glauben, daß es kein Mittel gäbe, der tiefen Schande Deutschlands ein Ziel zu setzen. Gott gab uns ein Mittel, das zwar langsam wirkt, jedoch unfehlbar ist. Es besteht nicht in Auflehnung wider die Gesetze, nicht im Aufruhr, sondern in der

rechtmäßigen Opposition wider die verkehrten Regierungs-Systeme, durch Verkündung der öffentlichen Meinung der Völker. Das natürliche Organ der Volksstimme, die Presse, ist von den absoluten deutschen Mächten zwar in Fesseln gelegt, weil ihr Bewußtseyn ihnen sagt, daß sie alle Interessen der Völker mißhandeln; allein noch haben die Deutschen das Mittel der Adressen, noch stehen ihnen die Pressen im freien England, im nachbarlichen Frankreich und zum Theil sogar im südlichen Deutschland zu Gebote. Erhebt Euch, meine deutschen Brüder, zur Thatkraft, rüstet Euch aus mit der moralischen Macht eines freien, unabhängigen Mannes, haltet zwar fest an den Gesetzen, erfüllt Euer ganzes Wesen mit kalter, ruhiger Besonnenheit, um jede Lockung zu einem ungesetzlichen Schritte aus der freien Seele zu verbannen; aber tretet im rechtmäßigen Geisteskampfe den verblendeten Regierungen als entschlossene Männer entgegen. Macht dem gepreßten Herzen Luft und sprecht unerschrocken aus, was Alle fühlen, was Alle denken. Zeiget den Regierungen im treuen Spiegel ihre Feindseligkeiten wider Deutschlands Ruhm, Glück und Ehre; werdet nicht müde, durch Adressen aus allen Gegenden Deutschlands von Monat zu Monat, von Woche zu Woche und von Tag zu Tage die erschütternde Stimme der Wahrheit gegen die bethörten Regierungen zu erheben. Ihr werdet nicht vergebens zum Handeln Euch entschlossen haben: — darauf hat Gott die Welt gebaut, daß keine Macht, welche sie auch seyn möchte, der öffentlichen Meinung der Völker mit Erfolg zu widerstehen im Stande ist. Die Knaben am Geiste und Muth, welchen die bethörten Fürsten die Zügel der Gewalt überlassen, werden an einzelnen Kämpfern für Freiheit und Vaterland zwar empfindlich sich rächen; allein wer kann einen Mann sich nennen, der aus Liebe für seine physische Freiheit und sein persönliches Wohlbefinden jenen Knaben sich unterwerfen wollte? Wer für die deutsche Freiheit und für die Wiedergeburt des gemeinsamen Vaterlandes kämpft, der ist auch im Gefängnisse ein freier, glücklicher Mann; und wer aus Rücksicht für persönliches Wohlbefinden mit den Machthabern zur Unterdrückung der erwachenden Freiheit und des aufstrebenden Vaterlandes sich verbindet, der ist, auch im Besitze von Würden, Glücksgütern und physischer Freiheit, doch moralisch ein armer Bettler, ein bedauernswerther Sclave.

Es lebe die Freiheit! es lebe die constitutionelle Charte! — unter ihrer Aegide erstehe ein gemeinsames, mächtiges und glückliches Vaterland!

Ein ernstes Wort an die deutschen Regierungen in Bezug auf die Cholera.

(Dem Herrn Staatsrath Winter in Carlsruhe gewidmet.)

Der edle Fürst von Löwenstein-Wertheim, anerkennend den Beruf der Großen, sich die Leiden der Völker zu Herzen zu nehmen, sprach unlängst in der ersten Kammer der badischen Stände von der „Pflicht der „Regierungen, gegen die Cholera Maßregeln zu ergreifen, „welche geeignet seyn können, dem verderblichen Uebel „Einhalt zu thun. — Daß gemeinschaftliche Maß„regeln mit andern dabei betheiligten Nachbarstaaten ergrif„fen werden (fuhr der Fürst fort), scheint um deßwillen „höchst nothwendig zu seyn, weil sich davon ein weit günsti„gerer Erfolg hoffen läßt, als wenn solche Maßregeln von „Einer Regierung allein ausgehen. Auch wünsche ich, daß „das, was in dieser Beziehung geschieht, dem Publikum „bekannt gemacht werden möge, damit dasselbe nicht allzu„sehr überrascht werde, und damit nicht, wie in andern „Ländern, das Volk sich dagegen auflehnen und die wohl„gemeinten Absichten der Regierung vereiteln, zugleich aber „das Unglück dadurch noch vergrößern möge."

Man kann nicht einfacher und verständiger auf die große Angelegenheit aufmerksam machen. Auf jeden besonnenen Staatsbürger, auf jedes menschenfreundliche Gemüth hätte die Mahnung des erleuchteten Fürsten den tiefsten Eindruck machen, sie hätte jeden von der Würde seines Amtes durchdrungenen Staatsmann zum entschlossenen Handeln bestimmen müssen. Um so befremdender ist die Sprache, die der badische Regierungscommissär, Herr Staatsrath Winter, als Antwort auf die Frage des Fürsten für die angemessenste gehalten zu haben scheint. Nach dem Bericht öffentlicher Blätter nämlich erwiederte Herr Winter: „In dem Falle, daß wir das Unglück haben sollten, die „Cholera zu bekommen, sind die nöthigen Anstalten im „Stillen (!?! hört! hört!) getroffen worden, so z. B. „sind entlegene Häuser bestimmt, die zu Lazarethen ver„wendet und mit den gewöhnlichen Bedürfnissen versehen „werden müßten. Was das Ausland betrifft, so ist schon „zweimal nach München geschrieben worden, allein die „Baiern haben dieselbe Ansicht zu erkennen gegeben, wie „wir sie haben, nämlich daß ein militärischer Kordon nichts „helfe, dieß habe auch die Erfahrung gelehrt, man dürfe „sich nur auf das Beispiel von Oesterreich und Preußen „berufen, welch letzterer Staat zudem noch die Mittel nicht „aufbringen könne, diesen Kordon zu unterhalten. Nach „Aussage der Aerzte ist diese Krankheit epidemisch, aber „nicht contagiös, deßhalb darf man sie nicht so gefährlich „sich vorstellen; auch wird sie nie in dem Grade um sich „greifen, wie solches in den weniger cultivirten und civi„lisirten Staaten bisher der Fall war."

Wir entlehnen diese Antwort aus Nr. 245 der Allgemeinen Zeitung, die nicht gewohnt ist, aus unlauteren Quellen ihre Nachrichten zu schöpfen. Daher müssen wir die Rede des Herrn Staatsrath Winter für ächt halten, so schwer wir uns auch zu dem Glauben entschließen können, daß dieser bereits aus früherer Zeit (seiner aufgeklärten, dem Wohl des Landes zugewendeten Gesinnung wegen) bekannte und verehrte Staatsmann, in seiner Würde, als Minister des Innern in Baden, aus wahr-

haft nichtigen Gründen, die Bedürfnisse der Zeit als wenig beachtenswerth geschildert haben sollte. Nur mit Schrecken denken wir an die Möglichkeit, daß Herr Staatsrath Winter wirklich geredet haben könnte, wie öffentliche Blätter berichten. Und wer wird nicht erschrecken, wenn der Sprecher einer Regierung die gerechten Forderungen des Landes in der furchtbarsten Gefahr mit den heillosesten Behauptungen zurückweist, und ohne zu erröthen, öffentlich ein Dokument seiner Unwissenheit den Akten der ersten Kammer in Baden beilegt? Soll die Anmaßung eines unfehlbaren Glaubens, die Cholera sey nicht ansteckend, deutsche Völker beruhigen? Sollen sie dem Leichtsinn vertrauen, er werde sie gegen die Schrecken der Seuche zu schützen wissen, obgleich derselbe in seiner Suffisance sich einbildet, die Krankheit sey „nicht so (wie?) gefährlich?" Wir wissen nicht, welche Anstalten von der badischen Regierung „im Stillen" getroffen worden; aber wir erkennen, daß ihr Commissär eine Ansicht laut ausgesprochen habe, welche, unter civilisirten Völkern, nur aus dem Gegentheil der Intelligenz zu erklären wäre. Wo sind die Aerzte, die mit apodiktischer Gewißheit zu behaupten wagen, die Cholera sey nicht contagiös? Wenn man sich des Ausdrucks bedient: „nach Aussage der Aerzte," so sagt man damit: alle Aerzte. Doch weiß Jeder, der die Mühe nicht scheute, sich gründlich über diese Angelegenheit zu unterrichten, daß in den Ländern, wo die Krankheit anschaulich beobachtet werden konnte, die besonnensten Aerzte von der Fortpflanzung der Seuche durch Ansteckung überzeugt waren? Haben in Carlsruhe einige Aerzte dem Herrn Staatsrath eine andere Meinung beizubringen gesucht, so hätte er bei ihren Theorien sich nicht beruhigen sollen. Es ist überdem vorauszusehen, daß mehrere Aerzte in Baden gegen die ihnen zugeschriebene Aussage sich in öffentlichen Schriften verwahren werden.

Wer die Geschichte der Verbreitung dieser Seuche studirt hat, kann den Zusammenhang ihrer Wanderung und sonach die Ansteckung leicht nachweisen. Aus Ostindien, ihrem ursprünglichen Sitz, wurde sie nach Persien verführt, wo russische Krieger mit ihr in Berührung kamen, und von ihr angesteckt sie nach dem Kaukasus und nach Astrachan brachten, von wo aus ihr der Weg in's russische Reich gebahnt war. Durch Karavanen kam sie nach Moskau und Nowogorod, und immer weiter sich verbreitend, erfüllte sie bald alle westlichen russischen Provinzen mit ihren Schrecken. „Diese Krankheit (heißt es in dem russisch-kaiserlichen Ukas vom 1. (13.) August) wüthete um so verderblicher, als bei den ununterbrochenen Evolutionen der Armee die durch Erfahrung bewährten Präservative und Heilmittel nicht angewendet werden konnten." — Die Präservativ-Mittel bestanden vorzüglich in Absonderung der angesteckten Orte; es ist begreiflich, daß, bei den fortwährenden Truppenzügen, die Absonderung unmöglich wurde. — In Polen zeigte sich die Krankheit erst, nachdem der Krieg die polnischen Soldaten mit den russischen in Berührung gebracht hatte. Nach Gallizien kam sie, als polnische und russische Truppen sich der Gränze näherten; sie verbreitete sich bis in diese Provinzen, weil, im Vertrauen auf den von Wien ausgegangenen Glauben an Nicht-Ansteckung, der Kordon nicht mit der nöthigen Strenge die Communication verhütet hatte. Nach Preußen kam sie offenbar durch russische Schiffe und durch den Verkehr mit Russen und Polen. So lassen sich die Reisen der Seuche Schritt für Schritt verfolgen. — Wo man Sprünge derselben zu bemerken glaubte, ist deßwegen die Selbstentstehung noch nicht erwiesen. Ehe sie den aus der Geschichte der letzten Jahre bekannten Zug aus Indien nahm; hat man nie in Europa einzelne Fälle oder Epidemien der durch einen eigenen Charakter ausgezeichneten indischen Cholera wahrzunehmen Gelegenheit gehabt. Wenn sie sich selbst erzeugen kann, warum that sie dies nicht früher? Sie kam offenbar durch Ansteckung nach Europa. Die sogenannten Sprünge aber lassen sich (ohne die Selbsterzeugung anzunehmen) viel einfacher aus einer Fortpflanzung durch Waaren erklären. — Auch Menschen, die nicht von der Cholera angesteckt sind, können, mittelst ihrer Kleidung, die Träger derselben seyn, so daß nicht immer eine unmittelbare Berührung der Kranken vorausgehen müßte. Nach diesen Erfahrungen und Beobachtungen wird jeder unbefangene Denker die Behauptung der Nichtansteckbarkeit für rein theoretisch und verdächtig zu halten geneigt seyn.

Selbst die Aerzte, die nicht an Contagiosität der Cholera glaubten, haben es nur wahrscheinlich zu machen gesucht, daß die Seuche, auch ohne nachzuweisende Berührung mit verpesteten Personen oder Stoffen, sich gleichsam von selbst erzeugen könne, wogegen dann keine Absonderung schützen werde. Keinem aber, soviel wir wissen, ist es eingefallen, alle Vorsichtsmaßregeln für schlechthin unnütz zu erklären. Sie machten nur darauf aufmerksam, daß trotz jenen Maßregeln die Verbreitung der Krankheit, gleich einer Epidemie, möglich sey. — Aus dem Umstande aber, daß in vielen Fällen die Ansteckung durch Berührung nicht zu erweisen war, folgt keineswegs, daß wirklich keine Berührung mit verpesteten Stoffen Statt gefunden habe. Man kennt nicht einmal alle Stoffe, welche Träger der Seuche seyn können; wie will man also mit Sicherheit bestimmen, daß bei der tausendfachen Berührung mit den verschiedensten Stoffen (welcher Berührung jeder Mensch, zumal in Handelstädten, sich täglich aussetzt) eine Ansteckung schlechthin unmöglich gewesen? Sollte es auch möglich seyn, daß in einzelnen Fällen die Krankheit in dem Körper des Erkrankten sich unmittelbar erzeugt habe, so sind diese seltenen Fälle noch kein widerlegender Beweis gegen die tausend und tausend Beispiele einer offenbaren Mittheilung durch Ansteckung, welche dann durch Vorsichtsmaßregeln hätte vermieden werden können. — Andere Fälle, wo eine wirkliche Berührung Statt hatte, ohne daß Ansteckung erfolgte, können eben so wenig die Nicht-Contagiosität der Seuche beweisen. Die Aerzte wissen, daß in vielen Fällen neben ei-

nem von den Blattern befallenen Kinde ein anderes Kind in seiner Nähe (vielleicht mit jenem in einem Bette schlafend) dennoch nicht angesteckt wurde; erst nach Jahren vielleicht wurde dieses zweite Kind von der Krankheit ergriffen. Ebenso sind Beispiele bekannt, daß die Blattern plötzlich in einem ganz gesunden Orte entstanden, ohne daß man die Ansteckung erweisen konnte. Folgt daraus, daß die Blattern nicht contagiös sind? Nein, diese Fälle beweisen nur, was alle Aerzte wissen, daß jede Krankheit nur dann die Individuen ergreift, wenn sie bei ihnen eine gewisse Empfänglichkeit für dieselben antrifft. Worin diese Disposition bestehe, ist schwer zu bestimmen. Aerzte, welche die Cholera beobachteten, bemerkten, daß die Empfänglichkeit am stärksten bei unreinlichen, schlecht genährten, dem Trunke ergebenen, sowie bei furchtsamen Personen, sich ausgewiesen habe. Damit aber konnten sie nicht behaupten, daß bei Reinlichkeit, einfacher, gut bereiteter Nahrung, bei Nüchternheit und Muth die Empfänglichkeit schlechthin unmöglich sey. Keine durch Induction abgeleitete Erfahrung hat absolute Gewißheit; noch weniger kann solche den Theorien zugeschrieben werden, die sich bloß auf Hypothesen stützen. Darum zeugt es von Mangel an Verstand und Umsicht, wenn man in Fällen, wo es das Leben von Tausenden gilt, aus Bequemlichkeit oder Sparsamkeit, sich an eine einseitige Theorie hält, und aus Vorliebe für dieselbe die Sorge vergißt, welche eine Regierung dem Staate schuldig ist. Nicht Scheu vor Arbeit und Kosten, nicht verworrene Begriffe confuser Köpfe, nicht die Vorspiegelungen des Krämergeistes, sondern die Anerkennung ihrer heiligen Pflicht soll die Regierung leiten. — Soviel ist wenigstens gewiß, daß die achtbarsten Stimmen sich für Contagiösität der Cholera ausgesprochen haben. Der Widerspruch dagegen ist bloß theoretisch. Keine Regierung darf sich anmaßen, entscheiden zu wollen, welche von zwei sich widersprechenden Theorien die wahre sey. Selbst der Absolutismus muß hier die ihm von der Natur gesetzten Schranken anerkennen. Jeder Regierung, sie sey absolut oder constitutionell, liegt die unerläßliche Pflicht ob, die Erfahrung — nicht nach einzelnen Fällen, sondern im Großen zu befragen. In dieser Beziehung gibt die preußische Staatszeitung eine höchst belehrende, vergleichende Uebersicht der in verschiedenen Städten an der Cholera Erkrankten, Genesenen und Gestorbenen. Daraus geht hervor, daß in Städten, wo die Kranken nicht von den Gesunden gesondert wurden, unter 1000 Einwohnern 80 bis 108, ja in Brody sogar 193 erkrankten. In Städten, wo theilweise Sonderung Statt fand, erkrankten dagegen unter 1000 Einw. nur 22 bis 68. Bei strenger Sonderung aber erkrankten unter 1000 Einw. nur 14, und bei Häusersperre nur 10 bis 12 unter 1000 Einwohnern. Diese Thatsachen sind die sprechendste Erfahrung, welche von einer umsichtigen Staatsverwaltung zu Rathe gezogen werden sollte. Unstreitig wurde jene lehrreiche Uebersicht auf Befehl der preußischen Regierung bekannt gemacht, welche durch das einfache Argument der Zahlen die gefährliche Theorie der Nicht-Ansteckung widerlegen wollte. In gleicher Absicht theilt die preußische Staatszeitung ein der Beachtung würdiges Schreiben des Herrn Doctor Bidder, Inspektors der kurländischen Medizinalverwaltung, an die preußische Immediat-Commission zur Abwehrung der Cholera, mit. Dieser erfahrene Arzt sagt: „Alle Beobachtungen, die ich seit dem 20. Mai (bis zum 19. August) in Mitau und Kurland gemacht habe, bestätigen die zwar schwache und bedingte, aber unläugbare Contagiosität der Cholera, und den großen Nutzen der Absperrung der infizirten Häuser, Höfe und Ortschaften und der zeitigen Errichtung besonderer Cholera-Hospitäler, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Absperrung ehrlich gemeint und streng vollzogen werde. — Alle Aerzte Kurlands sind mit mir der Ueberzeugung, daß die Cholera rein contagiös ist, und daß die Behauptung von ihrer selbstständigen Entstehung und epidemischen Verbreitung in das Gebiet der völlig unerwiesenen und unerweislichen Hypothesen gehört. Diese Behauptung ist stets von großen Handelsstädten ausgegangen." — Erwägt man diese unzweideutigen Aussagen der Erfahrung, so wird man nicht geneigt, den Aussagen der Aerzte des Herrn Staatsraths Winter irgend ein Gewicht beizulegen. Ja man geräth, bei dem hohen Interesse, das hier zu beachten ist, in gerechte Entrüstung über die Kühnheit des badischen Ministers, der die Erfahrung recht eigentlich verdreht, indem er behauptet, die Erfahrung habe in Preußen und Oesterreich bewiesen, „daß ein militärischer Kordon nichts helfe." Was Preußen betrifft, so erhellet aus der bekannten Königsberger Adresse, *) daß nicht wegen Unnützlichkeit des Kordons die Krankheit ins Land drang, sondern weil „die Vorkehrungen zur Verpflegung der russischen Truppen, obgleich sie die meiste Gefahr brachten, nicht unterbrochen wurden, und weil dabei alle Hebel des Eigennutzes „in Bewegung gesetzt wurden, und Contraventionen aller „Art von einer (der russischen) Seite, sowie Convenienzen, „Exemtionen und Dispensationen von der andern (der preußischen) Seite jeder Ordnung Hohn sprachen. — „Die preußische Immediat-Commission zur Abwehrung der „Cholera verlangte von der Regierung in Königsberg, daß „den russischen Transportschiffen (welche die Pest nach Danzig gebracht hatten) ein Landungsplatz bei Pillau ausgemittelt werde; ja diese Behörde zur Abwehrung der Cholera, verlangte sogar, daß die Bastmatten, worin das russische Mehl sich befand, obgleich sie zu den giftsaugendsten Gegenständen gehören, und deßhalb nach der „allgemeinen Vorschrift verbrannt werden sollten, in diesem Falle ausnahmsweise mit dem Mehl versandt „werden dürfen." — So lautet die durch unverdächtiges Zeugniß beglaubigte Erfahrung, die der badische Herr Minister als Beweis vorspiegelt, daß militärische Kordone nichts

*) Wir erinnern hier an diese Adresse, nicht ihrer politischen Wichtigkeit wegen, sondern weil sie, in Absicht auf die Cholera, Thatsachen anführt, die nicht widerlegt wurden, und nicht widerlegt werden können.

helfen. Nicht besser steht es mit seiner Erfahrung in Oesterreich aus. Es ist allgemein bekannt, daß des Chefs des Medizinalwesens, Herrn Leibarzt Stifts, Theorie von Nicht-Ansteckbarkeit der Cholera der Grund war, warum Anfangs bei Ausstellung des Kordons kein rechter Ernst gezeigt wurde. Darum erhielt in Wien die Cholera den Namen: „Gestiftete Krankheit." — Die sodann in Ungarn angeordneten zweckmäßigen Maaßregeln scheiterten an der Unwissenheit und Brutalität des gemeinen Volks, dessen furchtbare geistige Verwilderung bei dieser Gelegenheit an den Tag kam. Dies waren die Erfahrungen im österreichischen Kaiserstaate, nicht aber daß Militär-Kordone nichts helfen.

Wir denken, Herr Staatsrath Winter wird sich keine Autorität anmaßen wollen, die Aussprüche der Erfahrung zum eigenen bequemen Gebrauch deuten zu dürfen. Auf jeden Fall können wir seiner Autorität eine höhere entgegenstellen. Se. Maj. der Kaiser von Rußland hat in einem Ukas vom 6. (18.) August d. J. feierlich die Nothwendigkeit der Schutzmittel anerkannt, und zugleich offen erklärt, daß „bei der „Ausführung strenger polizeilicher Maaßregeln, die Regierung „hier und da auf Schwierigkeiten stieß von Seiten des gemeinen Volkes. Statt sich den für die allgemeine Rettung ge„troffenen Maaßregeln willig zu unterwerfen, suchten leicht„fertige Leute an mehreren Orten derselben entgegenzuwir„ken, blos deswegen, weil jene Maaßregeln ihrer gewohnten „Lebensweise nicht zusprachen, und mit ihren Industrievor„theilen nicht vereinigt werden konnten. Durch wachsame „und strenge Aufsicht wurden die Schwierigkeiten indessen ge„hoben. — Die Beobachtung der Quarantainevorschriften „sicherte viele Städte und die Hauptstadt selbst, von welcher „letzteren die Seuche schon damals nicht mehr weit entfernt „war. Mit dem Anfange des Frühlings wies die Erschei„nung der Cholera in Riga 2c. auf die Nothwendigkeit der „Quarantainen für St. Petersburgs Sicherheit. — Unver„züglich wurden alle schon im vergangenen Jahre verbreite„ten Maaßregeln ergriffen. Allein das gemeine Volk, an „der Nothwendigkeit und dem Nutzen derselben zweifelnd und „von Uebelwollenden aufgehetzt, wagte es, sich den Anord„nungen der Vorgesetzten mit Gewalt zu widersetzen 2c. — „Es verbreiteten sich die ungereimtesten Gerüchte über die „vermeintlichen Ursachen der sichtbaren Sterblichkeit. Ohne „Rücksicht auf die von der Regierung zur Beruhigung des „Volkes mitgetheilten Bekanntmachungen, zweifelten die „Leichtgläubigen an der Existenz einer ansteckenden Krankheit, „von der man bisher in Rußland nichts gehört hatte 2c. — „Wir sind überzeugt, daß alle Unsere getreuen Unterthanen „gleichen Unwillen über den verbrecherischen Versuch der Leute „hegen, die sich erfrechten, Unserer väterlichen Sorgfalt ent„gegen zu wirken. — An denjenigen Orten, deren Bewohner „mit Ergebung allen Befehlen der Regierung Folge leisteten, „wurde der Keim der Epidemie in kurzer Zeit erstickt 2c." Zum Schlusse ermahnt der Kaiser „zur Anwendung aller

„Mittel, welche dem Menschen die ihm von Gott geschenkte „Vernunft an die Hand giebt."

In Rußland also verbreitete sich die Seuche, weil der rohe Unverstand des Volkes, im Zweifel an der Existenz der ansteckenden Krankheit, sich den weisen Maaßregeln der Regierung widersetzte und solche unausführbar machte, nicht aber, weil sich Kordone und Quarantaineanstalten als unnütz erwiesen hatten. — Allerdings ist „in civilisirten Staaten" keine Widersetzlichkeit des Volkes gegen weise Maaßregeln der Regierungen zu befürchten; wenn aber die Meinung jenes „gemeinen barbarischen Volkes", daß die Cholera keine ansteckende Krankheit sey, von der Regierung eines civilisirten Volkes angenommen und als die ihrige bekannt würde, wenn die Regierung, in Folge dieser Meinung, die Aufstellung nöthiger Anstalten versäumte, und der furchtbaren Seuche Thor und Thür öffnete, dann wäre, gerade unter einem civilisirten Volke, es möglich und sogar wahrscheinlich, daß das Volk, indem es sich, durch den Unverstand und die Nachläßigkeit der Behörden, allen Schrecken der Pest Preis gegeben sieht, in seiner Verzweiflung zu Gewaltthätigkeiten Zuflucht nimmt und die Schuldigen seiner Rache opfert. — Es ist die Pflicht redlicher Männer, die Regierungen auf solche Gefahr aufmerksam zu machen, und so laut, als es dem Einzelnen möglich ist, an den Ernst der Sache zu erinnern, damit, so lange es noch Zeit ist, mit Energie und Gewissenhaftigkeit die unabweislichen Anstalten getroffen werden, und die Anwendung der bewährten Schutzmittel durch strenge Wachsamkeit gesichert seyn möge.

Herr Staatsrath Winter hat endlich behauptet, „die Baiern hätten, auf zweimalige Anfrage, dieselbe Ansicht zu erkennen gegeben, wie sie die badische Regierung habe, nämlich, daß ein militärischer Kordon nichts helfe.„ Hierauf hat die Münchener politische Zeitung vom 9. Sept. Folgendes geantwortet: „Zur Berichtigung dieser Angabe wird es „wahrscheinlich vollkommen genügen, auf die in Baiern statt„gefundene faktische Anordnung der außerordentlichen Gränz„bewachungs- und Kordonanstalten hinzuweisen; hierdurch „hat die baierische Staatsregierung ihre Ansichten über die „Wirksamkeit des militärischen Kordons deutlich und mit der „Ueberzeugung ausgesprochen, daß solche Anstalten, wie die „Erfahrung lehret, ihre Bestimmung nicht verfehlen." — Wenn diesem Artikel, wie es scheint, ein offizieller Charakter beizulegen ist, so verdient es unstreitig mit Dank als eine weise Vorsicht der Regierung anerkannt zu werden, daß sie der Nothwendigkeit nachgab, sich öffentlich über ihre, durch den badischen Minister compromitirte Ansicht zu erklären. Indessen erlauben wir uns hierbei zu bemerken, daß es zur Beruhigung der Gemüther noch nicht genügend scheint, blos auf die Anordnung einer Kordonanstalt hinzuweisen; es kommt vielmehr darauf an, durch ausführliche öffentliche Berichte, den Beweis zu führen, daß die Anstalt zweckmäßig eingerichtet sey, daß alle nöthigen Vorsichtsmaaßregeln getroffen worden, und daß mit Ernst und Strenge auf Beobachtung der Vorschriften gewacht werde. Denn aller-

dings haben sich die Kordons da als unnütz ausgewiesen, wo dem Leichtsinn, der Gewinnsucht und dem Geize erlaubt wurde, die Vorschriften zu umgehen; wo man, aus einer sehr übel angebrachten Sparsamkeit, die Gränzen nur an einzelnen Stellen, gleichsam zum Schein, bewachte, und den Verkehr mit angesteckten Ländern, aus politischen oder ökonomischen Gründen, durch strafbare Nachsicht begünstigte. Darum, wir wiederholen es, ist die bloße Hinweisung auf eine in ihrem Detail gänzlich unbekannte Anordnung keineswegs genügend und beruhigend. Es ist vielmehr schlechthin und unerläßig nothwendig, daß die Anordnungen in ihrem Umfange und in ihren Einzelnheiten ausführlich dem Volke bekannt gemacht, und daß den öffentlichen Stimmen ungekränkt vergönnt werde, ihre mit Gründen unterstützten Bemerkungen über etwaige Mängel der Anstalten ebenfalls dem Publikum vorzulegen. Auf diese von der gesunden Vernunft diktirten Forderungen scheint, namentlich in Baiern, Rücksicht zu nehmen um so nothwendiger, als verlauten will, daß bei unseren ausgedehnten Gränzen, die Zahl der zur Bildung eines Kordons aufgestellten Truppen bei weitem nicht hinreichend sey; ja, daß selbst für die Beherbergung und Verpflegung der dabei verwendeten Mannschaft nicht von allen Landgerichten die nöthige Fürsorge getroffen werde; endlich, daß die Vorschrift nur in allgemeinen Ausdrücken abgefaßt, alles Detail aber der Willkühr der Beamten überlassen wurde. Wir maßen uns nicht an, diese Gerüchte für durchaus gegründet zu erklären; aber wir sind, bei dem bisherigen Schweigen der Regierung, auch außer Stande über die Unglaubwürdigkeit derselben zu urtheilen. Ja, wir können nicht leugnen, daß die Sage: Baiern habe sich geweigert dem Antrage benachbarter Regierungen Gehör zu geben, als diese sich zu gemeinschaftlichen Anstalten erboten, durch die Rede des Staatsrath Winter einen hohen Grad von Glaubwürdigkeit erlangt habe. Solche Weigerung ist durch den Artikel der Münchener politischen Zeitung nicht abgeleugnet worden. Doch hatte sich die öffentliche Meinung von mehreren Seiten mit Nachdruck und Bestimmtheit für die Nothwendigkeit gemeinschaftlicher Anordnungen erklärt; die Unzulänglichkeit blos baierischer Truppen konnte kaum geleugnet werden, und das Erbieten der Nachbarn zu vereinter Anstrengung, war der höchsten Beachtung würdig.

Wenn wir sonach zur öffentlichen Bekanntmachung der zum Schutz gegen die Cholera ergriffenen Maaßregeln, wenn wir gleichsam zur öffentlichen Verhandlung dieser in ihrer Furchtbarkeit großen Angelegenheit auffordern, so könnte uns dieses nur von dem Unverstande als eine Feindseligkeit gegen die Regierungen ausgelegt werden. Wir haben vielmehr im Interesse der Regierungen, der Fürsten und der Völker, ja im Interesse der Menschheit gesprochen; die unumwundene Freimüthigkeit, mit welcher wir unsere Betrachtungen dem Publikum vorlegen, wird um so weniger Tadel verdienen, als sie durch die Noth der Zeit gerechtfertigt, ja geboten ist.

Ueber deutsche Politik. *)

Es konnte lange in Deutschland nur von einer österreichischen oder preußischen Politik die Rede sey; eine rein deutsche Politik war unmöglich, weil der deutsche Bund die andern Staaten unter die Suprematie der beiden Großmächte gestellt hatte, und unsere Regierungen erst von Wien oder Berlin den Impuls ihrer Politik einholen mußten. Seit einem Jahr jedoch haben sich die deutschen Verhältnisse wesentlich verändert; die Völker haben in Braunschweig, Hessen-Cassel und im Königreich Sachsen ihre Rechte auf eine Weise durchgesetzt und behauptet, welche unmöglich den Beifall jener Mächte erhalten konnte; gleichwohl mußte die Zustimmung der eigenen Regierungen ohne höhere Erlaubniß unverweigerlich ertheilt werden. Die repräsentativen Stände, namentlich in Baden und Baiern, offenbarten einen Geist der Selbstständigkeit, der sich muthig erwies selbst in den Bemühungen, jene Fesseln abzustreifen, welche der deutsche Bund der Entfaltung des constitutionellen Lebens angelegt hatte; die so kraftvollen als gediegenen Reden mehrerer Abgeordneten in Carlsruhe und München gegen die vom Bundestage ausgegangene schmähliche Maßregel der Censur bewies, daß Deutschland seiner Emancipation entgegen geht. Zugleich nahm die Journalistik (die unentbehrliche Stütze der Repräsentativ-Regierung) vorzüglich in Baiern, einen Aufschwung, der bisher in Deutschland unerhört war; das „Würzburger Volksblatt" trat zuerst kühn dem seit dem Eintritt des Herrn v. Schenk in's Ministerium veränderten, illiberal gewordenen Geist der baierischen Regierung entgegen und griff unerschrocken die Maaßregeln derselben an; beschränkte sich aber, die auswärtige Politik ausschließend, nur auf Vertheidigung der baierischen Nationalinteressen. Nach Erscheinung der gegen die Wahlfreiheit und gegen die Presse gerichteten baierischen Verordnungen, die in Baiern selbst, in der Kammer und in vielen Druckschriften den Polignac'schen berüchtigten Ordonnanzen gleichgestellt wurden, mußte das Würzburger Volksblatt zuerst der Gewalt weichen, und seine patriotische Bemühungen auf günstigere Zeiten aufsparen. Aber jene Ordonnanzen brachten der Regierung keinen Vortheil, sondern riefen in der Kammer eine Opposition hervor, die recht eigentlich durch die Mißgriffe des unpopulären Ministers erstarkte und in ihren Kämpfen gegen diesen Günstling zum vollen Bewußtseyn ihrer Kraft gelangte. Auch die Presse, noch mitten unter dem Einflusse der geisttödtenden Ordonnanzen, wußte bald, gestützt auf die gewonnene Selbstständigkeit der Kammer, sich freie Bahn zu machen und trat gegen die unleidlich gewordenen Gebrechen nicht nur von Baiern, sondern ganz Deutschland, selbst von Preußen und Oesterreich kühner als je hervor. Betrachten wir nun die Revolutionen in einigen norddeutschen Staaten, betrachten wir die unerschrockene Sprache, die würdige Haltung der Kammern in Baden und Baiern, betrachten wir

*) Der vorstehende Aufsatz war für ein Journal in einem andern constitutionellen Staate bestimmt; die absolute Censur hat denselben jedoch gestrichen, weßhalb er uns mitgetheilt wurde. Wir bemerken hiebei dem Herrn Einsender, daß die Stelle, welche die „deutsche Tribüne" betrifft, in unserem Blatte nicht wohl Platz finden konnte.

endlich den Aufschwung der deutschen Presse, so müssen wir anerkennen, daß Deutschland entschieden eine fremde Vormundschaft bekämpft und den Weg sich eröffnet, eine selbstständige Politik geltend zu machen. Betrübend ist es allerdings, bei diesem Anlaß bemerken zu müssen, daß alle Versuche, die Emancipation zu erringen, nur von den Völkern ausgingen, und daß der glückliche Erfolg den Regierungen fast abgetrotzt werden mußte. Mit Ausnahme eines Einzigen, dessen frühe Bemühungen aber kalt von den andern aufgenommen wurden, und ihm überdem die Feindschaft der Großmächte zuzogen; mit dieser ruhmvollen Ausnahme, hat kein anderer deutscher Fürst offene und entschiedene Neigung gezeigt, mit dem Geiste der Zeit sich aufrichtig zu versöhnen, um die Völker, durch Anerkennung und Befriedigung ihrer Bedürfnisse, sich verdient zu machen, und dadurch ihrer Anhänglichkeit eine neue, festere Basis zu geben. Ueberall blickte im Gegentheil ein ängstliches, wir möchten fast sagen — ein kleinliches Mißtrauen gegen die Stimmen des Volks bei allen Zugeständnissen hindurch, welche man nicht der Ueberzeugung des Vortheils, sondern nur der Gewalt der Umstände brachte. Und so ist eine ächte deutsche Politik noch bis auf den heutigen Tag nicht von der erleuchteten Einsicht der Regierungen, sondern nur von den fortgesetzten Kämpfen der Völker zu erwarten. Niederschlagend und beunruhigend muß dieß für jeden deutschen Patrioten seyn, der die Fürsten lieber an der Spitze der unaufhaltsamen Bewegung des Jahrhunderts sähe, als im Gefolge der Vertheidiger eines Systems, das nun einmal von allen großen Interessen der Zeit zurückgewiesen wird. Solches Beharren auf einer Bahn, die nicht mehr zum Ruhme führt, enthüllt ein Entfremden von dem Sinne der Völker, der das glücklich bestandene Band zwischen Fürst und Volk zu lösen droht, weil die Völker nun einmal, nicht von einseitigen Theorien verführt, sondern durch die Gewalt der Dinge fast willenlos getrieben, den Kampf für Sicherung ihrer Rechte fortsetzen und zum günstigen Ausgange bringen müssen. Darum wird der Kampf für Emanzipation von der Bevormundung durch den Adel oder durch auswärtige Kabinete zunächst der Inhalt und der Zweck der deutschen Politik seyn. Dieser Kampf kann, zum allgemeinen Vortheil, bedeutend abgekürzt, ja gänzlich beigelegt werden, wenn die Regierungen aufrichtig sich mit dem Genius der Zeit versöhnen und sichere Bürgschaft geben, gegen die nur dem Adel und dem Fremden zu gut kommende Herrschaft der Willkühr; wenn sie auf die unfruchtbare Ehre verzichten, Fürsten im finstern Sinn der Feudalzeiten zu seyn, und nach dem Ruhme streben, Fürsten nach der erleuchteten Einsicht des neunzehnten Jahrhunderts zu werden. Darf sich Deutschland einer solchen edlen Vereinigung der Fürsten mit ihren Völkern erfreuen, so wird es dann nicht schwer werden, einer deutschen Politik Ansehen und Macht zu erwerben. Wir wollen und können nicht behaupten, daß diese Politik nothwendig und jederzeit mit jener des österreichischen oder des preußischen Kabinets im Widerspruche stehen müsse; aber die Erfahrung hat gelehrt, daß ein willenloses Anschließen an die Ansichten von Wien oder Berlin alle die Wirren herbeigeführt habe, welche die neuen, oben bezeichneten Veränderungen in dem Zustande der deutschen Staaten nothwendig machten. Oesterreich und Preußen haben, als europäische Mächte, nicht stets gleiche Interessen mit den rein deutschen Staaten; es ist daher nothwendig, daß letztere ihre Kräfte vereinigen — zur Vertheidigung der rein deutschen Interessen. Von dem Augenblicke, wo solche Vereinigung durch die That bewiesen ist, wird die deutsche Politik ihr Fundament und ihr Ziel, ihren Inhalt und ihre Richtung gefunden haben. Glücklich, wenn das Ereigniß durch die Fürsten herbeigeführt wird; schwerer, kostbarer, doch unfehlbar wird der Zweck erreicht werden, wenn er bloß von den Kämpfen der Völker zu erwarten wäre.

Politische Miszellen.

Jean Paul sagt in einer seiner Schriften: „Jetzt bauten auch gewisse Fürsten die Geister ihrer Unterthanen mit Eifer an, jedoch aber so, daß sie diesem geistigen Wachsthum eine gewisse Grenze setzten, sowie, um ein gemeines Beispiel zu gebrauchen, die Bierbrauer die Malzkörner durch Treibhauskünste keimen, aber den Keim nicht länger als zwei Linien eines Zolls aufschießen ließen, weil sie sonst auf dem Dürrofen zu keinem tauglichen Malz umwelkten." — Ein Motto z. B. auf den Titel einer Geschichte Preußens. Die Censur sorgt, daß der Keim nicht zu drei Linien heranwächst, und der Minister des öffentlichen Unterrichts befiehlt, daß das Wort Politik aus den Wörterbüchern der Jugend gestrichen wird.

Absolute Monarchie. Es gibt Zeiten, wo sie möglich, wo sie wohlthätig ist; es gibt andere Zeiten, in denen sie verderblich selbst für diejenigen wird, welche in ihrem unbestrittenen Besitz sind. Wie will man regieren, wenn man sein Jahrhundert nicht versteht? Und dann, die absolute Monarchie ist in aufgeregten Zeiten nur mächtig, wenn ein großer Geist ihre Mittel zu brauchen versteht; in der Hand eines schwachköpfigen Fürsten ist sie die schwächste aller Regierungsformen. — Männer von Geist haben jederzeit Achtung für die Freiheit der Geister; denn sie wünschen zu überreden und dadurch zu herrschen. Mittelmäßige Menschen dagegen wollen nur befehlen, ohne die moralische Macht zu besitzen, die allein den Befehlen ihre Würde und Nothwendigkeit gibt. Ein Spiel ihrer Launen seyn, nennen sie regieren.

Oeffentliche Meinung. Sie zu kennen ist das erste Bedürfniß der Fürsten; denn sie regieren die Menschen nur durch die Meinung und mit derselben. Die Meinung der Camarilla, der Polizei, der Censur, oder schmeichelnder Minister ist nicht die des Volks; diese Leute haben keine andere Meinung, als wie sie sich dem Fürsten nothwendig machen können. Die öffentliche Meinung dagegen ist auf die allgemeinen Bedürfnisse gerichtet; diese zu befriedigen ist die Pflicht der Fürsten. Nur indem sie die Pflicht erfüllen, können sie sich ihre Macht versichern. Der Feind der Interessen einer Nation kann nicht ihr Fürst seyn.

Das liberale Deutschland.

Eine censurfreie Zeitschrift.

Herausgegeben

von

J. G. A. Wirth.

München. **Nro. 6.** 10. November 1831.

Betrachtungen über das badische Preßgesetz.

Erster Artikel.

Der Gedanke, die Censurfreiheit nur mit der Einschränkung auf die Angelegenheiten eines einzelnen Bundesstaates zu bewilligen, hat das Unglück, zu spät zu kommen; wir leben in einer Zeit, wo der vieljährige Widerstand gegen alle Volkswünsche sie auf den Gipfel der Konsequenz getrieben hat. Vielleicht, daß er noch vor einem Jahre zugereicht hätte, das Verlangen nach vollständiger Preßfreiheit provisorisch zu beschwichtigen: jetzt ist er dazu zu schwach. Es läßt sich mit Grund gegen das Anerbieten einwenden, daß es von dem Gebiete der deutschen Politik nur $\frac{1}{38}$ freigiebt, und uns auf eine schlimme Mittelstraße führt, wo wir Censur und Strafgesetz neben einander antreffen. Es wäre unbegreiflich, wie man sich von einem solchen Vorschlage einigen Erfolg versprechen könnte, wenn er nicht auf die Schwäche berechnet wäre, welche jederzeit inkonsequent ist, und auch mit dem höchsten Aufschwung nicht sattelgerecht zu sitzen kommt. So ist es eine gewöhnliche Kleinstädterei, niemals einen großen Schritt zu thun, sondern ihn lieber, wenn es ja einmal seyn muß, in ein Dutzend kleine zu theilen. Die Leute von diesem Schlag fühlen sich nirgends wohl, als in einem geschlossenen Kreise, dessen Ende sie auf allen Seiten mit den Händen erreichen können, und wenn eine gewaltige Zeit Miene macht, ihnen diese geliebten Schranken wegzuziehen, und die Aussicht in das Freie zu öffnen, so wird ihnen ängstlich und unheimlich zu Muthe, wie etwa einem verirrten Kind in dem Volksspiel einer großen Stadt. Man findet noch hin und wieder in Deutschland solche politische Kleinstädter, die sich um keinen Preis auf das Meer eines großartigen öffentlichen Lebens wagen, um keinen Preis den gewohnten Weideplatz am Ufer verlassen möchten. Es sind die Reste des alten Reichsstädtersinns, wie ihn Wieland in den Abderiten gegeißelt hat, stehengebliebene Ruinen aus unserer politischen Geschichte, welche auch die Geister in ein Duodezmaaß einpreßte. Der Entwurf des Preßgesetzes schenkt uns eine nach diesem Maaß zugeschnittene Preßfreiheit. Man verkündet uns, was die Kammern beschlossen haben: die Censur hat aufgehört zu regieren; aber Deutschland als Gesammtheit und die Bundesstaaten außer Baden will man ihr ausnahmsweise als ein unantastbares Gebiet der Herrschaft vorbehalten wissen. Ueber die Schwierigkeiten einer klaren Bestimmung der Gränzlinien zwischen Censur und Preßfreiheit schlüpft man dabei mit sorgenloser Leichtigkeit hinweg, und doch sind es gerade diese Schwierigkeiten, welche sich dem prüfenden Blicke zuerst und unwillkührlich aufdringen. Der §. 13. des Entwurfs garantirt der Censur ihre wohlhergebrachten Rechte auf Zeitungen, Zeitschriften und Bücher unter 20 Bogen, „insofern sie entweder ihrem ganzen Inhalt nach oder theilweise den deutschen Bund oder dazu gehörige Staaten außer Baden betreffen.“ Die Censur hat also der Preßfreiheit blos eine kleine Abtretung in Beziehung auf Baden gemacht, und im Uebrigen soll ihr Reich auf das Neue befestigt werden. Wir vergessen den Vortheil nicht, der von einigen Seiten hervorgehoben wird: das Gebiet der Censur scheint wenigstens durch feste Bestimmungen abgesteckt und eingegrenzt zu seyn. Es *scheint* so zu seyn, aber bei näherer Untersuchung findet man die Gränzlinie so schwankend, und die Unmöglichkeit sie bestimmter zu ziehen, so einleuchtend, daß sich die sichere Aussicht auf ewige Gränzstreitigkeiten eröffnet. Die beiden Mächte, welche der Entwurf neben einander anerkennen möchte, die Censur und die Preßfreiheit, werden dann Gränznachbarschaft halten, wie Belgien und Holland. Schon die eigenthümliche Natur der konstitutionellen Grundsätze, wonach sie durch das bloße Daseyn zu einer Propaganda werden, und ungesucht geistige Eroberungen machen, läßt den Versuch, zwei so feindselige Gegensätze an *einen* Wagen zu spannen, auf die Dauer als unhaltbar erkennen. Die fatale Gewohnheit des Denkens, der Volksrechte und der Freiheit ist so ansteckend, daß keine politische Idee bloß die Farbe eines abgesonderten Verhältnisses trägt, sondern überall den Theil eines systematischen Ganzen darstellt, und in stillschweigendem Zusammenhang mit den übrigen Gliedern der Ideenkette, kurz in der Größe einer *allgemeinen* Bedeutung auftritt. Jede politische Betrachtung wird in diesem Sinn gemeingültig, und wir möchten den feinen Kopf sehen, der die badischen Volksinteressen gediegen und gründlich behandelte, ohne zugleich indirekt und unwillkührlich allgemeine und deutsche Interessen im Einschluß mit zu berühren. Nimmt er ein Beispiel aus der Geschichte,

welche ja nicht nur die Zeugin der Vergangenheit, sondern auch die Lehrerin der Gegenwart ist, so wird es sich alsbald finden, daß die Lehre dieses Beispiels das Allgemeine trifft, und mit dieser Entdeckung findet sich auch die Lehre bereits jenseits der Gränzen der badischen Censurfreiheit. Will er zusammenstellen und vergleichen, so greift er über Baden hinaus; will er die letzte Ursache einer politischen Wirkung aufsuchen, so tritt er dem deutschen Bundesverhältniß zu nahe; will er an einen Satz der Logik appelliren, so erinnert man ihn, daß die Logik nicht blos badisch, sondern bekanntlich allgemein und somit auch deutsch ist. In allen diesen Fällen greift die Censur nach der großen Scheere, und um in der Angst ihrer Verantwortlichkeit sicher zu gehen, wird sie im zweifelhaften Fall, wie immer, lieber wegschneiden, als stehen lassen. Nun wird es aber wenig Fälle geben, die dem Verstand eines legitimen Censors nicht zweifelhaft werden könnten. Eine bestimmte und handgreifliche Gränze läßt sich nicht ziehen, und so bleibt dem getäuschten Publizisten Nichts übrig, als ein handgroßer Raum mit beweglichen Gränzen, die man nach Willkühr enger rücken oder ganz zusammenschieben kann. Laßen wir die Gegenstände allgemeiner deutscher Politik unter Censur, wer wird über diese mobile Gränze entscheiden? Niemand anders, als eine der Parteien selbst, die Censur, der man doch die zweifelhaften Fälle vorlegen muß, und so wird dann der Preßzwang glücklich auf derselben Stufe der Willkühr erhalten, wie bisher. Soll dies aber nicht der Fall seyn, soll der Verfasser entscheiden, welche Fälle unter das Gesetz der Censur fallen, so steht ihm die beliebige Ausdehnung frei, so ist er sein Censor, und man sieht nicht ab, vor wessen Auge man mit der Aufnahme einer Bestimmung heucheln sollte, welche den Beruf hätte, umgangen zu werden. Uebrigens sind wir weit entfernt, einen listig versteckten Liberalismus in dem Entwurfe zu suchen. Ganz Europa steht in Wechselwirkung, und die Knaben in der Schule wissen es nachzusagen, daß die Julirevolution ein Sieg für die allgemeine Freiheit, der Fall Warschau's ein allgemeiner Verlust gewesen. Die politischen Verhältnisse bilden sich, wie in einem großen Triebwerk, dessen Räder hundertfach in einander greifen, und durch ihre Gesammtbewegung den Mechanismus dessen ausmachen, was in den Staaten Europa's vorgeht: nun nimmt man euch das deutsche Hauptrad heraus, und giebt euch großmüthig die Freiheit, die Bewegung des Ganzen zu erklären, nachdem es kein Ganzes mehr ist. Baden liegt ja nicht, wie eine Oase in der Wüste, seine Verhältnisse sind nicht isolirt nicht in sich selbst allein begründet: nun geht hin und behandelt seine Angelegenheiten, wie die eines Einsiedlers, — wenn ihr könnt! Sprecht von Mauthverhältnissen, aber berührt blos die eine Seite nach Baden zu; sprecht von freien Flüssen, von Handel und Verkehr, aber geht nicht über Baden hinaus; kurz, sprecht von Allem auf der Welt, nur nicht — von der Hauptsache! Es wäre eine Aufgabe, wie wenn Jemand eine badische Geschichte schreiben sollte, mit der Bedingung, die deutsche Geschichte streng zu ignoriren. Die badischen Publizisten aber würden sich unter einer Censur sehen, wie man kürzlich die badische Kammer in Sachen der Welckerschen Motionsbegründung unter die Censur der Regierungskommissäre zu stellen versuchte, und aus diesem Versuch ist zur Genüge zu entnehmen, was der Geist und Zweck des Preßgesetzes seyn soll. Das Gesetz, welches eine solche Masse von Inkonsequenzen in Antrag bringt, nimmt eine freisinnige Miene an, und trägt den großen Namen der Censurfreiheit auf der Stirn. Allein diese Art sich selbst zu taufen, ist schon etwas verbraucht durch den Bundestag, welcher ebenfalls unter dem Titel der verheißenen Preßfreiheit für die Handhabung der Censur besorgt war. Der alte Euphemismus will heutzutage nicht mehr recht anschlagen, und das Volk mit seinen gesunden Augen sieht ohne Brille, wie klein das Fach der Regel, der Preßfreiheit, wie groß aber das Fach der Ausnahme, der Censur gerathen ist. Man erzählt von einem Fürsten von Hechingen, der von dem Balkon seines Schlosses die Aussicht auf das nahe Gebiet Würtembergs genoß, und in der Laune des Wünschens zu seiner Gemahlin sagte: „gelt, wenn wir dieses Ländchen noch bei unserm Lande hätten!" Wenn die badische Kammer, wie jedoch keineswegs zu erwarten ist, das Preßgesetz in dieser Gestalt annähme, so bliebe den guten Badnern Nichts übrig, als die Aussicht auf das Gebiet der verbotenen deutschen Politik, und die Freiheit, unter einander zu sagen: gelt, wenn wir diese Ausnahme noch bei unserer Regel hätten! — Doch nein, auch dieser Wunsch beträfe ja „den deutschen Bund und dazu gehörige Staaten", und wer kann wissen, ob die badische Censur als geistige Gesundheitspolizei ihn nicht für giftig erklären würde?

Deutschlands Aussichten.

Ein würtembergischer Armeebefehl verbietet den Offizieren Gespräche politischen Inhalts zu führen. Baiern hat sich, wie öffentliche Blätter melden, beeilt, eine ähnliche Verordnung auch für seine Offiziere ergehen zu lassen. Natürlich drängt sich die Frage auf — was kann die süddeutschen konstitutionellen Regierungen zu dieser Maßregel bewogen haben? Wurde diese Verordnung aus eigenem Antriebe, oder influenzirt von einer fremden Macht gegeben? Die Wahrscheinlichkeit ist — man weiß nicht, ob zur Ehre oder zur Schande der süddeutschen konstitutionellen Regierungen — für das Letztere, wenn man sich erinnert, daß vor mehr als einem Jahre eine Verordnung in Preußen an alle Vorstände der Dikasterien und Regierungskollegien ergieng, ihren Räthen das Politisiren zu untersagen. Ist es vielleicht ein geheimer Anhang zu den Zollvereinigungs-Verträgen, dessen Artikel man jetzt in Vollzug zu setzen anfängt? Fast scheint es so: denn warum hat Baden, das doch auch ein süddeutscher konstitutioneller Staat ist, noch nichts Aehnliches befohlen?

Dieser Vorfall giebt noch zu einer anderweitigen Betrachtung Anlaß; nämlich: welche innere, moralische Kraft, welche Stärke und Sicherheit, welches Bewußtsein von der Uebereinstimmung ihrer Grundsätze mit dem Willen der Nation muß eine Regierung in sich fühlen, die es für nothwendig findet, einen Theil des Volkes von der Masse desselben zu isoliren, um ihn vorkommenden Falles gegen diese hetzen zu können, wie eine Kuppel Jagdhunde gegen das Edelwild? Hält man es wirklich für möglich, durch ein solches Verbot die Ohren der Vaterlandsvertheidiger gegen die Stimme des Landes zu verstopfen?

Beabsichtigt man dieses, so ist es nicht genug, Offizieren und Staatsdienern das Sprechen über politische Gegenstände zu verbieten, sondern man muß ihnen auch das Lesen von Gedrucktem schlechthin untersagen. Oder werden wieder Censur-Ordonnanzen bereit gehalten, um unmittelbar nach dem

Schluße der Kammern als die Resultate ihrer Anstrengungen in den Regierungsblättern zu erscheinen?

Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi.

Dieß war eine Wahrheit der alten Geschichte. In der neueren büßen Völker und Fürsten die Thorheit der Letzteren immer gemeinschaftlich. Regierungen Süddeutschlands! Laßt euch immerhin von Preußen influenziren! Die Früchte der goldenen Rathschläge, die ihr von dort her in Form ersuchender Befehle erhaltet, werden nicht ausbleiben. Preußen ist, gegen euch betrachtet, ein Militärkoloß. Es hat gewußt, sein Volk durch ein streng beharrliches System allmählich auf den Punkt hinzuführen, daß seine Regierung jetzt nicht mehr über Bürger, sondern über Soldaten gebietet.*) — Sein Volk ist zum größten Theile der bürgerlichen Freiheit entwöhnt, und darum fühlt es jetzt deren Bedürfniß nicht. Laßt euch von diesem Militärkoloß mit scheinbarer Freundschaft die Regeln mittheilen, nach welchen man den Bürger zum blinden Gehorsam zurückbringen kann! Laßt euch seine Unterstützung zu ihrer Durchführung versprechen — erwartet aber den kräftigen Widerstand euerer Völker, die vom Sinne für freies Bürgerthum durchdrungen, eben so wenig unter die Geißel des Sklaventreibers und den Fächer einer Pompadour, als unter den Korporalstock zurückzukehren entschlossen sind! Zerreißt das Band der Liebe und des Vertrauens, das den Gebern konstitutioneller Verfassungen einen sichern Thron im Herzen jedes freien Bürgers erbaute! Versucht es — geistige Freiheit — seit Jahrhunderten schwer erkämpft, wieder zu unterdrücken! Ruft den Widerstand hervor, der einmal erwacht, unaufhaltsam die Grundpfeiler euerer Throne erschüttern wird. Dann ruft von den wankenden Sitzen Preußen herbei — laßt seine Heere unsere Staaten überschwemmen, laßt unsere Bürger durch seine Waffenmacht erdrücken, und endlich euch selbst von der großen Conferenz, die sich ihr Patent als europäischer Schiedsrichter — selbst ausgestellt hat — — in Gnaden der Regierung überheben, mit säuberlich ausgefertigtem Testimonium Paupertatis, wie weiland Napoleon es den mediatisirten deutschen Reichsfürsten mit gleichem Rechtsgrunde ausgestellt — Alles in Erwägung des Glückes der Völker und der Ruhe von Europa — nach gewonnener Ueberzeugung, daß bei der Zersplitterung der Völker unter euerm Scepter die Regierung der Kraft ermangle — aufrührische Unterthanen in die Schranken des Gehorsams zurückzuführen und darin demüthig zitternd zu erhalten. — Vielleicht stimmen die Regierungen mit den Völkern doch in so weit überein, daß sie eine solche Wiedervereinigung Deutschlands nicht wünschen.

Baierns Zukunft.

Es war gegen das Ende des vorigen Jahres, als die Freunde der Aufklärung durch die ersten Zeichen und Winke über die bevorstehenden Rückschritte der baierischen Regierung in Unruhe versetzt wurden. Vergleichen wir unsere gegenwärtige politische Lage mit jener des vorigen Jahres, so kann man sie im Wesentlichen nicht für besser erachten. In der Deputirtenkammer haben nur einzelne Stimmen wider den finstern Geist der Regierung sich erhoben; die Legislatur selbst hat aber nichts gethan, um eine Aenderung des Systemes zu erwirken und dem bedrohten constitutionellen Prinzipe dauerhafte Bürgschaften zu erringen. Durch die partiellen Niederlagen, welche die Camarilla während der dießjährigen Session der Stände erlitten hat, wurde nur ihre Erbitterung und ihr Haß gegen die fortschreitende Volksbildung gesteigert.

Dieß sind die Folgen der halben Maßregeln: anstatt den Todfeind durch entscheidende Maßregeln niederzuwerfen, verwundet man ihn leicht und reizt ihn dadurch zu neuen energischen Feindseligkeiten. — Auch auf die Regierung haben die partiellen Niederlagen, so sehr sie auch durch den Wankelmuth der Deputirtenkammer ihre Bedeutung wieder verloren haben, dennoch den unangenehmsten Eindruck gemacht. Dieß bringt der eigenthümliche Charakter des Gouvernements, eines Mitteldings zwischen absoluter und constitutioneller Regierungsform, mit sich. In Repräsentativstaaten, wo die Minister für den kleinsten Regierungsakt verantwortlich seyn sollen, müssen sie auch das Staatsruder unmittelbar führen. Von ihnen soll und muß jede Regierungshandlung ausgehen, sie sollen den Geist und die Grundsätze angeben, nach welchen die Geschäfte zu leiten sind: nur ihre Ansicht, nur ihr Wille kann entscheiden, nicht jener eines Mitgliedes der Regierung, welches nicht verantwortlich ist. Allein diesen Grundsatz, worauf doch das ganze Gebäude der constitutionellen Staatsverfassung ruht, will man in Baiern nicht anerkennen, und hierin liegt die Quelle alles Uebels. Denn weil man jenes Axiom in seiner Reinheit nicht durchführt, kann man der Leitung der Regierungsangelegenheiten kein bestimmtes System zum Grunde legen, keinen selbstständigen Charakter verleihen, keine lebendige Kraft einhauchen. Ohne Anerkennung des constitutionellen Grundsatzes: „nur die Minister haben zu regieren, nur diese, sonst Niemand“ wird für Baiern kein Heil entstehen. — Ein zweiter Grundsatz, welcher aus dem Wesen der Repräsentativverfassung fließt, besteht darin, daß man in den öffentlichen Staatsangelegenheiten den Urtheilsspruch der öffentlichen Meinung als oberstes Gesetz anerkennen, und weder ein Regierungssystem noch ein Ministerium, gegen die öffentliche Meinung aufrecht erhalten können, sondern vielmehr in ihrem Sinne umändern müsse. Auch dieser Grundsatz wird in Baiern nicht anerkannt. Die Regierung will vielmehr ihren Willen in allen Dingen gegen den Willen der Nation und ihrer Vertreter durchsetzen, und wenn sie auf ernstlichen Widerstand stößt, so wird sie empfindlich, spricht von Faktionsgeist und von unseligen Umtrieben der Zeit. Kurz man will keine Opposition, sondern allenthalben unbedingte Unterwürfigkeit unter den Willen der Machthaber. Der Charakter der Regierung besteht darin, daß man die absolute Gewalt leidenschaftlich liebt, sie aber unter leeren constitutionellen Formen zu verbergen wünscht, indem die Kammern dem Willen der Machthaber in allen Dingen demüthig sich unterwerfen sollen. Dieß ist der wahre Stand der Stand der Dinge, wie alle neuern Erscheinungen nur zu deutlich beweisen. Was aber die Behauptung, daß man keine Opposition, auch die gemäßigte, nicht wolle, vorzüglich unterstützt, ist die Art und Weise, wie man früher die Opposition des Würzburger Volksblattes aufgenommen hat. Seitdem nämlich die Tribüne gezeigt hat, was leidenschaftliche Opposition sey, ist man mehr als je der Meinung, daß das Volksblatt consequent den Charakter der Mä-

*) Die preußische diplomatische Kunstsprache nennt dieß: „das Volk zur Fähigkeit der konstitutionellen Freiheit heranerziehen.“

fizung behaupte. Allein wer erinnert sich nicht, welche convulsivischen Krümmungen selbst diese mäßige Opposition hervorgebracht, und wie man, um nicht einmal eine solche Opposition ertragen zu müssen, zu der Verletzung der Verfassung sich entschlossen habe? Kurz man kann keinen Widerstand, keinen Tadel ertragen, man will mit Hülfe serviler Kammern und kriechender Journale unter dem Scheine constitutioneller Formen absolut regieren. Jeder, der einem solchen Systeme sich ernstlich widersetzt, ist ein Feind des Thrones: der Anklang, welchen eine solche Opposition in der öffentlichen Meinung findet, ist ein trauriges Zeichen der bewegten Zeit, und die unbedeutenden Siege, welche die Opposition zuweilen erringt, sind das Werk der unseligen Umtriebe einer Faktion.— Was soll aber ein System, das dem Geiste und der Bedeutung der constitutionellen Staatsverfassung so sehr zuwiderläuft, am Ende für Früchte tragen? Sicher keine guten. Die Erfahrung wirds lehren. Schon jetzt zeigen sich Erscheinungen, die jeder Unbefangene für höchst bedenklich halten muß. Baiern ist in Folge politischer Umwälzungen aus verschiedenen, zum Theil heterogenen Bestandtheilen zusammengespült worden. Mehrere Provinzen weichen in Sitten, Gebräuchen und Denkungsweise sehr von einander ab: auch die Bildungsstufen der einzelnen Provinzen sind nichts weniger als gleich, und gänzliche Verschiedenheit der Gesetzgebung erhält endlich fortwährend zwischen den Provinzen eine gewisse Absonderung. Unter solchen Umständen ist es eine der vorzüglichsten Pflichten der Regierung, alles was zur Vermehrung der Entfremdung der Gemüther beitragen könnte, sorgfältig zu vermeiden und insbesondere nicht zu gestatten, daß man in Ansehung der Anhänglichkeit an die Dynastie unter den verschiedenen Provinzen und Städten eine Rangfolge einführe. In dieser Beziehung sollte man schon den Schein vermeiden und sich nichts erlauben, was nur einigermaßen einer Aufmunterung ähnlich sehen könnte. Ob die Regierung von dieser Pflicht tief genug durchdrungen sey, wollen wir in Berücksichtigung neuerer Ereigniße der Beurtheilung unserer Leser überlassen. Abgesehen aber auch hievon, so liegt in dem Widerstreben der Regierung gegen die beiden Hauptgrundsätze der constitutionellen Staatskunst: „Völlige Unabhängigkeit der regierenden Minister und Anerkennung des Urtheils der öffentlichen Meinung" die Andeutung unserer Zukunft. Sie wird trübe seyn. — Das Unvermögen, Tadel und Widerspruch zu ertragen, welches sich auch in dem von uns publicirten Rescript des Kriegsministeriums so deutlich kund giebt, hat den unseligsten Einfluß auf die Wahl der Minister: dasselbe macht es fast unmöglich, daß Männer von festem Willen und unerschütterlicher Kraft in das Ministerium treten oder darin sich erhalten. Wie ist aber ein heiterer Blick in die Zukunft möglich, wenn dem Lande fortwährend nur die Aussicht auf schwache und unterwürfige Ministerien gegeben ist? — Die Kammer konnte diesen Stand der Dinge ändern, wenn sie mit unerschütterlicher Kraft auf Reform der Verfassung, namentlich Abkürzung der Finanzperioden und ein wirksames, die Stellung der Minister zugleich erhebendes Gesetz, gedrungen hätte. Sie hat aber nichts gethan: sie hat nur, weil sie nicht ganz servil war, die Abneigung gegen die constitutionellen Principien vermehrt, ohne den Folgen durch kräftige Maßregeln vorgebeugt zu haben. Sie nimmt eine bedeutungsvolle Verantwortlichkeit mit nach Hause; möge ihr diese, wir wiederholen es, niemals in dem Licht einer schweren Schuld erscheinen.

Die Kabinets-Regierung in Baiern.

Es ist der oberste Grundsatz des constitutionellen Staatsrechts, daß ohne Mitwirkung der verantwortlichen Minister keine Regierungshandlung vorgenommen, und ohne deren Gegenzeichnung kein königliches Rescript erlassen werden könne. Obgleich bei verweigerter Anerkennung dieses Grundsatzes das constitutionelle Staatsgebäude erschüttert wird, und in dem Lebensorganismus des Staates Störungen eintreten müssen, sehen wir in Baiern gleichwohl, daß man dem fraglichen Grundsatze ganz offen zuwider handle. Die Geschichte der Antworten auf die Adressen der Städte München, Amberg und Kelheim liefert hievon einen merkwürdigen und leider sehr niederschlagenden Beweis. In einer dieser Antworten heißt es sogar: „Baiern lebe in einer Zeit, wo vieles darauf hinziele, daß man die alten Bande (wahrscheinlich zwischen Volk und Regierung) lösen wolle." Man spricht somit in einem Schreiben aus dem Cabinete von einer beabsichtigten Auflösung der gesellschaftlichen Bande. Hätte ein Minister dieses Rescript contrasignirt, so verdiente er, in den Anklagestand gesetzt zu werden, weil auf solche Weise ein Haß zwischen den ältern und neuern Provinzen erzeugt, die Eintracht gestört und die allgemeine Ruhe gefährdet würde. Die Städte, welche keine Adressen schicken, sind so treu, als München, Ingolstadt, Amberg und Kelheim, der constitutionelle Sinn und die Aufklärung sind nur dort weiter vorgerückt, kein Organ der Opposition verläugnet die Pflichten der Treue und der Vaterlandsliebe, alle kämpfen vielmehr nur für Befestigung der bürgerlichen Freiheit und für Entwickelung der Staatskräfte; darum darf man ihnen aber keine revolutionäre Gesinnung unterschieben. Wie dem aber allem auch seyn möge, so wurde der oberste Grundsatz des constitutionellen Staatsrechts verletzt, daß ein königliches Rescript über politische Gegenstände ohne Gegenzeichnung eines Ministers an verschiedene Städte erlassen und als officielles Aktenstück in öffentlichen Blättern aufgenommen worden ist. Die Pflicht der Minister erheischt, jenes Rescript als officielles Aktenstück zu desavouiren, indem sie erklären, daß es als ein Regierungsakt nicht anzusehen sey, sondern nur den Charakter eines Privatdocumentes trage, und also auch nur eine Privatmeinung äußere. Dieß zu erklären, sind die Minister verfassungsmäßig verbunden. Verweigern sie es, so wird die Deputirtenkammer verpflichtet, wegen Verletzung des obersten Grundsatzes des constitutionellen Staatsrechts Beschwerde zu erheben. Uebrigens liegt in dergleichen Ereignissen ein neuer Beweis, welches großes Nationalbedürfniß ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister sey. Die Deputirtenkammer hat nichts gethan, um die Vorlage eines solchen Gesetzes auszuwirken; sie hat nichts gethan, um die fehlenden Bürgschaften der pünktlichen und vollständigen Vollziehung der Verfassung dem Volke zu verschaffen; alle Winke, alle Bitten waren vergebens. Sie hat durch ihren gänzlichen Mangel an Energie und durch eine Furchtsamkeit, deren wahre Bezeichnung die Pflichten des Anstandes verbieten, eine große Verantwortlichkeit auf sich geladen. Möge nie der Tag kommen, wo ihr Benehmen als eine große drückende Schuld erscheine, möge sie aber alle ihr zu Gebote stehenden Mittel noch benützen, um von den erforderlichen Garantien für das constitutionelle Prinzip wenigstens die eine oder die andere noch auszuwirken.

